

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abboter 1.00 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 334 77**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — **Telefon 72203**

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamenzelle 2 Mt. Smerate v. ausw., die 10geleit. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat, 50 Pfg., Reklamenzelle 2,25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Rhoebusreflexe im Amte Stresemanns

Rücktrittsabsichten des Ministerialdirektors Schneider?

Die Rhoebusuntersuchungen in der Dunkelkammer

Berlin, 11. März.

Das Plenum des Reichstags begann mit der Erörterung des Reichswehretats. Zunächst steht nur die Heeresabteilung zur Debatte. Die Behandlung des Marinewesens wird, nach den bisherigen Dispositionen, zurückgestellt, solange nicht die Untersuchungen über den Lohmann-Komplex beendet sind. Man nimmt an, daß sich das Plenum nächste Woche mit den Ruhestaten des Lohmann-Konjunktums eingehender beschäftigen wird.

Nach während der Debatte über den Heeresetat konstituierte sich im Saale des Hauptauschusses der mit der Untersuchung der Rhoebus-Affären betraute Unterausschuß. Als Vorsitzender wurde der Zentrumsmann Verillius bestellt, der dann auch seiner schwarzen Gesinnung unmittelbaren Ausdruck gab. Er stellte zur Erörterung, ob die Tagungen des Ausschusses öffentlich erfolgen sollten. Das mußte unter allen Umständen verhindert werden. Wenn man schon die zwei zu Gast weilenden Abgeordneten, die außer den ordentlichen Ausschussmitgliedern anwesend waren, nicht unmittelbar hinauswerfen wollte, so wurde doch die Öffentlichkeit soweit beschränkt, als keinerlei Mitteilungen an die Presse gemacht werden dürfen. Also die Untersuchung in der Dunkelkammer, wogegen die öffentliche Meinung um so stärker mobilisiert werden muß.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei nahmen den Standpunkt ein, daß man nur so restlose Klärung zu schaffen vermöge. Nur so werde man von den Regierungskreisen die Auskünfte erhalten, die zur Beurteilung des Gesamtkomplexes erforderlich seien. Wir meinen, daß schließlich der Reichstag auch Mittel hätte, die Marineleute zum Reden zu zwingen. Es ist das elementarste Recht der Demokratie, der breiten Masse des Volkes, zu erfahren, auf welche Weise ihre Steuergroschen verschwendet worden sind.

Man erinnere sich der wilden Hege zu Zeiten des Barnat-Standals. Wir haben dazu feinerzeit das Erforderliche gesagt. Der Barnat-Prozess wird in diesen Wochen seinen Abschluß finden. Gerade noch zur rechten Zeit, damit ihn die Korruptionsparteien, insbesondere auf dem nationalsozialistischen rechten Flügel, in der Wahlkampagne nochmals entsprechend auszuwerten, vermögen. Bisher hat auch das niedrigste der schwarzweißroten Hegeorgane nicht zu behaupten gewagt, daß der Sozialdemokratie bei all den Rhoebus-Schweimerien auch nur die geringste Mitschuld nachzuweisen sei. Kann sie darum ein Interesse haben, die Korruptionstaten der Reichsmarineleute irgendwie zu verhüllen? Nein! Selbst wenn, wie nunmehr nicht zu bestreiten ist, auch die Demokraten Schuldige, zum mindesten Herrn Dr. Reinhold, in ihren Reihen zählen, so darf das kein Hindernis für die Sozialdemokratie sein, den breiten Massen der Steuerzahler im Lichte der Öffentlichkeit völlige Klarheit zu verschaffen. Im übrigen wird

der Verdunkelungsfeier doch nicht halten. Entgegen den vorherigen Versicherungen, wonach der irrierte Rhoebus-Bericht allen Abgeordneten zugehen sollte, ist diese Absicht in letzter Stunde aufgegeben worden mit dem Ergebnis, daß der Bericht bereits am Vortag der Ausschuhverhandlungen in der Boffischen Zeitung im Wortlaut erschien.

Uebersies trübt es bereits jetzt im Gehäß des Rhoebusbaues. Mit seiner Ausschuhrede hatte der Reichswehrminister den Chef der Marineabteilung, Herrn Admiral Jenker, völlig bloßgestellt. So wurde denn während des ganzen Tages in den Wandlungen die Nachricht kolportiert, daß der Hauptverantwortliche für den Rhoebuskomplex, der Admiral, seinen Abschied einzureichen gedenke. Im Untersuchungsausschuß freilich erschien er noch in eigener Person. Herr Gröner aber stellte fest, daß an all den Affären nichts zu verteidigen sei, am wenigstens aber die von der Marineabteilung erteilte Generalvollmacht, durch die faktisch die Verantwortung für derartige Handlungen auf untergeordnete Stellen abgehoben wurde. Will Admiral Jenker erst das Ergebnis der Untersuchungen, seinen Ausspruch entgegennehmen, oder wird er bereits vorher die Konsequenzen ziehen?

Auch andere Herren tragen sich mit Rücktrittsgedanken, an deren System durch die Rhoebusenttüllungen bedentlich gerüttelt worden ist. Neben dem Weheministerium verweist das Amt Dr. Stresemanns die größten Fonds, über die gemäß der Reichshaushaltsordnung keine Rechnungslegung erforderlich ist. Ausgerechnet der Untersuchungsausschuß Dr. Brauns führte am Mittwoch im Hauptauschuß vor, wie hoch die Ueberhöhrungen der Einpositionen im Ressort Dr. Stresemanns, und ausgesprochen in der Geheimfondsauteilung, gewesen sind.

Dort gebot bisher der Ministerialdirektor Oswald Schneider in selbstherrlicher Sonderarbitrarität. Er ist der Personalführer des Auswärtigen Amtes, die rechte Hand Dr. Stresemanns. Pflöcht heißt es, er gedente am 1. April zurückzutreten. Er will nach Königsberg zurück, um dort die für ihn besonders frei gehaltene Professur wieder anzutreten. Sie ist, wie man hört, mit 12.000 Reichsmark dotiert. Herr Oswald Schneider braucht also nicht humpeln zu gehen.

Zimmerlin die plötzlichen Absichten, zurückzutreten, berühren merkwürdig genug. Fällt er als Opfer eines Systems, das im Weheministerium so schändlich Schiffbruch erlitt? Besitzt auch das Auswärtige Amt Aktien in Lohmannkontingenzen? Schließlich würde der Rücktritt auch gerechtfertigt sein, wenn aus den Geheimfonds, die Oswald Schneider zu verwalten hatte, einige Millionen in die Tresors des Kapitän Lohmann geflossen sind, denn in dessen Händen liefen die Fäden der Spionage zusammen.

Die Rhoebuseiterdenke entwickelt sich allgemach zum Karfunkel. Herr Oswald Schneider hat das Wort.

Die Arbeitslosigkeit

Was wird aus der Krisenfürsorge?

Unendlich langsam sinkt die Zahl der Arbeitslosen von dem hohen Stande wieder herab, den sie Mitte Januar 1928 erreicht hatte. Nur sehr langsam kommen die sogenannten Saisonarbeiten wieder in Gang, und im übrigen nimmt die nicht saisonbedingte Industrie kaum eine der brachgelegten Arbeitskräfte der Saisonwerke auf. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenunterstützung bleibt nahe bei anderthalb Millionen. Die amtlichen Nachweisungen geben darüber folgendes Bild:

	Hauptunterstützungsempfänger:		
	Arbeitslosenversicherung	Arbeitslosenversicherung	Zusammen
Ende Dezember 1927	1.188.000	172.000	1.360.000
Mitte Januar 1928	1.371.000	228.000	1.599.000
Ende Januar 1928	1.333.000	215.000	1.548.000
Mitte Februar 1928	1.291.000	216.000	1.507.000
Ende Februar 1928	1.238.000	215.000	1.453.000

Der Rückgang der Gesamtzahl macht danach von Mitte Januar bis Ende Februar 146.000 aus. In Wirklichkeit war er viel geringer. In derselben Zeit stieg nämlich die Zahl der Notstandsarbeiter von 31.000 auf 68.000, also um 37.000. Um diese Zahl von 37.000 mehr mit Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeitslosen muß die Minderzahl der Arbeitslosen von 146.000 ohne weiteres ermäßigt werden. Es bleibt also ein Nettorückgang der Arbeitslosenzahl zwischen Mitte Januar und Ende Februar von nur 109.000, das sind 6,8 Prozent der Gesamtzahl von Mitte Januar 1928.

Dabei hat die Krisenunterstützung eine wesentliche erhöhte Bedeutung behalten. Zwischen Mitte Januar und Ende Februar vollzogen sich folgende Veränderungen:

	Mitte Januar	Ende Februar	mehr oder weniger
Arbeitslosenversicherung:			
Hauptunterstützungsempfänger	1.371.000	1.238.000	- 133.000
Notstandsarbeiter	22.500	51.500	+ 29.000
Zusammen	1.393.500	1.290.500	- 104.000
Krisenunterstützung:			
Hauptunterstützungsempfänger	228.000	215.000	- 13.000
Notstandsarbeiter	8.500	16.000	+ 7.500
Zusammen	236.500	231.000	- 5.500

Viel erheblicher als die Tatsache, daß der Anteil der der Krisenfürsorge unterliegenden Arbeitslosen an der Gesamtzahl der von den Unterstützungsanstalten des Reiches erfaßten Arbeitslosen von Mitte Januar bis Ende Februar von 14,5 auf 15,2 Prozent gestiegen ist, ist ihre hohe absolute Zahl. Diese Zahl von 231.000 zu Ende Februar läßt die ganze aktuelle Bedeutung der Bemühungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erkennen, diesen Hunderttausenden die Unterstützung zu erhalten. Die Regierung des Bürgerblods will nämlich stillschweigend gewisse gesetzliche Vorschriften ablaufen lassen, und es sollen damit viele Zehntausende, wie selbst der Reichsarbeitsminister hat zugeben müssen, der Unterstützung verlustig gehen. Herr Brauns schätzt die Zahl der so bedrohten Arbeitslosen auf 40.000. Das heißt nicht, daß es nur 40.000 wären. Man kann im Gegenteil zwanglos annehmen, daß weit mehr in Frage kommen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Gelegenheit benützt, um nicht nur Verbesserungen der Krisenfürsorge abzuwehren, sondern noch Verbesserungen durchzusetzen. Als am Donnerstag der vergangenen Woche im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags zuerst über diese Angelegenheit verhandelt wurde, mußte die Sozialdemokratie zunächst durchsehen, daß überhaupt einmal ernsthaft an die Sache herangegangen wurde. Es wurde dem Reichsarbeitsminister aufgegeben, bis zum Mittwoch dieser Woche Vorschläge zu machen. Die Sozialdemokratie selbst fordert vor allem die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufsgruppen und die Beseitigung der zeitlichen Begrenzung der Krisenunterstützung. Diese Forderungen wurden vom Reichsarbeitsminister des Bürgerblods abgelehnt. Herr Brauns stellte nur eine Verlängerung der Krisenunterstützung „bis auf weiteres“ in Aussicht; die Aufhebung der zeitlichen Begrenzung lehnte er ab, ebenso die Ausdehnung auf alle Berufsgruppen. Nur ein Zugeständnis machte Herr Brauns: die Einbeziehung der Gruppe „Lohnarbeit wechselnder Art“ in die Krisenunterstützung.

Es soll also nicht nur Zehntausenden die Krisenunterstützung entzogen, sondern auch nur sehr wenig an dem standalösen Zustand geändert werden, daß unheimlich viele Arbeitslose, die entweder die Anwartschaftszeit für den Bezug von Arbeitslosenunterstützung noch nicht erfüllt oder den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung bereits erschöpft haben, gar keine Unterstützung bekommen oder den Wohlfahrtsämtern der Gemeinden und Gemeindeverbände zugewiesen werden müssen. Wie hoch die Zahl dieser Nichtunterstützten ist, läßt sich für Ende Januar 1928 aus der Angabe der Arbeitsnachweise ersehen, daß zu diesem Zeitpunkt 1.670.000 Arbeitsuchende vorhanden waren, von denen nur 1.317.000 von der Arbeitslosenversicherung oder Krisenunterstützung erfaßt

Die Krise im Donezgebiet

SPD Berlin, 15. März. (Radio.)

Das Mitglied des Zentralkomitees der russischen Kommunistischen Partei, Bubnow, und der Vorsitzende des Zentralkomitees der Gewerkschaft der Bergarbeiter, Schwarz, sind in das Donezgebiet abgereist, um, wie es heißt, die dortigen Parteiorganisationen zu kontrollieren, Mißstände zu beheben und eine Hüttenarbeitergewerkschaft aufzulösen. Diese Tatsache zeigt, daß im Donezgebiet nicht nur die Haltung der technischen Spezialisten Sorge macht, sondern auch die Passivität und die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft selbst.

Wie heute ist weder der Ort noch das Gefängnis bekannt, in dem die verhafteten Deutschen untergebracht sind. Nach dem deutsch-russischen Niederlassungsabkommen, Artikel 11 des Schlußprotokolls, muß bei der Verhaftung deutscher Staatsangehöriger die russische Behörde innerhalb dreimal 24 Stunden den deutschen Vertreter benachrichtigen, wenn die Verhaftung in größeren Städten einschließlich der Kreisstädte erfolgt ist. Bei Verhaftung in kleinen Orten muß die Benachrichtigung binnen siebenmal 24 Stunden erfolgen.

Neue Verhaftungen im Donezbecken

Ill Komno, 14. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind auf Anordnung Bubnows im Donez-Becken neue Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich der Leiter des Chemischen Trustes im Donez-Becken. Die Verhaftung wird damit begründet, daß die Trustveranbarung die Werke wissenschaftlich falsch geleitet habe.

Devoli im Konkurs

Im Sommer 1927 wurde von rechtsradikalen Persönlichkeiten die Deutschen Volkswirtschafts- und Handelsbank, kurz Devoli genannt, gegründet. Das Unternehmen sollte, wie die marxistisch-revolutionäre Prospekt anfündigen, auf dem Gebiet der Reklame arbeiten. Es bezeichnete sich nach außen als „neutral“, unterschied aber in Wirklichkeit zum Jugenberg-Konzern und zur Deutschnationalen Partei enge Beziehungen. Sein eigentlicher Zweck war überhaupt für die Propagandaaktionen, bei den bevorstehenden Wahlen eine riesenpropaganda zu errichten.

Die finanziellen Verhältnisse bei der Devoli waren aber trotz Jugenberg schon seit Monaten schlecht. Man hatte ihr, wie der Sozialdienst mitteilt, von deutschnationaler Seite zwar wiederholt Geld versprochen, ohne diese Versprechungen jedoch zu halten. Wahrscheinlich hatten die Drahtzieher selbst kein Vertrauen mehr zu ihrer eigenen Gründung. Auch die Vorauszahlungen der Geschäftswelt auf die aufgenommenen Aufträge schienen nicht in dem Ausmaß erfolgt zu sein, wie man das erwartet hatte. Wer trotzdem auf die Reklame der Devoli her eingegangen ist, wird sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, sein Geld verloren zu haben; denn am Dienstag haben zahlreiche Angestellte dieses Unternehmens bei dem Amtsgericht in Raumburg die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt. Das Gericht hat diesem Antrag entsprochen und mit dem 13. März das Konkursverfahren über die Devoli eröffnet.

Vorkäufig steht noch nicht fest, wie die von der Devoli ohne Gegenleistung ergatteten Gelder verpulvert worden sind. Nach dem SPD sollen die maßgebenden Persönlichkeiten eine arge Mißwirtschaft getrieben haben. Die eingekommenen Gelder sollen z. B. zum größten Teil für persönliche Ausgaben verwandt worden sein. Es erscheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß sich auch die Staatsanwaltschaft noch mit der Geschäftsführung und Finanzabteilung dieses rechtsgerichteten Unternehmens beschäftigen wird.

Zeitungshaft für Friedenskämpfer

Reichsgericht und Pressefreiheit

Neun Monate Festung für Salomon und Küster

F. K. Im Landesverratsprozess Küster-Salomon führte der Reichsanwalt in seiner Anklage u. a. aus: Die Entente habe ein großes Interesse daran, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrags über die Restrukturierung der Wehrmacht einhalte. Spionageaufträge bezögen sich bis heutigentags auf Feststellungen über etwaige Zeitsfreiwilligenkontingente. Der intrinierte Artikel habe dem Deutschen Reich u. a. zweifelsfrei geschadet; die darin leichfertiger aufgestellten Behauptungen seien un wahr. Der Ausschuss im anderen Deutschland strafe die kurz vor der Veröffentlichung erfolgten Erklärungen verantwortlicher Regierungsstellen für die Einhaltung des Versailler Vertrags Lügen. Die Durchführung des Versailler Vertrags stehe der Reichsregierung zu, aber nicht dem einzelnen Staatsbürger. Verträge gegen einen solchen Vertrag darf niemand eine fremde Macht wissen lassen, solange ein Vertrag geheim ist. Das entspreche auch durchaus völkerechtlichen Grundsätzen. Die Beschuldigten hätten sich auch nicht in einem Notstand befunden. Da die von ihnen publizierten Behauptungen unwahr wären, müßten die Angeklagten wegen verübten Landesverrats nach Paragraph 92, Absatz 1, verurteilt werden. Erschwerend falle die Gefährlichkeit solcher Mitteilungen für die Außenpolitik in öffentlicher Versammlung erklären, es sei keine Schande, Landesverrat zu sein direkt angeht. Solcher Gefährdung keine Milde erweisen. (1) Er beantragte gegen die Beschuldigten je 10 Monate Zuchthaus, die in 1 Jahr 3 Monate Gefängnis umzuwandeln sind.

Der Verteidiger, Genosse Levi, widerlegte in glänzenden Ausführungen die Auffassungen der Anklage. Er argumentierte nach folgenden Gesichtspunkten:

Die Anklage des Verlasses, die der Reichsanwalt nicht berührte, ist: Inwiefern soll die politische Tendenz des Reichsanwalts in Deutschland Lebensmöglichkeit bestehen? Zum diplomatischen Handwerkszeug gehört heute politische Ideologie. Sind in Deutschland die Gesetze dergestalt, daß eine so wichtige Strömung nicht mehr leben können? Die Reichsanwaltschaft verwechselt bism. Identifiziert Schändlichkeit und Geheimhaltung einer Nachricht. Wenn alles, was schädlich wirken kann, nicht publiziert werden dürfte, würde am meisten Tagen manche Zeitung überhaupt nicht erscheinen können. Es seien Nachrichten über den Phosphorbrand in Erinnerung; die Bekanntgabe dieser Angelegenheit würde ungewissheit schädlich. 3 B. könne der Reparationsagent daraufhin scharfe Kontrollmaßnahmen fordern. Schändlichkeit kann also nicht gleichbedeutend mit Geheimhaltung sein, bezw. erfordere keine Geheimhaltungspflicht. Major Ott gab zu, daß die Reichsregierung der Entente das verbotene System der Zeitsfreiwilligen am 28. 9. 24, am 4. 11. 24, und durch Note vom 5. 1. 25 eingestehen mußte. Daraufhin einstand außer anderen Schäden der Schwere in der Nichträumung der Röhrenzone. Nicht steht, die Regierung ergreife Maßnahmen, die sich als objektiv schädlich für den Staat erwiesen. Sechs Monate danach erschien die zur Anklage stehende Zeitungsnote, in der behauptet wurde, daß die schädliche Institution des Zeitsfreiwilligen Systems noch bestünde. Ablicht der Note; Befestigung der schädlichen Institution, um den Staat vor weiteren Schäden zu bewahren. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Oberreichsanwalt: Nicht der sei Landesverrat, der die schädliche Institution schuf und der das Ausland davon — wenn auch notgedrungen — benachrichtigte, sondern der, hinterher erklären muß, daß das schädliche System immer noch nicht beseitigt ist.

Kein moderner Diplomat kann die öffentliche Meinung übergehen. Träger der Außenpolitik sind nicht wie früher die jüngeren Diplomaten, sondern die öffentliche Meinung, die Presse, das Parlament, große wirtschaftliche Organisationen wie der Stahltrust usw. Daran geht das Gutachten des Auswärtigen Amtes in reformistischer Beschränktheit vorüber. Der Antrag auf Einholung des Gutachtens ging ans falsche, ans juristische Referat; es mußte

dem politischen überwiegen werden. Deshalb dürfen sehr nur noch die in der Hauptverhandlung erstatteten Gutachten dem Urteil zugrundegelegt werden. Danach steht fest, daß durch Veröffentlichungen wie die intrinierten auf wichtige Teile der öffentlichen Meinung im Ausland günstige Wirkungen ausgeübt wurden. Warum konnten sich die Beschuldigten nicht an Wehrminister Gehler wenden? Gröner gab gestern die Antwort. Er mußte versprechen, daß es sein ernsthaftes Bestreben sein werde, daß die Glaubwürdigkeit seiner Äußerungen erst geschaffen und erhalten werden muß. Die Bestimmungen des Versailler Vertrags sind deutsches Gesetz geworden. Wie solle man sich verhalten, wenn ein Staatsbürger auf die Gesetze pocht, die Regierung aber aus angeblichen Staatsnotwendigkeiten dagegen verstohe? Wer am Gesetz rütteln läßt, der läßt die Rechtsordnung eines Landes auf. Wie soll sich ein Staatsbürger verhalten, wenn seine Behauptungen das Gesetz mißachten? Im Aufsat Salomons kommt nur zum Ausdruck: Ich muß mich nach dem Gesetz richten und kann fordern, daß sich jeder, auch das Wehrministerium, danach richtet. Ein Ministerium, daß das Gesetz bricht, begibt sich des Schutzes der Gesetze. Wenn es heißen sollte, die Beschuldigten verletzten die Rechtsordnung und müssen nun dafür büßen, so würde diese Last die Majestät des Rechts zerstören. Hunderte von Ermittlungsverfahren wegen angeblichen Landesverrats von Vorkriegszeiten werden jährlich anhängig gemacht; das schärfste Schmetz verliert aber, wenn es zu oft geteilt wird, denn viele der Verfahren müssen nach Monaten, ja Jahren eingestellt werden. In unserem Falle kann es nicht zu einer Verurteilung kommen. Das Verfahren muß mit Freispruch enden!

Dr. Schilling vertat dieselben Gedankengänge; ebenso konnten Küster und Salomon in ihren Schlussworten die Ausführungen Levis nur unterstreichen.

Das Urteil

„Im Namen des Reichs! Die Angeklagten werden wegen verübten Landesverrats nach § 92 Absatz 1, je neun Monaten Festung verurteilt.“

In der Urteilsbegründung hieß es: Für das Gericht, das über den Parteien stehe, handele es sich nicht darum, eine politische Entscheidung zu fällen, sondern lediglich eine juristische. Wenn die Behauptungen über Zeitsfreiwillige im Artikel „Weitermachen“ wahr gewesen wären, dann hätte Verurteilung wegen verübten Landesverrats erfolgen müssen. Die Angeklagten mußten, daß sie das im Aufsatz behauptete geheimhalten mußten. Es wäre grundfalsch, anzunehmen, daß das Reichsgericht den Versuch zur Abklärung von illegalen Zuständen als Landesverrat ansähe. Das geschähe nur dann, wenn der Regierung der Vorwurf der Duldung und Billigung illegaler Zustände gemacht wird. Das sei hier der Fall. Es läge weiter darauf an, ob die Nachrichten über illegale Zustände vor einer oder mehreren ausländischen Mächten geheimgehalten waren und ob die Veröffentlichung dem Deutschen Reich abträglich war. Beides sei ebenfalls zu bejahen. Die Angeklagten wären über eigene Bedenken struppellos hinweggeschritten; sie hätten den Zweck ihrer Absichten höher eingeschätzt. Die freie Meinungsäußerung finde ihre Schranken eben innerhalb der Gesetzesbestimmungen. Eine Beurteilung des Passivismus als Weltanschauung liege fern, lediglich ein verfehlter Weg zur Durchklärung der Ideen müsse bestraft werden, das der Paragraph 92 verlegt sei. Die Angeklagten seien Verzeugschaften. Ein konkreter Schaden für das Reich wäre nicht entstanden. Deshalb seien mildernde Umstände jugendbilligt worden.

Der Präzedenzfall ist geschaffen. Wer Ungeheuerlichkeiten und Illegalitäten in der Presse aufdeckt und kritisiert, wird wegen Landesverrats verurteilt. Wie unhaltbar eine solche skandalöse Konstruktion ist, hat der Genosse Levi in seinem Widerspruch nachgewiesen. Um eine solche die Pressefreiheit unrettbar beschneidende Judikatur des Reichsgerichts abzuwenden, müssen die einschlägigen Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuches nach den Anträgen der Sozialdemokratie festgelegt werden. Auch um die Landesverratsparagrafen geht also der Reichstagswahlkampf mit.

wurden. Selbst wenn man annimmt, wie es das Statistische Reichsamt tut, daß zehn Prozent der Arbeitssuchenden nicht wirklich Arbeitslose sind, wenn man also von der Zahl von 1 670 000 zehn Prozent in Abzug bringt, so bleiben 1 503 000 bei den Arbeitsnachweiser gemeldete arbeitslose Arbeitssuchende, von denen nur 1 317 000 von den staatlichen Unterbringungsanstalten erfasst sind.

Der gegenwärtige Reichstagsstempel der Sozialdemokratischen Partei gilt also nicht nur den weit mehr als 200 000 Arbeitsunterstützten, sondern auch den fast 200 000 nicht staatlich unterstützten Arbeitslosen, die teils auf die Almosen aus den Wohlfahrtsanstalten angewiesen sind, teils überhaupt nichts an Unterstützung bekommen. Die Sozialdemokratie beweist mit diesem Kampfe für hunderttausende Arme der Armen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ihren ganzen aktiven Willen, für die Arbeiterklasse selbst unter den widrigsten Verhältnissen der Bürgerblockherrschaft herauszuholen, was herauszuholen ist. Die Ablehnung der sozialdemokratischen Forderungen durch den Bürgerblock aber sollte jedem Arbeiter klar machen, welche wichtigen Aufgaben durch die Reichstagswahl ihrer Lösung zugeführt werden müssen.

Die deutsch-russischen Wirtschafts-verhandlungen

Der Sozialdemokratische Pressebeirat schreibt: Vor vier Wochen legten in Berlin die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Ein Abschluß dieser Erörterungen ist heute noch nicht abzusehen, es sei denn, daß ihnen sehr durch das unverständliche Vorgehen gegen Angehörige deutscher Firmen in der Sowjetunion ein vorzeitiges Ende bereitet wird.

Den Verhandlungen gingen allgemeine Besprechungen voran, aus denen bisher bekannt geworden ist, daß sie vor allem von der sowjetrussischen Seite lenkt wurden, um aus zordentlich weitgehende Wünsche auf weitere Kredite vorzubringen. Allerdings sind diese Wünsche auf Ablehnung gestoßen. Von offizieller sowjetrussischer Seite wurde daraufhin in den letzten 8 bis 14 Tagen in der Moskauer Presse wiederholt erklärt, daß es sich bei den Verhandlungen für die Russen nur um eine Auseinandersetzung über beiderseitige Wünsche in Bezug auf den Wirtschaftsverkehr handele, aber nicht um russische Bittgesuche, um Kredite oder ähnliches.

Im Verlauf der Kommissionsitzungen zeigte sich bald, daß man in grundlegenden Fragen überhaupt von verschiedenen Voraussetzungen ausging, beispielsweise selbst bei so elementaren Problemen, wie der beiderseitigen Aus- und Einfuhrstatistik. Die Arbeiten wurden deshalb auf neuen Kommissionen — drei Haupt- und sechs Unterkommissionen — verteilt.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wird in den nächsten Tagen einen Bericht über die letzte Tagung des Wirtschaftsrates entgegennehmen. Auf Wunsch der Sozialdemokratie soll die Tagesordnung um einen weiteren Punkt über den gegenwärtigen Stand der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen ergänzt werden. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Hermann Müller, hat an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses bereits einen entsprechenden schriftlichen Antrag gerichtet. Die Sozialdemokratie beabsichtigt, den Reichsaussenminister u. a. wegen der Verhaftung deutscher Ingenieure und Arbeiter in Rußland zu interpellieren.

Wilsudskis Parlamentarismus

SPD Warschau, 15. März. (Radio.)

Nachdem Wilsudski trotz Anwendung ihm zur Verfügung stehender Mittel eine parlamentarische Mehrheit nicht erlangt hat, sucht er sich nun den Einfluß auf das Parlament in anderer Weise zu sichern. Er erklärte in einer privaten Versammlung der neu gewählten Abgeordneten des Regierungsblochs, daß dieser Block auch im Parlament fest zusammenhalten und eine politische Einheit bilden müsse. Wilsudski hat hierbei die Abgeordneten des Blocks insofern in seiner Hand, als diese sich vor den Wahlen verpflichtet hatten, auf seinen Befehl auf ihre Mandate zu verzichten. Wilsudski erklärte in der gleichen Versammlung, er sei persönlich Anhänger der parlamentarisch-demokratischen Staatsform und verfolge jetzt zum dritten Male, eine Zusammenarbeit zwischen der Regierung und dem Parlament herbeizuführen. Er hoffe, daß es ihm diesmal angesichts der großen Zahl seiner Anhänger im Parlament gelingen werde. Doch müsse das Parlament zu diesem Zweck seine bisherigen Arbeitsmethoden gründlich ändern. Wenn das Parlament also Barthes zum Marschall nicht wähle, len wird, was durchaus möglich ist, so dürfte der Versuch Wilsudskis, mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, als gescheitert gelten, wodurch auch die weitere Tätigkeit des Parlaments in Frage gestellt werden würde. Als Nachfolger Barthes wird übrigens neben dem General Górecki auch der Minister für öffentliche Arbeiten, der führende sozialistische Abgeordnete Moraczewski genannt.

Mussolinis Gewaltpolitik in Südtirol

(SPD) Mussolini setzt die Gewaltpolitik gegen die Deutschen in Südtirol fort. Er hat 87 deutsche Beamte aus Südtirol in das Innere Italiens verlegt und ihre bisherigen Funktionen fasschisch Beamten aus Toscana und Venetien übertragen. Er hat in den Schulen von Bozen und Meran die deutschsprachigen Lehrbücher wieder eingezogen und läßt die österreichischen und deutschen Zeitungen an der Grenze zurückhalten.

Es sind starke Zumutungen, die der Diktator den Bewohnern der „befreiten Gebiete“ stellt. Auf Bajonette gestellt, diktiert der ehemalige Chefredakteur des Ananti wie ein kleiner Kaiser. Wir sagen ausdrücklich: kleiner Kaiser, denn Südtirol ist nicht das Objekt, über das „große Leute“ so in Ekstase geraten, wie jetzt eben Mussolini. Aber dieser Kampf für das größere Italien gibt dem Diktator Gelegenheit, sich in Boze zu sehen. Und die Boze ist es, die er neuerdings für sehr wichtig hält. Wie Wilhelm der Letzte, mit polternden Worten und großen Gesten dem Abgrund entgegenroste...

Frontkämpfer für den Frieden

WTB Paris, 1. März.

Der Verband der ehemaligen Frontkämpfer, der gestern in Paris tagte, hat u. a. eine Entschließung betreffend den Frieden angenommen, in der es heißt: In dem Bewußtsein dessen, was er geleistet hat, wollen die ehemaligen Frontkämpfer den Frieden überzeugen davon, daß die internationale Solidarität — wie davon entfernt, die Formel eines vagen Idealismus zu sein — eine unüberwindliche wirtschaftliche und moralische Wahrheit ausdrückt, gegen die die ehemaligen Frontkämpfer, den wahren Frieden zu verwirklichen, und wünschen einen Völkerverbund, der stark genug ist, um sicherzustellen: ein Sicherheitssystem, das die Rüstungsbeschränkungen vorbereitet, ein Kontrollsystem, das die Aufrechterhaltung der Abrüstung sichert, ein Ausgleichs- und Schiedsgerichtssystem, das die Lösung der internationalen Streitigkeiten gestattet.

Die Nähe der Wahlen

Ein bürgerlicher Antrag für gefangene Kommunisten

SPD Paris, 15. März. (Radio.)

Der Abgeordnete Dalimier hat in der Kammer den Antrag eingebracht, die verurteilten und verhafteten kommunistischen Abgeordneten nach vor Schluß der Kammerberatung wieder zu entlassen. Der Antrag kommt morgen in der Kammer zur Entscheidung, nach dem heute das Kabinett Poincaré Stellung dazu genommen hat. Angesichts der Haltung Herriots, der sich seinen Wählern gegenüber in Lyon feierlich für die Freilassung verbürgte. Der Quotient und das Douze glauben heute folgenden Kompromiß anzubieten zu können:

Die Regierung wird die Beendigung aller derjenigen Abgeordneten zulassen, die ihre Gefängnisstrafe wirklich angetreten haben. Die beiden Abgeordneten Doriot und Ducos aber, die sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen haben, sollen von jeder Gnadenmaßnahme ausgenommen werden.

Heute Abrüstungskonferenz

WTB Genf, 14. März.

Der stellvertretende russische Außenkommissar Litwinow, der gestern abend mit der sowjetrussischen Delegation zu der Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf eingetroffen ist, trat heute vormittag dem Generalsekretariat des Völkerverbundes, dem Generalsekretär und dem Direktor der Abrüstungsabteilung, Colban, einen Besuch ab. Im Laufe des gestrigen Abends hat der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, mit Litwinow eine Unterredung gehabt. Das Völkerverbundssekretariat veröffentlicht heute die offizielle Tagesordnung für die am Donnerstag beginnende Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission. Die Tagungsordnung umfaßt drei Punkte: 1. Bericht der Arbeiten des Sicherheitsausschusses; 2. Prüfung der Vorschläge der sowjetrussischen Delegation; 3. Stand der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission. An der Tagung nehmen insgesamt 24 Regierungen teil; von Nichtmitgliedstaaten Sowjetrußland, die Türkei und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Deutschland ist durch Graf Bernstorff vertreten.



Litwinow

Kampf um die Sozialversicherung

SPD Paris, 14. März.

Die Offensive der französischen Großkapitalisten gegen das Sozialversicherungsgesetz ist in der Kammerberatung am Mittwoch schmachvoll zusammengebrochen. Ihr Antrag, die Landwirtschaft vom Gesetz auszunehmen, wurde mit 375 gegen 125 Stimmen abgelehnt, nachdem der Landwirtschaftsminister den demagogischen Argumenten von einer schweren Krise in der Landwirtschaft ein kategorisches Dementi entgegengesetzt hatte. Damit ist die Annahme des Sozialversicherungsgesetzes in seiner gegenwärtigen Gestalt erfolgt. In Wirklichkeit tritt es jedoch erst am 4. Januar 1930, so daß das endgültige Schicksal der seit 8 Jahren zur Verhandlung stehenden Reform auch noch von dem Ausfall der bevorstehenden Kammerwahlen abhängt.

Spionageurteil in Versailles

WTB Paris, 14. März.

Im Versailler Spionageprozess wurde heute vom Pariser Strafgericht das Urteil gefällt. Von den elf Soldaten bzw. ehemaligen Soldaten der Militärdruckerei bzw. der Fliegerhülle von Versailles sowie einem ehemaligen Steuerkontrolleur, die angeklagt waren, für die nationale Landesverteidigung wichtige Schriftstücke entwendet und an einen unbekannt gebliebenen Kuffen weiterverkauft zu haben, wurde einer zu 5 Jahren Gefängnis, 3000 Franken Geldstrafe und 10 Jahren Aufenthaltverbot, die übrigen zu Gefängnis von sechs Monaten bis zu 4 Jahren und zu Geldstrafen von 100 bis zu 2000 Franken verurteilt. Die ebenfalls angeklagte Sekretärin eines Pariser Municipalrates, die zur Verhandlung nicht erschienen war, wurde zu 3 Jahren Gefängnis und 10 Jahren Aufenthaltverbot verurteilt.

Die Behandlung der russischen Vorschläge

WTB Genf, 14. März.

Von sowjetrussischer Seite verlautet, daß Litwinow in der Abrüstungskommission bei der Erörterung der von der Moskauer Regierung vorgebrachten allgemeinen Abrüstungsvorschläge eine endgültige Stellungnahme der Abrüstungskommission zu den russischen Vorschlägen erbitten wird. In Kreisen des Präsidiums der Abrüstungskommission trägt man sich mit der Absicht, für die sowjetrussischen Vorschläge eine Unterkommission einzusetzen. Hierdurch würde praktisch eine Stellungnahme der Abrüstungskommission zu den sowjetrussischen Vorschlägen auf spätere Zeit verlagert werden.

Der Schwache wehrt sich!

SPD London, 14. März. (Eig. Drahtber.)

Das Parlament von Montevideo hat mit 22 gegen 16 Stimmen einen Gesetzentwurf verwerfen, der den Vereinigten Staaten das Recht verleiht, die kommende Präsidentenwahl in Montevideo zu „überwachen“.

Gemeindenwahlen in der Tschechei

I. B. Fast jeden Sonntag finden in irgendeiner Gemeinde Nachwahlen statt. Alle Ergebnisse bestätigen, was die allgemeinen Wahlen im Herbst 1927 bereits angeklagt haben: nämlich schwere Verluste der äußersten Rechten ebenso wie der Kommunisten. Es scheint, daß die allmählich normal werdenden Wirtschaftsverhältnisse nun auch eine Stabilisierung des politischen Lebens zur Folge haben. In Landokron erzielte die deutsche Sozialdemokratie mit 12 Mandaten einen erfreulichen Erfolg, ebenso in Rumburg mit 9 Mandaten, während es die Kommunisten in Rumburg nur auf 4, in Landokron auf kein einziges Mandat brachten. In Böhmisch-Trübau gewann die tschechische Sozialdemokratie 3 Mandate und steigt damit auf 8, die Kommunisten sinken von 6 auf 4, in Klumburg, einer alten kommunistischen Domäne, sanken die Kommunisten von 10 auf 8 Mandate, während die Sozialdemokratie von 1 auf 3 stieg, in Orlova im Teschener Gebiet stieg die Partei von 8 auf 10 Mandate, die Kommunisten gehen von 9 auf 7 zurück, in Trencin in der Slowakei gewann die Partei 2 Mandate, in Turocz St. Martin vermag die Partei ihre Mandatszahl von 10 auf 13 zu steigern, während die Kommunisten von 7 auf 3 sinken. Ebenso sind die Ergebnisse aus zahlreichen kleineren Orten. Sehr erfreulich ist auch der Rückgang der klerikalen Stimmen, die Christlichsozialen büßen nun ihre demagogische und zweideutige Politik.

Diese Ergebnisse bestätigen immer aufs neue, daß die derzeitige Bürgerblockregierung die Mehrheit im Volke verloren hat, ebenso aber auch, daß die unproduktiven 41 Mandate der Kommunisten diesen zu Unrecht gehören. Die Bezirks- und Landeswahlen, die hoffentlich noch im Frühjahr stattfinden, werden das Volksgewissen über die Demagogen von rechts und links nur erhärten.

In 33 Gemeinden, in denen am 28. Februar gewählt wurde, erhielt die tschechoslowakische Sozialdemokratie 7941, die deutsche Sozialdemokratie 4412 Stimmen, zusammen also 12 353. Die Kommunisten erzielten 9260 Stimmen, während alle Bürgerblockparteien zusammen nur 17 741 Stimmen erhielten, somit in der Minderheit blieben, nachdem die sozialistischen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten und Kommunisten, 28 174 Stimmen erhielten. Noch deutlicher wird die Niederlage der Regierungsparteien, wenn man die reinen Regierung- und Oppositionsstimmen gegeneinanderstellt: es erhielt dann die Opposition 37 740, die Regierung aber nur 17 741 Stimmen.

Alle Wahlergebnisse seit dem 15. November bestätigen die schon damals gewonnene Erkenntnis, daß die Sozialdemokratie auf Kosten der Kommunisten und Christlichsozialen gewonnen und daß die Regierungsparteien ständig an Stimmen verlieren. Das berechtigt zu den schönsten Hoffnungen in bezug auf die Wahlen in die Bezirks- und Landesvertretungen, die wahrscheinlich Ende April oder Anfang Mai stattfinden und die Niederlage der Regierungsparteien besiegeln dürften.

EW Prag, 14. März.

Das von dem Kongress der Sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei eingesetzte Einigungs Komitee beschloß am Mittwoch, in diesem Jahre eine gemeinsame Wählerliste der zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale zählenden Parteien in der tschechoslowakischen Republik abzulehnen zu lassen. Außerdem kam man überein, bei den bevorstehenden Landes- und Bezirksvertretungswahlen vorbehaltlich der Zustimmung der einzelnen Parteien eine Vorkandidatliste aller Sozialdemokratischen Parteien in Aussicht zu nehmen.

Landbundterror

Koste gegen die Bete der Großagrarien

Wie die von den Landbundesführern arrangierten „Massenkundgebungen des Landvolkes“ zustandekommen, zeigen die folgenden Vorfälle. In Eisenberg in Thüringen wurde durch ein Inserat zum Besuch einer Bauernversammlung aufgefordert. Nach der Aufforderung, unbedingt zu erscheinen, heißt es am Ende: „Nicht erscheinen wird bestraft!“ Unterzeichnet ist diese Annonce mit „Strafandrohung durch den kürzlich gewählten ersten Zentralvorsitzenden der Christlich-nationalen Bauernpartei Deutschlands, den Gutsbesitzer Ba u m.“

Eine Mark Strafe pro Hektar des Besitzes wurden jedem Landbundesmitglied in der sächsischen Oberlausitz angedroht, das an „Kostkündgebungen der Landwirtschaft“ in Bauhen, Ramenz und Löbau nicht teilnahm. Der Landbund scheut also kein Zwangsmittel, um die Landwirte auf die Straße zu treiben. Daß auch in anderen Gegenden mit terroristischen Mitteln gearbeitet worden ist, haben wir bereits berichtet. Es ist bezeichnend, daß die großagrarischen Demagogen zur derartigen Maßnahmen greifen müssen, um der Deffenzlichkeit die „tödende Seele des Landvolkes“ vorzuführen zu können.

Geflegentlich der Eröffnung des Provinziallandtages der Provinz Hannover hat sich der Oberpräsident Koste in scharfer Weise gegen die Landbundeshege gemahnt. Koste verwies zunächst auf das Geseh der Arbeitlosen und sagte dann über die Aktion der Landbündler:

„Agitatorische Uebertreibungen, die in Protestversammlungen in den letzten Wochen laut geworden sind, habe ich so bewertet, wie Sie es verdienen. Mit dem Gedanken, daß das Zerbrechen von Fenstern in Finanzämtern hilft, sollte man sich und andere nicht betriegen. Ein Redner hat als möglich bezeichnet, daß einmal das Parole lauten könnte: „Die Weiße Armee steht bei Göttingen.“ Mir erscheint das wenig wahrscheinlich. Er soll hinzusetzen haben: „Dann weiß jeder, daß er seine Witschi zu tun hat.“ Was meine Witschi in einem solchen Falle wäre und die Schuldigkeit der Politik und Landbürgerei, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Eine weiße Armee, d. h. eine reorganisierende Menge, würde nicht lange bei Göttingen stehen, sondern I a u f e n, und zwar schnell nach Hause, ausgenommen die ins Gefängnis gesteckten Räubersführer.“

Angriffe der Wahabiten

WT London, 14. März.

Morning Post meldet aus Jerusalem: Von letzten Berichten aus Syrien zufolge sind bei Tebul, drei Tagemärsche von Maan entfernt, 18 000 Wahabiten versammelt. Eine Gruppe von über 1000 Mann hat hierum die Beni Saffar in Ostmoab angegriffen. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Wahabiten den Versuch machen, Maan und Akaba zu erobern.

Das Zuchthaus in Zahlen

W. Kr. 373 Seiten nichts als Zahlen, römische Ziffern, arabische Ziffern, Rubriken, Additionen, Abteilungen, Teilspalten, Kapitelüberschriften und wieder Zahlen. Das ist die jüngst von Straßburg Berlin-Tegeel veröffentlichte Statistik über die Gefangenenanstalten der Justizverwaltung in Preußen für die Zeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925. Das Sprichwort „Statistiken lügen“ mag vielfach zutreffen. Oft dagegen sind sie nichts als trodene Wahrheiten. Es gilt nur die nötige Geduld und Hingabe aufbringen für das benebelnde Zahlengewir, dann bekommen die Ziffern schon ein Gesicht. Wer nun diese Statistik der preußischen Strafanstalten auf solche Weise studiert, erhält zum Kapitel Straßpölkzug die wichtigsten Unterlagen.

Preußen hat 1033 Untersuchungs- und Strafgefängnisse, die über 59 000 Menschen aufnehmen können und 22 Zuchthäuser, in denen Platz für 12 000 Gefangene ist. Durchschnittlich waren im Rechnungsjahre 1924 in den Gefängnissen pro Tag 53 609 (1923 70 000, 1914 47 000). Vom April 1924 bis März 1925 sahen insgesamt in den preußischen Gefängnissen nahezu eine halbe Million Untersuchungs- und Strafgefängene, darunter 60 000 Frauen. Die Zahl der Zuchthausgefangenen betrug 23 000, im Tagesdurchschnitt über 13 000.

Besonders wichtig sind die statistischen Tafeln über die Verstrafen. Die Anstaltsverwaltungen haben bei ihren Sträfelingen genau nachgefragt und die sich hierbei ergebenden Resultate bestätigen erneut den Ursinn der bürgerlichen Strafrechtslehre. Der fünfte Teil aller Gefangenen wurde zu einer Strafe von mindestens einem Jahr verurteilt. Von diesem reichlichen Fünftel nur waren bereits zwei Drittel vorbestraft, ja bei den Zuchthausgefangenen sogar drei Viertel. Auch über die Anzahl der Vorstrafen erzählen die Rubriken recht Interessantes. Die höchste Ziffer weist die Sparte der drei- bis fünfmal Vorbestraften auf. Aber auch häufigere Vorstrafen sind keine Seltenheit. So befanden sich zum Beispiel allein im Bezirk des Strafvollzugsamtes Berlin 224 Männer und 9 Frauen, die elf- bis dreißigmal Gefängnis- und Zuchthausstrafen verbüßt, ja sogar fünf Männer, die schon mehr als dreißigmal gefesselt haben. Die Strafzuchthausstrafe ist in den ersten drei Monaten nach der Entlassung nicht allzu groß. Bei den allermeisten Gefangenen steigt die letzte Vorstrafe ein bis zwei Jahre zurück. Nach diesem Zeitpunkt scheint die Hauptgefahr vorüber zu sein.

Die Tafel 6 registriert die Disziplinarstrafen. Als solche gelten in der Hauptsache Verweis, Kostbeschränkung, einfacher und verschärfter Arrest, dieser bis zu vier Wochen, schließlich Fesselung als Sicherungsmittel. Während des Rechnungsjahres 1924/25 lagen 280 Menschen bis zu drei Tagen und 37 Menschen über zwei Wochen in Fesseln, von diesen im Zuchthaus Wartenburg (Ostpr.) allein 11 und im Gefängnis Lützow 6. In allgemeinen erniedrigte sich der Prozentsatz der Disziplinarstrafen gegenüber dem Jahre 1923/24 um die Hälfte. 1923 traf noch jeden Zehnten eine Disziplinarstrafe. Ob die erfreuliche Besserung auf größere Hüfsamkeit der Sträflinge oder auf humaneren Strafvollzug zurückzuführen ist, geht aus der Statistik nicht hervor.

Die sehr Disziplinarstrafen aber für ein ganzes System sprechen können, beweist das Beispiel Wartenburg, das uns zufällig eine Nachkontrolle ermöglicht. Die ständischen Zustände jener Anstalt, in der laut Statistik die Fesselungen ein so bevorzugtes Mittel sind, zwingen ja die Sträflinge sogar zur demonstrativen Weigerung. Die Gefangenen wollten damit an die Deffenzlichkeit appellieren und in der darauf erfolgten Aussprache im preußischen Landtag mahlte die Regierung die geradezu mittelalterlichen Verhältnisse im Zuchthaus Wartenburg auch ausgeben und versprach weiter die baldige Auflösung der Anstalt.

Ein Mord für hunderte Morde

EW Berlin, 15. März. (Radio.)

In Paris ist der italienische Faschist Savorelli von einem Unbekannten durch zwei Revolverkugeln in den Kopf getötet worden. Savorelli war vor kurzem zum Besuch seines Landsmannes Seratobelli nach Paris gekommen. Der Attentäter hat sich vor der Tat telephonisch von der Anwesenheit Savorellis in der Wohnung seines Wirtes in der Wohnungslür erschossen. Er und sein ermordeter Freund hatten in der letzten Zeit zahlreiche Drohbriefe von Antifaschisten erhalten. Von dem Attentäter fehlt jede Spur. Er hat das Haus völlig unbemerkt verlassen.

II Paris, 15. März.

Zu der Persönlichkeit des gestern einem politischen Attentat zum Opfer gefallenen Italiensers Savorelli wird durch die gerichtliche Untersuchung bekannt, daß es sich um einen früheren Inhaftierten italienischen Journalisten handelt. Da sich anscheinend ein Wechsel in seiner politischen Gesinnung anbahnte, dürfte er von einem seiner früheren Gesinnungsgenossen ermordet worden sein, der einen Verrat von Geheimnissen befürchtete.

Ein Korruptionsffandal — mal nicht in Deutschland

II Konstantinopel, 14. März.

Im Jahre 1925 hat das türkische Handelsministerium in Russland Getreideeinkäufe getätigt im Gesamtwerte von 500 000 t. W. (etwa 1,1 Millionen Mark). Wie sich nunmehr herausgestellt hat, ist bloß ein Teil des Geldes für Getreideeinkäufe verwendet worden, das übrige Geld, insgesamt 180 000 t. W., ist verschwunden. Jedenfalls lassen sich keine Unterlagen dazu mehr auffinden. Die Regierung hat auf den Verdacht der Unterschlagung hin eine Kontrollkommission mit der Untersuchung beauftragt und diese Kontrollkommission ist schließlich zu dem Ergebnis gelangt, daß der damalige türkische Handelsminister Ali Hishmani Bey und einige andere Beamte des Ministeriums zur Rechtfertigung heranzuziehen seien.

Dem Angorauer Parlament liegt ein Gesetzentwurf vor, wonach es von Abgeordneten in Zukunft unterlagt sein soll, sich tauschmännlich in irgendeiner Form zu betätigen. Der Vorschlag ist vom Ausschuß bereits gebilligt.

Daß die Flucht aus einer Strafanstalt keineswegs nur in romantischen Kinostücken vorkommt, daß vielmehr auch hinter hohen Mauern der Freiheitstrieb des Menschen nicht immer erlischt, bestätigen die „Entweichungen“ 1926 glückte eine Flucht; 1380 wurden später wieder ergriffen. 103 Jahre die Freiheit nicht wieder, sie starben während des Rechnungsjahres. 30 von ihnen hat die Tuberkulose hinweggerafft, 72 ertrugen durch Selbstmord. Rotiert sind übrigens auch die Selbstmordversuche. Demnach wollten sich 333 Gefangene das Leben nehmen. Bei 228 sollte allerdings der Versuch „nicht ernstlich gemeint“ gewesen sein. Auf eine merkwürdige Tatsache läßt man beim Kapitel Geisteskrankheiten. Von den 945 vorgekommenen Fällen von Irrenerscheinungen wurden nämlich 266 bereits bei der Einlieferung der Sträflinge festgestellt. Da taucht denn unwillkürlich die Frage auf, wie diese Menschen trotz ihrer Krankheit gerichtet wurden. Es ist von jenen, die in den Zellen ihren Verstand verloren, waren zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt. Begnadigt wurden 478. Ein Teil der Gesuche um vorläufige Entlassung fand Berücksichtigung.

Interessant sind die Zahlen über den Arbeitsbetrieb in den Strafanstalten. Zunächst erzählt man die bemerkenswerte Tatsache, daß die überwiegende Mehrzahl der Sträflinge bei Privat- und öffentlichen Anstaltsarbeiten, war nur etwa ein Fünftel bei staatlichen und gemeindlichen Behörden beschäftigt, alle anderen bei Unternehmern und sonstigen Privaten. Sie werden in den Privatsbetrieben vor allem beschäftigt mit der Anfertigung von Kosmatten und Kosmetikprodukten; mit Landeskultur und anderen landwirtschaftlichen Arbeiten, Tütschleiben, Filzschuhmachen, Stricken, Anfertigen von Kartonsagen, Tütschen und Korbmatten, Sortieren von Hülsenfrüchten, Kaifee, Lumpen und Haaren. Bedeutend ist die Anzahl derer unter „sonstigen Arbeiten“ Eingereihten. Zu welchen Leistungen die herangezogen werden, darüber schweigt sich die Statistik aus. Trotz genauer Buchführung über die Arbeitslohn- und -abrechnungen ist leider nicht klar festzustellen, welche Vergütung die Unternehmer für die Gefangenenleistungen zu leisten hatten. Es fehlen die Angaben über Stundenlöhne, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen. Mehr wie 80 Pfennig bis 1 Mark pro Arbeitstag und Gefangenen haben die privaten Dienstgeber offenbar nicht bezahlt. Insgesamt haben die Anstalten an Arbeitslöhnen während des Jahres 7,5 Millionen Mark eingenommen und den Gefangenen an Arbeitslohnungen ganze 1,8 Millionen ausbezahlt.

Die Fürsorge bei der Entlassung bildet das Schlußkapitel. Während des Rechnungsjahres wurden 236 527 Gefangene entlassen; die Hälfte ohne Arbeitsvermittlung, 44 Prozent mit einer Verlohnung bis zu 15 Mark, 13 285 mit einer solchen von mehr als 15 Mark bis 50 Mark. Die persönliche Fürsorge hat sich etwas gebessert. 7 Prozent der Entlassenen ist je teils geworden. Im Vorjahr 1923/24 betrug der Satz noch knappe 3 Prozent. Für besondere Geldunterstützungen (zum Schutze vor augenblicklicher Not, Reise- und Zehrgelder) haben die preußischen Strafanstalten im Haushaltsjahr 1924/25 132 517,37 Mark ausgegeben. Davon entfielen beispielsweise auf jeden von denen, die ohne einen roten Heller oder im Höchstfalle mit 15 Mark entlassen wurden, 50 Pfennig. Und wer bedarf nicht des Schutzes vor augenblicklicher Not, wenn er, seinen Groschen in der Tasche, aus dem Gefängnis oder Zuchthaus kommt.

Wir wiederholen, es sind dies alles trodene, nüchterne Zahlen. Aber von Blatt zu Blatt erhärten sie stärker unsere Forderung: Abbau der Gefängnisse und Zuchthäuser, Ausbau der Gefangenenfürsorge, durchgreifende Reform des Strafvollzuges!

Für einen südwestdeutschen Staat

Für einen südwestdeutschen Staat, d. h. wohl zunächst für eine Vereinigung von Baden, Württemberg und Hohenzollern, hat sich nach einer Meldung des Soz. Pressebüros aus Stuttgart der Handels- und Industriebeirat der Zentrums- und Arbeiterorganisationen von Baden und Württemberg auf einer in Pforzheim abgehaltenen Tagung ausgesprochen. Ob und in welchem Sinne dabei auch über die Palz verhandelt wurde, die eigentlich organisch dazu gehört, wird in dem ausgegebenen offiziellen Bericht nicht gesagt. Es heißt darin nur, daß die Tagung das Problem des südwestdeutschen Staates als „überaus ernst und wichtig“ bezeichnet, zugleich aber den Wunsch ausgesprochen habe, daß es vom Wahlkampf unbedingt jenseitig gehalten werden solle. Die Grundzüge der Richtlinien der deutschen Zentrumspartei werden als maßgebend anerkannt. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung erfordert jedoch gebieterisch, daß die südwestdeutschen Länder zu einem „organischen Staat“ vereinigt werden.

Mexiko

II London, 14. März.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, hat das mexikanische Kriegsministerium angekündigt, daß der Befehlshaber der Regierungstruppen allen ausländischen Straßensittigen zugesichert hat, wenn sie sich innerhalb acht Tagen ergeben. Nach diesem Zeitpunkt wird der Kampf gegen die unnaheligen Elemente der Rebellen mit aller Schärfe fortgesetzt werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herre in Leipzig
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hugo Seppel in Leipzig
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Bei Nieren- und Blasenleiden wirkt mit bestem Erfolg Lauensteins Wildruer Tee und Tabletten. Allein echt Könia-Salomo Apotheke, Grimmsche Straße 17

Der gesamten Stadtausgabe unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt vom Kauhaus Brühl bei, den wir der Beachtung empfehlen.

Diese Nummer umfaßt 18 Seiten.

Die Forderung der Neuzeit



verlangt von der Hausfrau, der das leibliche Wohl der ganzen Familie anvertraut ist, heute ein größeres Verständnis für den Nährwert der Speisen, als wie das früher der Fall war. Deshalb hat das wieder neu erschienene Dr. Oetker's Schulbuch Ausgabe C bereits begeisterte Aufnahme gefunden, weil es für jede Hausfrau und besonders für die angehenden ein guter Ratgeber für die Haushaltsführung sein will, denn es trägt den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung und berücksichtigt die neuen Forschungs-Ergebnisse in der Ernährungswissenschaft. Zahlreiche farbige Tafeln über Fleisch, Gemüse, Pilze, Kuchen, Torten, über die Anrichtekunst usw. vervollständigen die Sammlung von fast 500 Koch-, Back- und Einmacherezepten. Das 150 Seiten starke Buch ist in dauerhaftem

Pappband, wo nicht vorrätig, gegen Einsendung von 30 Pfennig in Marken von mir portofrei zu beziehen. Viele neue und wertvolle Anregungen zum Backen bietet Ihnen mein bereits in Millionen-Auflage verbreitetes neues farbige illustriertes Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F, das für 15 Pfennig in allen einschlägigen Geschäften erhältlich ist. Sie erfahren aus dem Buche auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten u. kochen können. Dr. Oetker's Backpulver „Bacfin“, Puddingpulver, Van.-Zucker, Gussin usw. sind in allen Geschäften stets frisch zu haben. Auf die Schutzmarke „Heller Kopf“ wollen Sie bitte achten.
Dr. August Oetker, Bielefeld.



Der Wehretat vor dem Reichstag

Der „vernünftige Pazifismus“ Dr. Grönners

Berlin, 14. März.

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums. Die Beratung beschränkt sich zunächst auf das Landheer.

Der Haushaltsausschuss verlangt eine Prüfung der Frage, ob nicht für viele Heereslieferungen zu hohe Preise verlangt werden.

Den Bericht des Ausschusses erstattet der Abg. Hüntlich (Soz.).

Reichswehrminister Dr. Gröner

Die Hauptprobleme der Reichswehr sind einmal die Wehrpolitik und die sich daraus ergebenden Folgerungen, und zweitens die politische Haltung der Reichswehr an sich. Im Ausschuss waren die Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten einig in dem Bekenntnis zur Notwendigkeit des bewaffneten Landes. Aus einzelnen Bemerkungen des preussischen Ministerpräsidenten in seiner Rede könnte geschlossen werden, daß ich die Ansicht vertritt, die militärischen Gesichtspunkte müßten den politischen voranstehen. Das ist nicht der Fall.

Nicht die militärischen Sachverständigen haben über unser Heerwesen zu entscheiden, sondern Regierung, Reichstag und Reichsrat.

In der Frage des Panzerschiffes ist für mich die Reichsregierung maßgebend. In den letzten Jahren hat sich die Technik so vervollkommen, daß ein modernes Panzerschiff von 10.000 Tonnen sehr wohl seine Aufgaben erfüllen kann. Die Marineleitung will nicht etwa bauen, nur um den Versailles-Vertrag auszuhebeln, aber sie geht mit mir davon aus,

daß eine modernisierte Flotte für den Schutz unserer Grenzen von größter Bedeutung ist.

Wenn Ostpreußen und Oberschlesien gleichzeitig überfallen werden sollten, dann würde das Panzerschiff eine sehr wesentliche Ergänzung unserer Landstreitkräfte sein. Wenn es uns nur gelingt, die Grenze zu schützen, bis die internationalen Instanzen eingreifen oder bis das sogenannte Weltgewissen sich regt, dann würden Landheer und Marine ihren Zweck voll erfüllt haben.

Mit Militarismus hat dieser von mir vertretene Standpunkt nichts zu tun.

Ich bekenne mich, wie wohl die Mehrzahl der Kriegsteilnehmer, zu einem gesunden, vernünftigen Pazifismus, allerdings nicht zu dem, der einer leichtsinnigen Gesinnung entspringt. Die Wehrpolitik ist die Dienerin der Außenpolitik. Eine so kleine Wehrmacht erfordert das Beste vom Besten in bezug auf Menschen, Ausbildung und Bewaffnung. Gegenüber dem Reichstag werde ich stets Wahrheit und Klarheit in Reichswehrrangelegenheiten an den Tag legen. Meine größte Aufgabe wird es sein, die Angehörigen der Reichswehr zum Staatsgedanken zu erziehen (Beifall), zum rückhaltlosen Gehorsam gegenüber der Verfassung und den verfassungsmäßigen Instanzen. Die überparteiliche Stellung der Reichswehr muß gewahrt werden. Darum werde ich auch rückhaltlos einschreiten gegen jede Entgleisung und Taktlosigkeit eines Angehörigen der Reichswehr. (Beifall.) Die Reichswehr muß bewahrt werden vor Sensationen. Kein Angehöriger der Reichswehr darf Unflätigkeiten zu einer öffentlichen sensationellen Kritik, wie es in der Vergangenheit so häufig vorgekommen ist. Ich werde dafür sorgen, daß solche Reichswehrrangehörigen verschwinden, die sich an der Reichswehr und am ganzen Volke veründigen, indem sie Stoff zu Sensationen bilden. (Beifall.)

Abg. Rüstler (Soz.)

Die Sozialdemokratie fordert insgesamt fünfzig Millionen „Abstriche vom Wehretat“. Die angeforderten Summen ständen in keinem Verhältnis zu der Größe der Reichswehr und ihrer Aufgaben. Der Redner kritisiert besonders die Übertragbarkeit vieler Posten. Eine Reichswehr ohne Großkampfmittel darf nicht hundert Millionen für Waffen- und Heeresgerät ausgeben. Nirgends ist etwas von der ehemals soviel gepriesenen deutschen Sparbarkeit zu merken. Der Etat verträgt sehr gut die von uns beantragten Abstriche, denn er ist außerordentlich luxuriös ausgestattet. Wie steht es mit der Auffklärung der Räter-Wehrbewegungen?

Auch der Pferdebestand der Reichswehr ist viel zu hoch. Notwendig ist auch eine Vereinfachung des Reichswehrministeriums, um den organisatorischen Überbau zu beseitigen. Bei dieser Gelegenheit spreche ich den Wunsch aus, daß Oberst Schlichter möglichst bald auf eine Erholungsreise geschickt werde.

Ein höherer Verlust kann ihm nicht schaden. Er sieht in jeder Zeit recht blaß aus, und ich fürchte um seine Gesundheit. (Heiterkeit.)

Mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage, so erklärt der Redner weiter, würden unsere Anträge auf Ermäßigung der Lohnsteuer, für die Kindererleichterungen usw. abgelehnt. Da ist der Riefenat der Reichswehr empörend.

Für Munition und Heeresgerät aller Art, ja für Panzerschiffe, wolle man hunderte von Millionen opfern, für kranke Schulkinder habe man aber nicht fünf Millionen übrig.

Die Senkung der Ausgaben für soziale Zwecke betrage 45 Prozent, für die Wehrmacht nur 1 Prozent. Wir treten jetzt in das erste Normaljahr der Daweslasten ein. (Sehr wahr! rechts.) Daher ist größte Sparsamkeit bei allen Reichswehrministerien dringend nötig. Der Redner begründet eine Entschleunigung seiner Kraktion, die eine sparsame Verwendung der Restmittel und einen allmählichen Abbau der Ausgaben fordert.

Die Soldaten müßten von ihren Vorgesetzten als Menschen behandelt werden. Leuteschinder müßten verschwinden. Das Bildungsniveau des Offizierskorps wolle niemand herabsetzen.

Wenn der Minister bei seiner Anshauung beharre und das Abiturienten-Examen als Voraussetzung fordere, dann sei der Aufstieg des Unteroffiziers zum Offizier ausgedehnt erschwert. Die Sozialdemokratische Partei verlange demgegenüber die Demokratisierung der Reichswehr. Der Geist der alten Armee sei unmodern, sei feudal gewesen. Wolle man aus der Reichswehr etwa eine Art kaiserlichen Kaiserspark machen?

Angesichts der Landesverratsprozesse könne man schon von einer Landesverratsfrage sprechen. Der Redner geht auf die zur Zeit in Leipzig schwebenden Prozesse gegen Küster und Falck ein. Da seien ganz andere Verlonen als die Vertreter der Presse unter Anklage zu stellen. Den Anstellungsgrundlagen der Versorgungsberechtigten müßten alle Behörden entsprechen. Freilich sei die Zahl der Berechtigten außerordentlich gestiegen, die Anzahl der Stellen habe sich dagegen erheblich verringert.

Die Gewerkschaftspresse dürfe in den Geschäftsräumen des Reichswehrministeriums auch in den Freizeitstunden noch immer nicht verteilt werden.

In reichswehren Betrieben seien die Methoden der Siemens und Borzig nicht angebracht.

Die Abrüstungsfrage werde wohl nie gelöst werden, wenn die Wähler sich nur auf ihre Staatsmänner verlassen.

Heute ständen bereits eine Million Soldaten mehr unter Waffen. Da müßten die Arbeiter für eine Aenderung sorgen. Nur zwischen Gleichberechtigten könne es eine aufrichtige und fruchtbare Verständigung geben. Auch von der Reichsregierung erwarte man eine starke Initiative für die Abrüstung unbeschadet des Stahlhelms und anderer Verbände. Mit Versprechungen des Ministers sei es allerdings nicht getan, da werde sich sonst das politische Schicksal des Reichswehrministeriums nicht unterscheiden von dem Schicksal seines Vorgängers. (Lobhafter Beifall v. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Graf von der Schulenburg (Dnat.): Außer allem Zweifel steht, daß ein Berufsheer unendlich viel teurer ist als ein Wehrpflichtheer. Die für die Manöver und Übungen aller Art angeforderten Mittel erscheinen für unser kleines Heer unverhältnismäßig hoch. Im dienstlichen Interesse müssen die Truppenleistungen zusammengelagert werden. Die Zerstückelung auf 127 Standorte erschwert jede Ausbildung und Erziehung und verursacht erhebliche unnötige Kosten. Die aus dem Unteroffiziersstande kommenden Bewerber erleiden meistens in der Konkurrenz um die wissenschaftliche Bewertung. Wir hoffen aber, daß auch Ausnahmen gemacht werden und überragend befähigte Unteroffiziere zu Offizieren befördert werden. Ohne die Pflege der Tradition kann unser Heer nicht bestehen. Die Aufgabe der Volkserziehung kann die Reichswehr heute nicht mehr übernehmen. Monarchie oder Republik ist nicht die Tagesfrage. Aus Gottesfurcht und Mannesehre hält der deutsche Soldat seinen Eid.

Unser Volk hat keine Veranlassung, vor der Welt den Blick scham- und schuldbehaftet zu senken. Deutschland will den Frieden, aber der europäische Friede ist durch nichts schlimmer bedroht als

durch das gefährte europäische Gleichgewicht. Wir wünschen, daß alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um unsere Wehrmacht in den uns gesteckten Begrenzungen auf die höchste Stufe der Ausbildung und Ausrüstung zu bringen.

Abg. Erling (Zentr.) dankt im Namen des Zentrums dem aus dem Amt geschiedenen Minister Dr. Geßler. Wenn seine Amtsführung manchmal scharfe Kritik fand, so sei das erklärlich durch die besonderen Verhältnisse, die in der schwierigen Uebergangszeit bestanden. Die in der Öffentlichkeit vielfach von Offizieren der alten Armee an der Reichswehr geübte Kritik sei nicht immer von sachlichen Gesichtspunkten geleitet. Die vom Reichsrat unter preussischem Einfluß beantragten Abstriche beim Wehretat seien wohl in der Hauptsache nicht auf den Willen zur Sparsamkeit zurückzuführen. Die Behauptungen der Entente-Nationalisten von geheimen deutschen Aufrüstungsabsichten müßten als völlig haltlos zurückgewiesen werden. Deutschland habe die Abrüstung vollkommen durchgeführt, jetzt müßten auch Frankreich und die übrigen Staaten endlich damit einen Anfang machen. Die sozialdemokratischen Streichungsanträge würden den Erfolg haben, daß die Reichswehr schlecht ausgerüstet ist. Dann wäre es konsequenter, überhaupt die Abschaffung der Reichswehr zu beantragen.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) schließt sich den anerkennenden Worten des Vordredners für den früheren Reichswehrminister Dr. Geßler an. Die Reichswehr habe sich immer als ein zuverlässiges Instrument des Staates erwiesen. Es hiesse an dem Ehrgefühl der Offiziere und Soldaten zweifeln, wenn man ihre Treue zum heutigen Staat in Zweifel ziehen wolle. Daß diese Zweifel unberechtigt seien, immer wieder in der Presse der Linken ausgesprochen werden, kann nicht gerade die Sympathie der Reichswehrrangehörigen für diese Presse und die hinter ihnen stehenden Parteien steigern. Kein Staat könne sich ohne Wehrmacht behaupten. Die dem Deutschen Reiche belassene kleine Wehrmacht müsse wenigstens zu einem gut ausgerüsteten Apparat gemacht werden. Die Versorgung der auscheidenden Soldaten wird erschwert durch die passive Resistenz, mit der Sozialdemokraten in den Krankenkassen und anderen Instituten die Anstellung der Versorgungsämter verhindern. Parteipolitik muß aus der Reichswehr ferngehalten werden.

Dr. Haas (Dem.) wünschte hätte sich die Reichswehr besser entwickelt, wenn nach dem Kapp-Putsch nicht die Sozialdemokraten den Rücktritt Noskes als Wehrminister verlangt hätten. Dem neuen Minister Gröner, so erklärte der Redner, bringen wir ein hohes Maß von Vertrauen entgegen. Wir erstreben als Voraussetzung der allgemeinen Befriedigung ein gutes deutsch-französisches Verhältnis. Das kann aber erst erreicht werden, wenn das offizielle Frankreich eine andere Haltung zu uns einnimmt und aufhört, das entwaffnete Deutschland als eine Gefahr für Frankreichs Sicherheit zu behandeln. Wir erwarten, daß jede Verbindung der Reichswehr mit politisch unzuverlässigen Verbänden verhindert wird.

Abg. Volz (Wagr. Vp.) schließt sich den anerkennenden Worten für die Tätigkeit des früheren Ministers Dr. Geßler an. Er begrüßt die Ausführungen des Ministers Gröner und unterstreicht die Erklärung, daß die Kriegsteilnehmer sich zu einem gesunden Pazifismus bekennen, der keineswegs den Willen zur Landesverteidigung ausschliesse.

Um 19,15 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 13 Uhr, vertagt.

Für Ausdehnung der Unfallversicherung

Der Reichswirtschaftsrat hat dieser Tage zu dem Entwurf eines dritten Gesetzes über Aenderungen in der Unfallversicherung Stellung genommen. Sowohl im Arbeitsaus-schuss wie im Sozialpolitischen Ausschuss des RWR herrschte Einmütigkeit über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Betriebe der Feuerwehren, Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Entbindungshäuser und sonstige Anstalten, die Personen zur Kur und Pflege aufnehmen, sowie auf Betriebe für naturwissenschaftliche oder technische Untersuchungen und Versuche (Laboratorien). Einstimmig wurde dabei beschlossen, auch die Betriebe für medizinische Untersuchungen einzubeziehen.

Verlängerung des Milchverkehrsgegesetzes

Das Gesetz zur Regelung des Verkehrs mit Milch vom 23. Dezember 1926, das zur Zeit in Geltung ist, war von vornherein als Uebergangsgesetz gedacht und daher auf die Zeit bis zum 31. März 1928 beschränkt worden. Da die Reichsregierung wie so vieles andere so auch ein neues endgültiges Milchverkehrsgegesetz nicht fertiggebracht hat, soll durch eine jetzt dem Reichstag zugegangene Novelle das bestehende Gesetz bis zum 31. März 1929 verlängert werden.

Frühjahrs-Revue



mauve



moda

12⁵⁰



beige-rosé



in vielen Farben

Tack

& Cie A.-G. Burg

Leipzig nur Hainstr. 16/18

Verkaufsstelle
Conrad Tack & Cie.
G. m. b. H.

tescher Schuhe



pfirsich



braun

14⁵⁰



beige-rosé



ceki

Die Mißstände im Kathologischen Institut

Einführung eines Untersuchungsausschusses — Der erste Abschnitt des städtischen Wohnungsbaues

Die durch die Denkschrift des Verbandes angelegter Verzele bekanntgewordene Mißstände im Kathologischen Institut des Krankenhauses St. Georg und des Erzbischofs des Institutsleiters Dr. Reinhardt veranlaßten die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses der Stadtverordneten verlangt. Auf eine von dem Bürgermeister Erbe zu dem Rat Reinhardt an den Rat gerichtete keine Antwort liegt eine Antwort vor, die bezeichnet werden sollte, daß der Rat sich nicht bereit erklärt hat, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses der Stadtverordneten zu veranlassen. Auf eine von dem Bürgermeister Erbe zu dem Rat Reinhardt an den Rat gerichtete keine Antwort liegt eine Antwort vor, die bezeichnet werden sollte, daß der Rat sich nicht bereit erklärt hat, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses der Stadtverordneten zu veranlassen.

Auf von Kommunisten und Sozialdemokraten wurde das Treiben des Dr. Reinhardt und des Verhältnisses des verantwortlichen Stadtrats Dr. Reinhardt einer scharfen Kritik unterzogen. Selbst der Demokrat Lehmann und der Wisemann Erbe mußten anerkennen, daß unglückliche Zustände im Kathologischen Institut zu herrschen schienen. Sie schienen jedoch die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses abzuwehren, in ein schwebendes Verfahren nicht einzutreten und plaudern, daß in dem Disziplinerverfahren die gegen Dr. Reinhardt erhobenen Anschuldigungen einwandfrei nachgewiesen werden.

Der für den Rat verantwortliche Stadtrat Dr. Reinhardt ist nicht für nötig, sich zu der Angelegenheit und über die per se zu leichtfertige Beschuldigung des Instituts, die nach einer Befragung der Anwesenden sehr spät erfolgte, zu äußern. Mit schwerem Kopf sah Herr Stadtrat Dr. Reinhardt die Bürgermeister Hofmann sprechen, der versicherte, daß der Rat selbst ein Interesse an der Klärung der Angelegenheit habe. Mit dem von der sozialdemokratischen Fraktion geforderten Untersuchungsausschuss konnte sich der Herr Bürgermeister nicht befassen, obwohl ihm doch alle Vertreter des Rates viel daran gelegen sein müßte, wenn auch von einem Untersuchungsausschuss der Stadtverordneten der Fall Reinhardt einer eingehenden Prüfung unterzogen wird. Der sozialdemokratische Dringlichkeitsantrag wurde gegen die Rechte angenommen.

Eine längere Debatte gab es noch über den ersten Bauabschnitt des städtischen Wohnungsbauprogramms für das Jahr 1928. Die Kommunisten hatten verschiedene Anträge gestellt und ihre Redner wählten wieder einmal in Entzweiung der Sozialdemokratie. Daß die Bürgerlichen durch den Mund des Bürgermeisters Hofmann die gegen den städtischen Wohnungsbauplan, die bei ihrer schließlichen Einstellung gegen jeden städtischen Bauplan verständiglich. Die Vorlage wurde angenommen und nun kann endlich in diesem Jahre mit dem städtischen Wohnungsbau begonnen werden.

Vor der Stadtverordnetenversammlung gab es eine gemeinschaftliche Sitzung der Stadtverordneten mit dem Rat, in der wieder einmal zwei Einigungsverfahren stattfanden. Das in der Gemeindevorordnung vorgesehene Einigungsverfahren erwies sich immer mehr als eine überflüssige Einrichtung, die nur eine unnütze Belastung der Stadtverordneten und ihrer Sitzungen ist.

Gemeinsame Sitzung des Rates und der Stadtverordneten

Staffelung des Schulgeldes

Der Rat hatte den Bescheid der Stadtverordneten, das Schulgeld für die höheren Schulen nach dem Einkommen der Schulgutsverpflichteten zu staffeln, abgelehnt. Die Stadtverordneten beschloßen, auf ihrem Standpunkt zu verharren. Daraufhin wurde ein Einigungsverfahren eingeleitet. Im Einigungsausschuss ist ein Vorschlag nicht zustande gekommen. Gestern fand die zur Erledigung verfassungsgemäß vorgeschriebene gemeinsame Sitzung des Rates und der Stadtverordneten statt.

Genosse Laug erörterte den Bericht des Einigungsausschusses und bemerkte anschließend daran persönlich, daß die Intransigenz des Rates auch bei den Einigungsverhandlungen das Einigungsverfahren zu einer nutzlosen Komödie mache. Der Rat habe, obwohl die Stadtverordneten einen Vermittlungsvorschlag machten, nicht nur seinen Vermittlungsvorschlag vorgelegt, sondern seine bisherigen Zugeständnisse zum Teil sogar wieder zurückgezogen. Das sehe aus, als wolle er eine Einigung unter allen Umständen unmöglich machen.

An der weiteren Ausdeutung beteiligten sich Hartig (KPD), Richter (WPD) und Stadtrat Stahl. Bei der Abstimmung wird ein Vermittlungsantrag Laug mit 30 gegen 20 Stimmen von den Stadtverordneten angenommen, vom Rat aber abgelehnt. Damit ist das Einigungsverfahren gescheitert.

Keine Beihilfe den Erwerbslosen

Die Stadtverordneten hatten beschlossen, den Erwerbslosen und Arbeitsbeschäftigten eine Winterbeihilfe zu gewähren. Der Rat lehnte ab. Die Stadtverordneten verharren auf ihrem Bescheid, Einigungsverfahren. Im Ausschuss kam eine Einigung nicht zustande.

Genosse Freytag beantragte, wenn es zu einer Einigung nicht komme, den Stadtverordnetenentscheid zu beantragen, der der Gewerkschaften Einspruch gegen die Ablehnung des Rates zu erheben.

Sajdak (KPD) unterstützt diesen Antrag. Der Antrag wird von den Stadtverordneten gegen die WPD angenommen, von der Mehrheit der Ratvertreter abgelehnt.

Sitzung der Stadtverordneten

Vor Eingang in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, daß das frühere Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums, der Demokrat Baumert plötzlich verstorben ist. Er sei ein allezeit eifriger Vertreter gewesen.

Wohnungsbauprogramm

Der Rat fordert für den ersten Abschnitt des Wohnungsbauprogramms für 1928 1 004 100 Mk. Die Ausschüsse fordern Auskünfte darüber, in welcher Weise die Berechnung der städtischen Wohnungsbauten erfolgt und wie der „angemessene“ Baupreis ermittelt wird. Weiter wird der Rat ersucht, den Plan der geplanten 264 Wohnungen für absehbare Mieter an der Kregelstraße, damit sie möglichst bald fertiggestellt werden, ohne Ausdehnung der städtischen Bauverwaltung zu übertragen.

Sajdak (KPD) fordert, daß nicht fertiggestellte Wohnungen gebaut werden, deren Baupreis nur von befristeten Mietern bezahlt werden könnte. Er greift im übrigen den von den Sozialdemokraten

am Dienstag in dem Reichstag gestellten Antrag auf, das gesamte Aufkommen an Mietsteuern zum Wohnungsbau zu verwenden. Darüber hinaus stellte er eine Reihe von Anträgen, die ohne die Änderung zehne- oder landesgesetzlicher Bestimmungen von der Stadt nicht durchgeführt werden können.

Genosse Kroneberg weist zunächst darauf hin, daß zehnerde Verhältnisse in den Ausschüssen sehr oft das gerade Gegenteil dessen war, was er in seinen Anträgen heute hier vorbringt. Wollte man zu politischen Erfolgen kommen, müßte man Beschlüsse fassen, deren Durchführung im Widerspruch der Stadt liege. Redner beantragt:

1. Bei künftigen Vorlagen ist der Bau von Mietwohnungen bis zu 70 Quadratmetern mehr als bisher zu berücksichtigen.
2. Die Befreiung der Mieter für die zu erstellenden Wohnungen wird dem gemeinsten Wohnungsausschuss überlassen.

Kroneberg fährt dann weiter aus, Schenker habe hier schweres Gewicht gegen den Bau von Wohnungen für soziale Mieter angebracht. Im Ausschuss habe er sich aber nicht in geringem Maße gegen den Fortschritt gewandt. Dennoch könne seinen viel geringeren Wünschen entsprochen werden. Redner beantragt daher, die Worte „soziale Mieter“ durch das Wort „Arbeitsbeschäftigte“ zu ersetzen.

Lehmann (Dem.) beantragt, bei der bevorstehenden Neuverteilung der Hauszinssteuer mindestens 5 Prozent der Preisermäßigung auf 20 Jahre zu Wohnungszuschüssen zur Verbilligung zu stellen.

Pfefferkorn (KPD) sagt in dreiviertelstündiger Rede seine völlige Indifferenz gegenüber Reichs- und Landesparlamenten durch vielfach polenisierte Ausführungen der Sozialdemokratie weitzumachen. Nach einigen Ausführungen der Stadtverordneten Kötter und Schneider (WPD), sowie des Stadtrats Richter wird die Debatte geschlossen. Die Vorlage wird in den wesentlichen Teilen angenommen. Ebenso die Anträge Kroneberg und der Antrag Schenker, nach dem alle Mietzinssteuer zu Wohnungsbauten verwendet werden soll.

Die Vorgänge im Kathologischen Institut

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hatte durch den Genossen Freytag folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Zum Zwecke der Untersuchung der Zustände im Kathologischen Institut des Krankenhauses St. Georg und der gegen den Dekan des Gesundheitsamtes und gegen den Medizinalrat Dr. Reinhardt vom Reichsverband angelegter Verzele erhobenen Vorwürfe wird ein Untersuchungsausschuss mit 3 Mitgliedern eingesetzt.

Genosse Freytag führt zur Begründung aus, der Leiter des Kathologischen Instituts mache seinen Angestellten das Dasein zur Hölle. Aus einer von dem Vorstand der Verzele ausgearbeiteten Denkschrift geht hervor, daß unglückliche Zustände im Kathologischen Institut herrschen, daß die Angestellten von Dr. Reinhardt so unglücklich behandelt werden, daß der Bereich der angestellten Verzele, die gesamte Verzele in zwei führenden medizinischen Wochenchriften vor der Annahme einer Anstellung im Leipziger Kathologischen Institut gewarnt hat. Die Folgen blieben nicht aus. Heute ist im Kathologischen Institut nicht ein einziger Medizinalrat und nur ein Medizinalpraktikant tätig. Das ist ein unglücklicher Zustand. Wohin solle es zum Beispiel führen, wenn Dr. Reinhardt durch Krankheit oder andere dringende Angelegenheiten seinen Dienst nicht verrichten könne, und nicht einmal Ersatz vorhanden sei. Die Vossische Zeitung habe in einem Artikel Stellung zu den Vorgängen genommen und diese Artikel beziehungsweise übersetzt: „Ein pathologischer Anatom“. Die Behandlung, die die Angestellten durch den Leiter des Kathologischen Instituts erfahren haben, spricht jeder Menschenswürde entgegen. Der Rat hat auf eine kleine Anfrage des Bürgermeisters Erbe eine Antwort erteilt, die ein schlecht nachgeahmtes Dementi des verstorbenen Reichswehrministers Gehler ist. Die Ratsantwort spricht davon, daß der Inspirator der Denkschrift ein vorbestrafter Mensch sei. Nach meinen Informationen trifft zwar zu, daß Herr Dr. W. bestraft ist, die Beauftragung erfolgte aber wegen Zugehörigkeit zum Häuserbund, also aus rein politischen Gründen. Auf Veranlassung des Herrn Dr. W. hat der Reichsverband den Rat ersucht, eine Beschwerdeschrift im Dezember nicht Dr. Reinhardt vorzulegen, weil einige Angaben sachlich nachgewiesen werden könnten. Das beweise doch, daß Herr Dr. W. durchaus nicht der gewissenlose Mann ist, als den ihn die Ratsantwort hinstellen möchte. Wer zunächst Informationen einziehen will, um festzustellen, ob die dem Rat vorgelegten Angaben auch in jeder Beziehung die Wahrheit sind, kann doch nicht gut als gewissenlos hingestellt werden. Wenn Leipzig ein in seiner technischen Einrichtung musterhaftes Kathologisches Institut hat, in dem sehr interessante und schmerzliche Fälle bearbeitet werden, so muß doch alles daran gesetzt werden, daß dieses Institut gleichzeitig auch ein Refugium für junge Verzele wird. In anderen Kathologischen Instituten zeigt sich ein sehr großer Andrang von Verzele. Aber

alle jungen Verzele lehnen es ab, an das Kathologische Institut nach Leipzig zu kommen, weil sie sich nicht in die von Dr. Reinhardt geschaffene Hölle begeben wollen.

Ein junger Arzt, der einige Zeit im Kathologischen Institut beschäftigt war, hat seine Erfahrungen niedergeschrieben. Eine Abschrift dieses Dokuments ist mir zugegangen. Es heißt darin:

„Der Tag war oft unglücklich angefüllt mit fortwährendem Krach, indem die Angestellten vom Abstellen bis zur Schwenkung in überhöhter Art und Weise beschimpft wurden. Ein Krach löste den anderen ab. Es wurde dabei weder auf Sache, noch auf Person Rücksicht genommen. Die Angestellten wurden in der Regel für jeden Fehler der unteren Angestellten ebenfalls beschimpft und hartnäckig gemacht. Es konnten die interessantesten wissenschaftlichen Fälle vorliegen, die geringsten Anlässe, z. B. das falsche Halten eines Instrumentes, das Zureichen eines Gefäßes, der Standpunkt am Sektionsstisch konnten genügen,

einen Schwanz von Beschimpfungen über die Unfähigkeit und Pflichtvergessenheit der Angestellten hervorzurufen. Die Beschimpfungen konnten fünf bis zehn Minuten dauern, um nach kurzer Zeit wieder erneut vorgetragen zu werden. Es kam oft vor, daß ich ebenso wie andere bei solchen Krachsagen, oft wochenlang von der regelrechten Arbeit ausgeschlossen wurden, daß Dr. W. sein Wort mit dem Betreffenden wuschelte und wenn der Betreffende in seiner Nähe arbeitete, so tat, als wenn er nicht vorhanden wäre.

Andererseits aber suchte er auch die Betroffenen in ihren Arbeitsräumen auf und setzte hier mit unverminderter Heftigkeit seine Beschimpfungen fort, und zwar tat er dies immer in Gegenwart von Zeugen. . . . Der Gedanke, daß man es bei Dr. W. mit einem hochgradigen pathologischen Zustand zu tun hat, ließ mich anfangs über vieles hinwegsehen, aber es wurde nicht verhindert, daß mit der Zeit eine völlige körperliche und seelische Zermürdung und Apathie eintrat.“

Ein anderer junger Arzt, der trotz der Behandlung durch Reinhardt mit dem besten Willen in dem Institut verblieb, erklärte: „Wenn ich einmal den Gesamteindruck von meiner dreieinhalbmonatigen Tätigkeit am Kathologischen Institut St. Georg wiedergeben soll, so muß ich sagen, daß diese dreieinhalb Monate meine schrecklichste Zeit gewesen sind. Ich habe während meines ganzen Lebens nie soviel Krach mit angehört, wie in dieser relativ kurzen Zeit und nie habe ich denartige Vorwürfe bekommen, wie hier.“

Niemand im Institut weiß, wie man es Dr. W. recht machen soll, denn wie man es auch macht, stets ist es falsch. . . . Ich ging mit dem festen Vorsatz hier her, wenigstens ein Jahr auszuhalten, da ich vorher schon von verschiedenen Seiten über Dr. W. unterrichtet worden war, und jetzt bin ich froh, daß ich von hier fortkam.“

Diesen Zitate braucht kein Wort der Kritik hinzugefügt zu werden. Der Rat hat am 14. Dezember eine Besichtigung durch den Stadtrat Drig und den Stadtmedizinalrat Dr. Pötte vorgenommen. Herr Dr. Reinhardt hat natürlich rechtzeitig Kunde von der beschlossenen Besichtigung erhalten und seine Vorbereitungen getroffen. Unter solchen Umständen werde man nicht viel finden. Der Rat suchte die ganzen Mißstände auf den durch die Renovation hervorgerufenen Raummangel zurückzuführen. Man hätte aber die Renovation nicht in allen Räumen zugleich vorzunehmen brauchen, sondern auch abschnittsweise vornehmen können; dann wäre es nicht zu solchem Raummangel gekommen. Ist dem Rat gar nicht aufgefallen, daß die Assistenten im Kathologischen Institut sorgfältig wachhalten? Er hätte durch das Personalamt sehr leicht feststellen lassen können, wie oft im Kathologischen Institut die Stellen wechselten. Der Rat erklärt, daß ein Disziplinerverfahren eingeleitet sei, daß auch Herr Dr. Reinhardt selbst ein Disziplinerverfahren gegen sich beantragt habe. Wir haben zu solchem Disziplinerverfahren kein Vertrauen. Aus diesem Grunde beantragt wir einen Untersuchungsausschuss der Stadtverordneten einzusetzen, damit eine endgültige Klärung des Falles Reinhardt erreicht wird.

Lehmann (Dem.): Wenn nur ein Teil der in der Denkschrift behaupteten Tatsachen zutrifft, dann sind die Verhältnisse im Kathologischen Institut demart ähnel, daß wir nur mit großem Bedauern davon Kenntnis nehmen können, und mit aller Schärfe dafür sorgen müssen, diese Zustände zu beseitigen. Dennoch sind wir gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Redner beantragt, den Rat zu ersuchen, bis zum 1. Mai Mitteilung über das Ergebnis des Verfahrens zu machen.

Bürgermeister Hofmann versichert, daß dem Stadtrat fern liege, in die parlamentarischen Rechte der Stadtverordneten einzugreifen. Traglich sei nur, es neben der Disziplinäruntersuchung ein Untersuchungsausschuss notwendig ist. Es sei daher wünschenswert, den Untersuchungsausschuss zurückzustellen, bis die Disziplinäruntersuchung abgeschlossen ist.

Lieberkorn (KPD) stellt die Schweigenspflicht der bürgerlichen Presse im Falle Reinhardt in Parallele mit der von ihr stets geübten schließlichen Verschweigung gegenüber Vertretern der Arbeiterbewegung. Das müßte, das im Falle Reinhardt verlangt werden müsse, sei, Dr. Reinhardt aus der Leitung des Kathologischen Instituts zu entfernen und einen Mann dorthin zu stellen, mit dem auch andere Verzele arbeiten können.

Erbe (WPD): Wenn Reinhardt wirklich so wenig versteht, mit Kollegen umzugehen, sei er nicht der richtige Mann am Platz. Aber einen Untersuchungsausschuss brauche man neben dem Disziplinärausschuss nicht. Gegen Lieberkorn bemerkt er, die Presse habe recht getan, daß sie mit ihrem Urteil zurückhalte, bis die Sache geklärt sei.

Genosse Freytag hält diesen Ausführungen Erbes entgegen, daß die bürgerliche Presse sich nicht nur keine Zurückhaltung auferlegte, sondern geradezu denunziatorisch wühlte, als es sich um den Fall Drig und die von den Feinden der Arbeiterbewegung erhobene Anschuldigung des Raubzuges und Genusmittelarbeiter-Verbandes für die Schäden, die Drig durch das Verfahren gegen ihn erlitten hat, handelte. Gegenüber dem Antrag Lehmann bemerkt er, daß die sozialdemokratische Fraktion an ihrem Antrag festhalte, daß sie die Auffassung ist, daß neben dieser Disziplinäruntersuchung auch ein Untersuchungsausschuss laufen kann. Dadurch werde, dazu sei getragen, den Fall Reinhardt beschleunigt und reiflich zu klären. Der Dringlichkeitsantrag wird angenommen.

Der Rat gegen die Sonntagsruhe

Dem vom Kollegium angenommenen sozialdemokratischen Erhebungsanträge, an den ersten Sonntagen der Frühjahrs- und Herbstmesse das Offenhalten von Einzelhandelsgeschäften nicht zu gestatten, ist der Rat nicht beigetreten. Vom Betriebsausschuss wurde beantragt, die Annahme der Klärung der Klärung des Rates abzulehnen und ihn zu ersuchen, das Ergebnis über die Erhebungen hinsichtlich des Offenhaltens der Einzelhandelsgeschäfte dem Stadtverordnetenkollegium zu unterbreiten. Die Ausschüsse wurden mit Mehrheit angenommen. Zugestimmt wurde einem kommunistischen Antrag, die Landesregierung zu ersuchen, daß an den Messontagen die Öffnung von Einzelhandelsgeschäften nicht gestattet wird.

Schaffung einer Rauchwarenfachschule

Vom Rat war vorgeschlagen worden, dem Reichsverband Deutscher Kürschner für die Zwecke der neuen Kürschnerfachschule einen einmaligen Beitrag von 3000 Mark zu gewähren. In den Anträgen der Ausschüsse wird die Schaffung einer solchen Rauchwarenfachschule in Leipzig anerkannt, die Unterstützung der Kürschnerfachschule jedoch abgelehnt und der Rat ersucht, mit den in Betracht kommenden Körperschaften zwecks Schaffung einer allgemeinen Rauchwarenfachschule unter Angliederung an die Berufsschule zu verhandeln.

Der Wisemann Erbe setzt sich für Bewilligung der 3000 Mark zur Unterstützung der Kürschnerfachschule ein. Genosse Wöhrst stellt fest, daß die Kürschnerfachschule in Widerspruch mit der Stellungnahme des städtischen Berufsvereins stehe. Die sozialdemokratische Fraktion sei gegen die Vorlage, weil es sich nicht um eine Schule, sondern nur um Kurse handle, und die Stadtverordneten vor vollendeten Tatsachen gestellt würden. Die Ausschüsse werden angenommen.

Schiedsgericht für Gemeinbedienstetenstreitigkeiten

Da der Rat Einspruch gegen die beschlossenen Ratsgehälter erhoben hat, die Entscheidung darüber aber verlaggt wissen will, bis die Schiedsverhandlungen durchgeführt sind, und ein unfähiger Beisitzer zum Schiedsgericht zu bestimmen ist, wird Genosse Laug einstimmig als Beisitzer gewählt.

Nach Erledigung einer Reihe von Tagesordnungspunkten und nachdem die Behandlung zweier wichtiger Vorlagen bis zur nächsten Sitzung verschoben worden ist, wird die Stadtverordnetenversammlung nachts 12 Uhr geschlossen.

Veranstaltungskalender

Donnerstag, 15. März 1928.
Vand. 10. Freideuter, Ortsgruppe Sld. Rost. Stadt Borna, 20 Uhr.
Verband der Buchbinder, Volkshaus, 16 1/2 Uhr.
Selbstbetriebsverband (Kittenschneider), Volkshaus, 17 Uhr.
Selbstbetriebsverband, Delegierte und Betriebsräte der Musikantenbrüder, Volkshaus, 17 Uhr.
Freitag, 16. März 1928.
Bankkassen, 20 Uhr, Volkshaus.
Werkzeugmacher und Uhrmacher, Volkshaus, 19,30 Uhr.
Deutscher Schreinerbund (KPD), Gesellschaftshaus, 20 Uhr.
Tagesordnungen usw. in vorabgegangenen Inseraten ersichtlich.

Der Reichsbahn-Konflikt Kampfvorbereitungen der Hauptverwaltung

SPD Dresden, 14. März.

Die freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner des Direktionsbezirks Dresden nahmen eine Entschiedenheit an, die sich schärf gegen die ablehnende Haltung der Reichsbahnhauptverwaltung hinsichtlich der Erhöhung der Löhne wendet. Die im Verlauf der Versammlung gewünschte Mittelung, daß die Reichsbahndirektion Dresden bereits Kampfvorbereitungen treffen, ziel große Erregung hervor. Tatsächlich sind an die Parteigeledempänger und Ruhekändler Schreiben verschickt worden, in denen aufgedruckt wird, sich für den Diensttritt bereitzuhalten.

Zur Beilegung des Lohnstreits bei der Reichsbahn ist vom Reichsarbeitsministerium Staatssekretär a. D. von Müllendorff als Schlichter bestellt worden. Wann die Schlichtungsverhandlungen stattfinden, steht noch nicht fest.

Mitteldeutsche Landarbeiter Vergleich in der Lohnfrage

Der seit Wochen schwebende Lohnstreit in der mitteldeutschen Landwirtschaft ist durch einen Vergleich zum Abschluß gebracht worden. Danach erhöht sich mit Wirkung vom 16. März 1928 der tatsächliche Spitzenlohn für Männer und Frauen um je 2 Pfennig die Stunde. Die übrigen Lohnsätze erhöhen sich in dem gleichen Verhältnis wie die Spitzenlöhne. Soweit eine Erntezulage nicht tariflich vereinbart ist, wird die Zulage des Jahres 1927 um $\frac{1}{2}$ Pf. je Stunde erhöht. Diese Regelung gilt bis zum 31. Dezember 1928.

Bezirkskonferenz der mitteldeutschen Bergarbeiter

Am 11. März fand in Halle die Bezirkskonferenz des Bergarbeiterverbandes für den Bezirk Halle statt. An ihr nahmen über 150 Delegierte und Gäste aus allen Kreisen des Bezirkes teil. Den Jahresbericht über das an Kämpfen erfolgreiche, verfloßene Geschäftsjahr, erstattete der Bezirksleiter Reddigau. Mit Befriedigung konnte er feststellen, daß in der Arbeitszeit und in der Lohnfrage, insbesondere für den Braunkohlenbergbau wesentliche Vorteile für die Beteiligten erreicht seien. Zwar seien nicht alle Wünsche in Erfüllung gegangen, aber das hindere nicht, in baldige weitere Fortschritte zu erzielen. Besondere Kämpfe stellt er für den Kali- und Erzbergbau in Aussicht. Er konnte weiter feststellen, daß die Finanzen und die Mitgliederzahlen des Bezirkes einen starken, recht erfreulichen Aufschwung genommen haben, der zu der Hoffnung berechtigt, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Zukunft erfolgreich geführt werden können.

Sodann sprach das Vorstandsmitglied August Schmidt, Wodum, über „Unsere nächsten Aufgaben“. In einem äußerst interessanten Vortrage, gestützt auf bestes Material, gab er einen Überblick über die derzeitige Wirtschaftslage, insbesondere die des Bergbaues. Er wies darauf hin, daß das kommende Wirtschaftsjahr reich an großen Kämpfen sein werde. Es sei die Pflicht der Unternehmer und ihrer Verbände, die gewerkschaftlichen Erfolge der Arbeiter zurück zu machen. Ein erstes Mahnwort richtete Schmidt hinsichtlich der bevorstehenden Parlamentswahlen an die Konferenz.

Im Anschluß daran sprach Hesse, Halle, über die bevorstehenden Betriebsratswahlen. Er gab eine prägnante Anleitung über die Durchführung der Wahlen und erläuterte eine Anzahl

von Rechtsfragen. Besonders betonte er, daß in Zukunft im Interesse aller Beteiligten die Betriebsräte noch mehr als bisher im Bergarbeiterverband zusammengefaßt werden müssen. Auch stellte er umfassende Bildungsmaßnahmen für die Betriebsräte in Aussicht. Die Konferenz hat die Arbeiten der Verbandsleitung des Bezirkes fast debattellos gutgeheißen und einstimmige Entschlüsse gefaßt. Ebenso einstimmig wurde beschlossen, in der Zeit vom 19. bis 25. März eine Agitationswoche für den ganzen Bezirk zu veranstalten. In die Bezirkskommission wurden neu einstimmig Elektro-, Teufelthaler-, Müller-, Messfeld, und Rosenthal, Egeln, gewählt.

Am Schluß konnte Bezirksleiter Reddigau feststellen: „Die geschlossene Einmütigkeit der Konferenz ist ein Beweis, daß der Verband im Bezirk in guten gewerkschaftlichen Geiste fest diszipliniert steht — befreit von dem Willen, unabhängig am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg der Bergarbeiterschaft zu wirken.“

Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter Gründungsversammlung des neuen Verbandes in Leipzig

Unter neuem Namen haben sich am 4. März im Großen Volkshausaal die nachstehenden vier Verbände zur Gründungsversammlung zusammengeschlossen: 1. Nahrungsmittel- und Genussmittelarbeiter, 2. Lebensmittel- und Getränkearbeiter, 3. Fleischer und Berufsgenossen, 4. Bäcker, Weinläufer und Hilfsarbeiter. Die Versammlung hatte die Aufgabe, die neue Ortsgruppenverwaltung zu wählen und die Lokalbeiträge festzusetzen. Die Versammlung war sehr gut besucht und wurde vom geschäftsführenden Generalsekretär, Kollegen Georg Kiepl, geleitet. Vor Eintritt in die Tagesordnung kamen durch den Gemischten Chor der Bäcker und Konditoren einige Lieder zum Vortrag, die unter der Leitung des Dirigenten Franko großen Beifall fanden.

In einem Rückblick zeigte Kollege Kiepl, unter welcher schweren Last die Kollegenchaft (trotz aller Widerstände der Unternehmer) den Aufbau der einzelnen Verbände vollzog, so daß nun nach der Verschmelzung rund 150.000 Mitglieder zu verzeichnen sind. Durch einmütiges Zusammenarbeiten wird und muß es gelingen, die uns noch bestehende Berufsarbeiter und Berufsgruppen in der nun bestehenden Industrieorganisation zu vereinen. Das in der neuen Organisation geschaffene Unterstützungswesen ist im Interesse der Mitglieder auf Grund der guten Finanzlage des Gesamtverbandes bei allen Unterstützungsarten als vorbildlich zu bezeichnen. Die Neuerrichtung der Invaliden- und Altersunterstützung, in deren Genuß bereits ab 1. April 1928 ein großer Teil von Mitgliedern gelangt, wird freudig begrüßt, indem diese Unterstützung über die größte Not in den letzten Lebensjahren hinweghilft.

Von Seiten der „Opposition“ kam zum Ausdruck, daß derartige Unterstütsungsrichtungen nicht Aufgabe der Gewerkschaften seien, derartige Einrichtungen müsse der Staat in vollem Umfange erfüllen.

Mit den Vorschlägen zur neuen Ortsgruppenverwaltung hatten sich die Vorstände der vier Verbände und eine große Funktionär-

Achtung, Bauarbeiter und Zimmerer!

Das Baugeschäft von Albert Kämpfer, L. Deusch, Hohe Straße 2, Arbeitshilfe L. Vindenz, Klopstockstraße 4, Wohnungscinbau, wird hiermit für organisierte Bauarbeiter und Zimmerer wegen rüftständigen Abnehmens gesperrt.

Leipzig, 14. März 1928.

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig, Zentralverband der Zimmerer, Zahlstraße Leipzig.

versammlung eingehend beschäftigt und wurde die heutige Versammlung erucht, die Vorschlagsliste einmütig anzuerkennen. Zu dieser Vorschlagsliste, die dann aber von der Funktionärversammlung gegen wenige Stimmen anerkannt wurde, verlangte die „Opposition“ für den engeren Vorstand eine andere Zusammenziehung; dabei zeigte sich, daß sie Kollegen auf ihrer Vorschlagsliste hatte, die davon keine Kenntnis hatten und es ablehnten, auf dieser Liste geführt zu werden.

Kollege Kiepl konnte sich in seinem Schlusswort sehr kurz fassen, da fast alle Diskussionsredner sich gegen eine Veränderung der Vorschlagsliste aussprachen. Im übrigen wurde in der Diskussion der „Opposition“ gesagt, daß sie es sich zur Lebensaufgabe gemacht habe, bei jeder Gelegenheit Kritik zu üben, ohne selbst etwas Besseres zu schaffen. Die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für die Vorschlagsliste der großen Funktionärversammlung.

Die Lokalbeiträge analog den Zuwahlbeiträgen festzusetzen, wurde von der „Opposition“ bekämpft; die Abstimmung ergab eine Mehrheit. Die Anzahlung der Stimmen erfolgte von Anhängern der „Opposition“, als sie einsehen mußten, daß sie mit ihrem Antrag unterlegen waren, verabschiedete sie das Ergebnis als nicht richtig hinzustellen, welches große Heiterkeit auslöste.

Zwei Anträge, im Interesse der Einigkeit des Proletariats eine gemeinsame Kaffeier abzuhalten, sind durch einen Beschluß der zuständigen Instanz bereits im Januar erledigt worden. Ein Antrag, die Löhne sämtlicher Gruppen an einem Termin zum Ablauf zu bringen, gilt als erledigt, da dieses Aufgabe der einzelnen Sektionen sei. Ein Antrag betreffs Ausbau des Arbeitsnachweises wurde dem Vorstand übermiesen.

Kollege Kiepl konnte die Versammlung mit dem Appell an die Mitglieder schließen, mit vereinten Kräften für die Stärkung der Mitgliederzahl tätig zu sein und sich gegenseitig zu unterstützen, denn nur durch eine gut organisierte Arbeiterschaft können Verbesserungen erreicht werden.

Die Telephonistinnen Eine Berichtigung der Reichspost

In Nr. 32 der Leipziger Volkszeitung vom 7. Februar ist in der Anmerkung der Redaktion zu dem Aufsatz „Rationalisierung bei der Deutschen Reichspost. Die Lage der Postbeamtinnen“ ausgeführt worden, im Fernsprechkreis erfolge ein acht- bis neunstündiges ununterbrochenes Tragen des Mikrophons wie des Kopfhörers. Diese Ausführungen sind unzutreffend. Richtig ist vielmehr:

1. daß neunstündige zusammenhängende Dienstschichten beim hiesigen Fernsprechkreis am Tage überhaupt nicht, sondern nur im Nachdienst geleistet werden, und während des Nachdienstes ein ununterbrochenes Tragen des Mikrophons und Kopfhörers nicht in Anspruch genommen wird,
2. daß am Tage allen Vermittlungsbeamtinnen, die mehr als 3 Stunden hintereinander Dienst zu verrichten haben, Entspannungspausen von 25 bis 40 Minuten gewährt werden, während der die Beamtinnen Mikrophon und Kopfhörer ablegen,
3. daß auch während des Tagesdienstes gestattet ist, Mikrophon und Kopfhörer abzulegen, solange Gesprächsverbindungen an den den einzelnen Beamtinnen zur Bedienung zugeleiteten Schranken nicht bestehen. Oberpostdirektion.

Was ist dazu zu sagen?

Wir halten unsere Leser nicht für so naiv, daß sie aus unserer Anmerkung herausgesehen haben, daß die Telephonistinnen während acht- oder neunstündiger Arbeitszeit überhaupt keine Pause haben. Diese Pausen sind aber keine Entspannungspausen, sondern Epipausen, deren größter Teil noch draufgeht, da Arbeitsaal — Garderobe (Dachkammer) — Kaputte ziemlich entfernt voneinander liegen, zu vielen Zeiten die Kanitze auch so überfüllt und voll



Was sagen Sie heute?

HABEN Sie mit der Kur begonnen und eine Schachtel OVERSTOLZ zu Ende geraucht? Rauchten Sie auch keine andere Zigarette dazwischen? Denn darauf kommt es ja gerade an, daß Ihre Zunge sich erst einmal auf den reinen Geschmack ostmacedonischer Tabake einstellt.

Sie sind vielleicht der Meinung, daß Sie auch bisher nichts anderes geraucht haben als macedonische Zigaretten. Das halten wir aber für ausgeschlossen. Bei einer Zigarettenmischung müssen Sie unterscheiden zwischen dem Grundstoff und den Zutaten, die letzteren sind nur wie das Gewürz an einer Speise. Der Grundstoff dagegen gibt der Zigarette den Charakter, nach ihm wird sie benannt.

Bei OVERSTOLZ ist er ostmacedonischer Herkunft, also der beste Tabak, den die Erde hervorbringt. Was der Fachmann noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehalten hätte, ist mit der OVERSTOLZ geschaffen: für 5 Pfg. eine echte Macedonen-Zigarette.

Sind Sie erst einmal auf den Geschmack des ostmacedonischen Tabaks gekommen, so werden Sie nichts anderes mehr rauchen wollen, und ausserdem wird Ihnen das Rauchen viel zuträglicher sein.

Haus Steurburg
O.H.G.

Kochkunst ist, daß von einer Entspannung oder Erholung nicht die Rede sein kann. Daß im übrigen die neunstündige Arbeitszeit in einer Doppelsicht besteht, wodurch bei den nicht geringen Entfernungen der Großstadt ein vierfacher Weg von und zur Arbeitsstätte zu machen ist, hindert nicht daran, daß während der ganzen Arbeitszeit der Hörer sowie das Mikrophon getragen werden müssen, eben weil zu viel Arbeit oder zu wenig Personal vorhanden ist. (Je nachdem, wie man es auffaßt.) Zu dem in der Berichtung erwähnten gestaffelten Hörerabnehmen kommen die Beamtinnen kaum. Es wird sie aber sicher freuen, von der Oberpostdirektion zu hören, daß sie das Mikrophon ablegen dürfen. Für eventuelle betriebschwache Zeiten sollten sich das die Beamtinnen gut merken.

Lohnabbau!

SPD Die Lohnverhandlungen in der badischen Textilindustrie sind gescheitert. Der Deutsche Textilarbeiterverband hatte eine Verbesserung der Löhne um etwa 25 Prozent gefordert, ferner Verbesserung des Urlaubs und der Arbeitszeitbestimmungen. Diese gewiß nicht übertriebenen Forderungen haben die Unternehmer mit einer förmlichen Herausforderung beantwortet. Sie verlangen einen Abbau des tariflichen Alltagsdurchschnittslohnes um 50 Prozent, Abbau der Ueberstundenbezahlung (bisher 25 Prozent) auf 15 Prozent, Verkürzung des Urlaubs, Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsräte für Manteltarif- und Ueberstundenfragen und schließlich Geltungsdauer der neuen Lohnbestimmungen bis zum 31. Dezember 1939. Die Lage in der badischen Textilindustrie ist deshalb sehr gespannt. Mit dem Ausbruch eines Streiks muß gerechnet werden.

In der badischen Textilindustrie droht infolge des rückfälligen Verhaltens der Unternehmer ebenfalls ein Konflikt auszubrechen. Die Leitung der mechanischen Buntweberei in Wehr (Wiesental) ließ durch Anschlag mitteilen, daß ab 26. März die Löhne um 20 Prozent herabgesetzt würden. Die bisher mit der Firma geführten Verhandlungen waren ergebnislos. Die Arbeiter haben deshalb die Kollektivkündigung eingereicht. Die Belegschaft beträgt 300 Mann.

Gemeinde-Angeestellte Reichskonferenz des 30.11

SPD Die im Zentralverband der Angestellten organisierten Angestellten der Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunalen Betriebsverwaltungen hatten dieser Tage in Bad Finkenmühle eine Reichskonferenz. Nach dem Bericht über die Tätigkeit der Reichskonferenzgruppen wurden verschiedene beachtenswerte Forderungen aufgestellt: Geltung des Betriebsrätegesetzes in vollem Umfange auch für die Gemeindeangestellten, vermehrte Bildung von Gesamtbetriebsräten (nach § 50 BtRG) für die Gemeinden und Gemeindeverbände, gleichberechtigte Mitwirkung der Gemeindeangestellten bei der Regelung ihrer Arbeitsbedingungen — im Betrieb durch die Betriebsvertretung, für den Gesamtberuf durch den Kollektivvertrag —, bei Dauerangestelltenstellen Kündigung nur aus einem wichtigen, in der Person liegenden Grund und gleicher Anspruch auf Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung wie bei den Beamten, Besehung der Arbeitsplätze der kommunalen Werke und Betriebe mit kaufmännischen, technischen und Verwaltungsangestellten zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber den privaten Unternehmungen und schließlich freie Zulassung zu den kommunalen Nachschulen sowie Zulassung des 30.11 zur gleichberechtigten Mitwirkung in den Kuratorien dieser Schulen.

Wismann: Das Reichsnappshafengesetz vom 1. Juli 1926 in der Praxis, 150 Seiten, kartoniert 1,50 Mark. Verlag S. Hansmann & Co., Bochum i. W.

Das von Georg Wismann, Direktor der Reichsnappshafenschaft, herausgegebene Werk entspricht einem dringenden Bedürfnis. Es enthält die wichtigsten Entscheidungen des Nappshafensystems sowie Beschlüsse des Vorstandes der Reichsnappshafenschaft und Erlasse des Reichsarbeitsministers. Das kleine handliche Büchlein, das als Motto die Worte trägt: „Um Recht zu bekommen, muß man das Recht kennen“, ist für jeden, der mit Nappshafensfragen zu tun hat, ein unentbehrlicher Ratgeber. Diefem guten Ratgeber ist bei allen sich für Nappshafensfragen Interessierenden weiteste Verbreitung zu wünschen.

Rundfunkprogramm Leipzig

Freitag, den 16. März.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und -vorausgabe (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsangelegenheiten.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Vox-A.G., Berlin.
- 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen.
- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 15,00—15,30 Uhr: Proben aus den Neuerscheinungen auf dem Musikalienmarkt.
- 16,30—18,00 Uhr: Hausmusik für Bläser. (Von 17,00—18,00 Uhr: Übertragung auf den Deutschlandsender.) Mitwirkende: Fritz Ruder (Flöte), Karl Schütte (Klarinette), Otto Wunderlich (Gitarre), sämtlich von der Staatsoper, Theodor Blumer (Klavier), Flügel: Köstlich.
- 18,05—18,30 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
- 18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle Berlin. Studientrat Friebe und Vektor Mann; Englisch für Fortgeschrittene.
- 19,00—20,00 Uhr: Der Dichter spricht: Franz Karl Ginzley liest aus eigenen Werken.
- 20,00 Uhr: Wettervorausgabe, Schneeberichte und Zeitangabe.
- 20,15 Uhr: Bunter musikalischer Abend. Mitwirkende: Johanna Janke (Koloratur Sopran), Anny Eisele (Klavier), Leo Schwarz (Violine), Konzertmeister des Gewandhaus-Orchesters. Am Flügel: Alfred Simon.
- 21,30—22,30 Uhr: Aus der Weltliteratur: Aus Dantes „Göttlicher Komödie“: Inferno, 1., 5. und 29. Gesang.
- 22,30 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,45—24,00 Uhr: Tanzmusik. Übertragung der Tanzmusik aus dem Tanzpalast „Barberina“, Dresden, Prager Straße. Das Barberina-Orchester: Bertold Boesing.

50

erhebliche Vorteile

wie sie das vorstehende Angebot wieder zum Ausdruck bringt, ermöglichen auch in den Abteilungen für

Fleisch u. Lebensmittel

unsere großen Umsätze; unsere eigene Großschlächterei in Braunschweig und die fachkundige Leitung derselben.

Konserven Schweinefleisch Kolonialwaren

Apfelmus 1/2-Kilo-Dose 90, 70 ⚡	Bauch 1 Pfund 80 ⚡	Suppeneinlagen Paket 20 ⚡
Heidelbeeren 95 ⚡	Keule 1 Pfund 95 ⚡	Viktoria-Erbsen 1 Pfd. 36 ⚡
Mirabellen 1.25	Gehacktes 1 Pfund 1.10	Grüne Erbsen 1 Pfd. 36 ⚡
Hawai-Ananas 1.35	Kamm 1 Pfund 1.10	Eierschnittnudeln 1 Pfd. 45 ⚡
Aprikosen, 1/2 Frucht 1.85	Rückenfilet zum Ausbraten 65 ⚡	Bruchmakkaroni 1 Pfd. 42 ⚡
Kalifornischer Fruchtsalat 2.25	Eisbein 1 Pfund 80 ⚡	Hartgrieß-Makkaroni 1 Pfd. 48 ⚡
Karotten, geschnitten 38 ⚡	Kalbfilet 1 Pfund 1.20	Holler-Linsen 1 Pfd. 45 ⚡
Gemüse-Erbsen 60 ⚡	Brust 1 Pfund 1.20	Weißbohnen 4 Pfd. 85 ⚡
Große Bohnen 75 ⚡	Kamm 1 Pfund 1.20	Vollreis 4 Pfd. 95 ⚡
Junge Wachsbohnen 80 ⚡	Keule 1 Pfund 1.35	Bruchreis 5 Pfd. 1.00
Gemischtes Gemüse 90 ⚡	Niere 1 Pfund 1.40	Haferflocken 3 Pfd. 95 ⚡
Kaiserschoten 1.75	Pfefferfleisch 1 Pfund 80 ⚡	Backpflaumen 3 Pfd. 95 ⚡
Kalf. Stangenspargel 2.95	Rindfleisch 1 Pfund 1.20	Kaffee, gebr. 1/2 Pfd. 1.60, 1.45, 1.20
Brechspargel, stark 3.00	Hohe Rippe 1 Pfund 1.20	Tee, ausgewogen 1/2 Pfd. 1.25, 95 ⚡
Prinzeßbohnen 95 ⚡	Gulasch 1 Pfund 1.25	Erdnuß-Vollmilch-Schokolad. 200-Gramm-Tafel 50 ⚡
Pfifferlinge, kleine 1.20	Rinderherzen 1 Pfund 90 ⚡	Vollm.-Schokol. 200-g-Tafel 50 ⚡
Steinpilze 3.20	Brust- u. Beinfleisch 1 Pfd. 1.10	Oster-Dragee-Eier 1 Pfd. 60 ⚡
Champignons 3.20	Querrippe 1 Pfund 1.00	Oster-Schokol. 200-g-Tafel 60 ⚡

Wurstwaren Hammelfleisch Käse

Blut- od. Leberwurst 1 Pfd. 75 ⚡	Bauch 1 Pfund 1.15	Deutscher Käse 3 Stück 20 ⚡
Hausmach.-Blutwurst 1 Pfd. 80 ⚡	Rücken 1 Pfund 1.30	Emmentaler Käse ohne Rinde Karton 85, 50 ⚡
Meckl. Knackwurst 1 Pfd. 1.10	Koteletten 1 Pfund 1.30	Romadourkäse, vollf. Stück 85 ⚡
Landleber 1 Pfd. 1.40	Keule 1 Pfund 1.40	Bergkäse, halbfett Stück 45 ⚡
Knackwurst, poln. Art 1 Pfd. 1.40	Pökelfleisch 1 Pfund 1.00	Roll-Camemb., halbf. 5 Stck. 75 ⚡
Schinkenspeck 1 Pfd. 1.50	Gefrierfleisch 1 Pfund 85 ⚡	Limburger Käse Pfd. 45 ⚡
Salamiwurst 1 Pfd. 1.68	Bratenfleisch 1 Pfund 1.10	Bienenhonig 1-Pfd.-Glas 1 ¹⁰
Zervelatwurst 1 Pfd. 1.68	Rouladen 1 Pfund 1.20	Vierfrucht - Marmelade 5-Pfd.-Elmer 1 ⁹⁵
Eisbein oh. Knoch. 1-Pfd.-Dos. 1.10	Hammeltauch 1 Pfund 95 ⚡	Pflaumen-Konfitüre 5-Pfd.-Elmer 2 ⁴⁰
Roher Schinken 1/2 Pfd. 50 ⚡	Hammelfleisch 1 Pfund 95 ⚡	Margarine Pfd. 62 50 45 ⚡
Kassler Rippenspeer Pfd. 1.35	Hammelfleisch 1 Pfund 1.00	

Käse Gefrierfleisch

Edamer Käse, halbfett 1 Pfd. 88 ⚡	Schweinskopf ohn. Backe Pfd. 40 ⚡	Cocos-Speisejeff Pfd. 58 ⚡
Tilsiter Käse, halbfett 1 Pfd. 95 ⚡	Schwarzfleisch ohne Rippe 1 Pfund 1.28	Blasenschmalz 80 ⚡
Tilsiter Käse, vollfett 1 Pfd. 1.40	Weine vom Faß 1 Liter 1.20	Rindertalg Pfd. 42 ⚡
Allgäuer Kummelkäse, halbfett 1 Pfd. 1.20	Dürkheim. Rotwein 1.20	Plockwurst Pfund 148
Münsterkäse, vollfett 1 Pfd. 1.40	Tarragona 1.20	Kakao garant. re'n. Pfd. 82 ⚡
	Malaga 1.45	
	Samos 1.55	
	Sherry 1.60	

ALTHOFF



Dr. Melzer in den Wechseljahren

Es gibt in Leipzig einen Bürgerbund, berichtet die Chronik. Man hört nicht viel von ihm, man weiß nicht recht, was er macht. Und doch ist der Leipziger Bürgerbund Tatsache, Ereignis, Symbol. Er hat sogar eine Fahne und — dreht sie um! Woher wir das wissen? Ja, wenn Herr Dr. Melzer nicht wäre! Er ist aber noch da, und ihm sei's gedankt: wir wissen nun vom Bürgerbund und seiner Fahne. Der Fahnenstich hat es Herrn Melzer angean, die Geheimnisse der Bürgerbund-Freimaurerloge kommen ans Tageslicht. Der Bürgerbund stellt sich auf „möglichst neutrale Bedürfnisse“ um und deshalb liest er, erzählt Herr Melzer im „Hammer“ (das ist das Blatt des rassenkundigen Theodor Fritsch), „am 25. Januar 1928 durch den Professor Dr. med. Lichtenstein... einen Vortrag über die Wechseljahre der Frau halten“. Der Vortrag wurde — welcher Schreck! — am 15. Februar wiederholt. Es wäre, sollte man meinen, nicht viel dabei, wenn es nicht, woran wir Vaterlandssoßen im rechten Augenblick zu denken unterliegen, teurergermanischer Jucht und Sitte widerspräche, daß die Frau einmal in die Wechseljahre kommt. Das tut's fürwahr! Wir möchten sagen: zum Glück. Denn die größten soziologischen, gesellschaftskritischen Einsichten des Jahrzehnts wären uns, Kindern und Kindeskindern verschlossen geblieben, hätte nicht die so offenkundige Verjudung des Bürgerbundes Dr. Melzer auf den Plan gerufen.

Nun dürfen wir ihm lauschen, nun wird die Menschheit gierig Sehnsucht nach der Erkenntnis Licht erfüllt. Hofanna! „Ja, ja!“ — verkündet Dr. Melzer. „Bürgertum und Wechseljahre haben sich seit dem 9. November so aufeinander eingesperrt, daß sie miteinander Geschichte gemacht haben.“

Geschichte gemacht, da habt ihr's! Nicht genug, daß die arische Klasse die Wechseljahre, Erzeugnis asiatischer Höhenluft, über sich ergehen läßt! Nein! Aufeinander eingesperrt haben sich die Krone der Teutonen, das Bürgertum, und die Wechseljahre, die Erfindung der Bösen. Und Geschichten habens miteinander gemacht.

Und mehr wollens nit mehr haben. „Warum aber“, stellt der Wadere forsch zur Rede die Feigen, „nehmen die Herrschaften volle Deckung hinter der Frau? Befehlt euch im Spiegel! (Hinter der Frau, Herr Dr.? — Unmögliche Anfrage eines gelehrigen Schülers.) Cherchez le bourgeois! Die Wechseljahre des Bürgertums, das zu erörtern ist Zeitgebot und bittere Notwendigkeit.“

Cherchez le bourgeois, sucht, sagt der Germane in bittergalligem Welsch, den Bürger! Sucht — und ihr werdet ihn finden, was zu erörtern Zeitgebot und bittere Notwendigkeit (wenn er's uns nur beim nächsten Prozeß glauben wollte, uns ewigen Presseländern!), — in den — Wechseljahren.

In den Wechseljahren? Jawohl! Der Bürger in den Wechseljahren? Seit 1918, ihr habt euch nicht getrennt! Reizbar, launisch, mit Merkmalen harter Hygiene, kreisförmig, aber unüberlegt, prozessfähig, aber was kommt dabei schon heraus... So ist der Bürger. Der Bourgeois. Seit dem 9. November. Er soll anders werden. Sagt Melzer.

Aber was geht den Melzer der Bürger an? Oder sollte er — undenkbar — auch zu jenen gehören? Melzer in den —? Und der letzte und nächste und übernächste Prozeß gegen eine nicht wechseljahrende Leipziger Zeitung sollte keinen anderen Motiven entspringen als dem heftigen Zustand eines Rechtsanw... will sagen einer Frau im gefährlichen Alter?

Im gefährlichen...? Staatsanwalt, hilf! Ajax.

Stell die doch nich Kopp!

„Oberrechtsanwalt a. D. Honorarprofessor Dr. Ebermayer“, ein leider nicht ganz unbekannter Jurist, äußert sich in der Dienstnummer der Nachrichten zu der Frage „Der Staat und die Geburtenregelung“. Ebermayer gilt zuweilen als ein immerhin fortschrittlicher Vertreter jener Menschengattung, deren Lebensberuf die Vertretung der Gerechtigkeit ist. Behüt dich Gott!

Dogleich wir, einem Gerücht zufolge, keinen Kaiser mehr haben, braucht dieser immer noch Soldaten. Dies tut er, indem er „die Kinderabtreibung möglichst zu verhindern sucht“. Merkte was? Bei Ebermayer gibt es keine Fruchtabtreibung. Ebermayer behauptet, daß trotz Bestrafung des Diebstahls immer noch gestohlen würde; genau so sei es mit der Abtreibung; aber niemandem fielen es ein, den Diebstahl straflos zu lassen. Erstens ist der Verbleib falsch.

Außerdem ist es keineswegs richtig, daß die Frauen, insbesondere die unbedeutenden, sich ohne weiteres (bei Freigabe der Abtreibung) ärztlicher Hilfe bedienen würden. Schon die Klüftigkeit auf die Kosten würde sie abhalten...“ sagt der große Jurist. Er ist anscheinend ahnungslos, unberührt von jeglichem Wissen um die Lösung in Russland; hat noch nie einen Goshentwurf, wie ihn unsere Partei zu Duzenden ausgearbeitet hat, angesehen. Er würde ja sonst wissen, daß es möglich ist, den Ärzten keine erhöhte Profitrate zuzuschlagen, die sie ja gerade jetzt beziehen, wo die Bestrafung der Abtreibung ihnen im Uebertretungsfall eine Risikoprämie oft von vielen hundert Mark sichert. Und schließlich meint Ebermayer ganz treuherrlich, daß bei Freigabe die heute schon hunderttausende betragende Zahl der Abtreibungsfälle in die Millionen gehen würde. Auch das ist absolut falsch, wie die russische Statistik ausweist. Die Zahl fällt stetig, weil der Staat Verhütungsmittel propagiert und im übrigen sich um die Kinder auch nach der Geburt kümmert; so kommt es, daß die Bevölkerungszunahme schon längst das zaristische Tempo überholt hat.

Außerdem aber würde die Freigabe der Abtreibung eine ungeheure Verminderung unseres Geschlechtslebens zur Folge haben. Weß erst einmal jedermann, daß die ungewollten Folgen geschlechtlichen Verkehrs jederzeit straflos befestigt werden können, so wird insbesondere der außerhäusliche Verkehr ins Ungemessene wachsen.“ Ins Ungemessene — das soll heißen: ins Unberechenbare. Bisher wurde nämlich der „außerhäusliche Verkehr“ vom Reichsstatistischen Amt gemessen.

Die Quintessenz: „Die Strafdrohung gegen die Abtreibung muß daher (!) aufrechterhalten werden und gerade sie bietet auch dem Staat eine rechtliche Handhabe, dem Geburtenrückgang zu steuern.“ Steuermann, laß die Wacht!

Jeder durchschnittsintelligente Arbeiter könnte die Argumente

Kommunistische Spaltwülzkultur

Die KJ entlarvt ihren Einheitskomitee-Schwindel — Verschlagung der SWJ ist der Zweck die Rußlanddelegationen sollen das Mittel sein

Die Demagogie der kommunistischen Partei, die KJ eingeschlossen, ist hinreichend bekannt. Nicht die Gewinnung der proletarischen Massen für den Klassenkampf, sondern Unterhöhlung der SPD und SWJ ist der Lebenszweck ihrer Politik, dem sie alle Kräfte widmen. Zu diesem Zweck erfinden sie auch den großen Schwindel der „Einheitsfrontbewegung“, der „Einheitskomitees“ und der Rußlanddelegationen, und zu diesem Zwecke blenden sie jetzt die Arbeiterorganisationen mit ihrem Geschrei nach einer gemeinsamen Meißelarbeit.

Vor uns liegt eine Fülle von Material, das die Unterbestreitung der SWJ zusammengefaßt hat und das aufs neue zum zweiten Male beweist, wie wenig Förderung der proletarischen Bewegung und wie sehr der Wille zu Verwirrung und Zerstückelung der Marionetten am Moskauer Hammelbunde ihre Klassenparteilichen Purzelbäume schlagen läßt.

Auf dem siebensten Reichstagskongreß der KJ in Chemnitz wurde wehleidig auseinandergesetzt, daß die verlogene Einheitsfronttaktik „eine Reihe von Mängeln bei der Anwendung“ hervortreten lassen hat. Dabei wurde auch mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit gezeigt, wie sehr den Kommunisten selbst die Zusammenfassung der proletarischen Jugendorganisationen zuwider ist. Sie gestanden es mit folgender Bemerkung:

„Unlänglich unserer Kampagne für die Aufnahme der KJ in den Reichsausschuß der Arbeiter-Jugendorganisationen und der gemeinsamen Arbeit der verschiedenen proletarischen Jugendorganisationen in den Jugendpartellen gewann unter dem Einfluß der KJ (Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, da war die „Rechte“ Opposition) und dem rechten Flügel der SPD in einigen Kartellen, z. B. im Rheinland und in der Pfalz, der Gedanke der Einheitsorganisation auch bei einem Teil unserer Genossen Eingang. Doch gelang es der Aufklärungsarbeit der Zentrale und der Bezirke rasch, diese Tendenzen zu überwinden.“

Also, den Mitgliedern der KJ, die die Einheitsfrontansatzern ernst genommen hätten, wurde durch die „Aufklärungsarbeit“ der Zentrale und der Bezirke“ begründlich gemacht, daß die Einheitsfronttaktik nichts als ein Schwindelmander ist, in Szene gesetzt, um die SWJ zu „zerstören und zu verwirren“, nicht aber, um die Einheitsfront zu verwirklichen. Um die SWJ zu „zerstören und zu verwirren“, sucht man „gemeinsame Gruppen- und Diskussionsabende zu organisieren“ und, wenn man ein paar Jugendlichen den Kopf genügend verburkt hat, nötigt man sie, Einheitskomiteeaufträge zu unterzeichnen. Viel Erfolg haben sie damit zwar nicht gehabt; aber darauf kommt es ihnen auch nicht so sehr an. Es genügt ihnen vollkommen, wenn der Ausschluß eines kommunistisch veranlagten SWJ-Mitgliedes ihnen Gelegenheit gibt, den Mund recht weit aufzureißen. Schon der fünfte Kongreß der kommunistischen Internationale vom Jahre 1924 in Moskau sprach in einer Resolution aus, „daß sich die KJ im Kampfe gegen die sozialdemokratische Jugend über die notwendige Liquidation bzw. Vernichtung dieser Organisation als Ziel ihres Kampfes klar sein müsse“. Mehr noch:

„Wir müssen verstehen, die gegnerischen Jugendorganisationen von unten her zu isolieren und zu zerlegen. Ganz besondere Bedeutung hat aber der direkte Kampf gegen die Veruche der

sozialistischen Jugendorganisation, die Massen der Arbeiterjugend um sich zu sammeln. (Gegendemonstrationen, Arbeit in den Versammlungen, bei den Ausflügen usw.) Die kommunistischen Jugendorganisationen müssen darauf hinwirken, irgendwelchen Zutrom der arbeitenden Jugend in die Reihen der Sozialdemokratie zu verhindern.“

Die Mitglieder der SWJ mögen daraus ersehen, was die KJ im Schilde führt, wenn sie sich mit der Biedermannsmiene des Einheitsfronttaktikers an sie heranzumacht.

Die Mitglieder der SWJ mögen auch bedenken, daß die Rußlanddelegationen nichts weiter sind als ein Mittel, die SWJ zu „zerstören und zu verwirren“. Das schwahleberne Orakel des kommunistischen Revolutionsorgans tute ihnen diese Töne über die „Rußlandfeindschaft der Sozialdemokratie“ zu. Der junge sozialistische Arbeiter sucht nicht sofort hinter jedem ihrer Worte einen Schwindel; aber wer die schon angeführten Äußerungen der KJ zur Kenntnis genommen hat, wird auch die nachfolgenden Ausführungen trotz ihrer vorichtigen Verblümung nicht mißverstehen. Also lese, junger sozialistischer Arbeiter:

„Hatte der 2. Internationale Jugendtag 1925 in Würzen gezeigt, daß der Einfluß des KJ unter der Jugendarbeiterschaft zu wünschen übrig läßt, so wurde dieser Zustand in der Durchführung der Organisation der ersten deutschen Jugendarbeiter-Delegation nach Sowjetrußland überwunden. In der Anwendung der Einheitsfronttaktik wurden zur großartigen Organisation dieser Arbeit Einheitskomitees der Jugendarbeiter im bezirklichen und örtlichen Maßstab gebildet.“

So wird die Pastete der Einheitsfronttaktik mit dem pikanten Wissen der Rußlanddelegation gefüllt. Mit dieser Pastete hofft man die SWJ vergiften und wie einen Kadaver den Kasziern vorwerfen zu können. Die Teilnahme von Mitgliedern und ganzen Gruppen an der Rußland- und Einheitsfrontkomiteebewegung der Jugendarbeiterchaft zeigen deutlich die für uns günstigen Symptome auf, frohlockt man diabolisch. Aber gemacht, die Bäume der kommunistischen Schwindeltaktik werden nicht in den Himmel wachsen. Der einzige Erfolg, den diese „Einigungsmittel“ zu verzeichnen hatte, war die Ausstoßung der kommunistischen Zellenbauer, die sich um Held Otto gruppiert hatten. Den Schwindel von Schneefeld, demzufolge die KJ mit einem Schlage 17 SWJ-Mitglieder für sich gewonnen haben wollte, haben die Einheitsfronttaktiker selbst entlarven müssen. In einem Rundschreiben reduzierten sie ihren „Gewinn“ auf sechs SWJ-Mitglieder. Inzwischen ist ihnen aber auch hieron schon wieder die Hälfte durch die Finger geronnen. Drei von den sechs belörnten jungen Arbeitern haben sich nun auch schon wieder zur SWJ zurückgemeldet. Vergleicht man mit dem „Erfolge“, den die SWJ seinerzeit so reklamehaft in die Welt hinausposaunte, daß die KJ im letzten Jahre an die hundert Mitglieder ihres eigenen Bestandes verlor, die SWJ aber trotz der kommunistischen Vernichtungskampagne mehr als die doppelte Zahl in einem viel kürzeren Zeitraum gewonnen hat, so muß man doch zu der Auffassung kommen, daß der Aufwand der Vernichtungsstrategen in einem gar lässlichen Verhältnis zu ihrem Erfolge steht. Und das ist gut so. Das wird so bleiben, bis die KJ sich auf den Boden sozialistischer Jugendziehung zurückfindet.

eines so scharfen Logikers wie des Oberrechtsanwalts a. D. mit Leichtfertigkeit gepörschelt. Und der ist noch eine heile Deuchte seiner Wissenschaft. Es gibt viel dunklere Armlehre. Ahnungslos, weltfremd, fern von jeder Einsicht in soziale Zusammenhänge und deshalb im Effekt — gewollt oder ungewollt — proletaritätsfeindlich, denkt es in den Stirnen so vieler Juristen; Logik ist ihre androfferte Stärke; die ist auch danach. Aber Klassenjustiz gibt es nicht. Wer das behauptet, wird eingesperrt. Homo.

Eine sinkende Geschichte

Immer rin in den Ausguch! Die Hauptsache ist, Die Abortgrube bleibt leer.

Verschiedene Hausbesitzer im Stadtteil Leipzig-Wahren sind im hellen Aufruhr. Bekanntlich sind jetzt verschiedene Vergünstigungen anlässlich der Einverleibung Wahrens in die Stadt Leipzig abgelaufen, darunter auch die der Abortgrubenräumung durch die Hausbesitzer. Früher hatte man die nötige Verbindung mit dem Bauern aus Hahne und erbot sich etwas für die Erträgnisse der Abortgruben. Heute heißt es nun zahlen, wenn das städtische Auto in den Sädel; denn zahlen für solche Sachen ist bekanntlich ihre schwache Seite. Wie aber nun dem Uebel abhelfen. Doch, einer hat's voll' racht! Folgenden Brief erhielten die Mieter eines Hauses in der Königstraße in Leipzig-Wahren:

Leipzig-Wahren, den 9. 3. 28.

Unterzeichnete macht Sie hierdurch darauf aufmerksam, doch bitte zu unterlassen, täglich das Urin-Rochgeschick in die Abortgrube zu schütten; Wenn Sie selbiges nicht in den Rückenabguch gießen wollen, so ist im Hofe die Schleuse dazu da. Andernfalls aber sehe ich mich genötigt, Sie zu den Mehrkosten mit heranzuziehen.

Hochachtungsvoll A. Tuzet, Grundstückseigentümerin.

Kommentar überflüssig. Wir empfehlen der Gesundheitspolizei diese Hausbesitzerblüte zur eingehenden Betrachtung. W. S.

Märzgedenkfeier

Sonntag, den 18. März an den Gräbern der Märzgefallenen

Jede Genossm und ieder Genosse muß die Beteiligung als Ehrenpflicht betrachten

Die Parteigenossen und -genossinnen sammeln sich zur Demonstration in den Bezirken

Sammelpunkte und Zeit werden morgen in der Leipziger Volkszeitung bekanntgegeben

SPD Groß-Leipzig

Städtische höhere Schule für Frauenberufe

In die Anfangsklasse U III der 6stufigen Aufbauschule für Mädchen in der Form der Deutschen Oberschule — Zug A — werden Schülerinnen nach beendigem 7. Volksschuljahr aufgenommen, die in den wissenschaftlichen Fächern die Gesamtpunkte 1, 1b oder 2a aufweisen, fremdsprachliche Vorbildung ist nicht Bedingung. Der Zug A — Aufbauschule — führt in 6jährigem Lehrgange zur Universitätsreife und gibt die gleichen Berechtigungen wie die Oberrealschule.

Anmeldungen nimmt die Kanzlei der höheren Schule für Frauenberufe, Schillerstr. 9, werktäglich von 2-4 Uhr nachmittags entgegen. Vorzulegen ist hierbei das letzte Schulzeugnis und das Familienbuch. Die Vorstellung der anzumeldenden Schülerinnen ist erwünscht.

Der Messebeitrag des Reiches

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde bei der Beratung des Nachtragssetz für 1927 zugunsten der Leipziger Messe der Beitrag auf 1,2 Millionen Mark erhöht.

Der Leipziger Rat hat in den städtischen Haushaltsplan für 1928 für die Messe wie im vergangenen Jahre 200.000 Mark eingeseht.

Der Messe-Luftverkehr

Der von der Nordbayerischen Verkehrsflug-GmbH während der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse durchgeführte Sonderluftverkehr hat mit dem 10. März seinen Abschluß gefunden. Für diesen Verkehr waren täglich eingesetzt 7 Verkehrsflugzeuge der Typen Junkers F 13 und Messerschmidt M 18, welche in doppeltem und zeitweise sogar dreifachem Wechsel den Streckendienst versahen. Die Frequenz war, wie es bei den niedrigen Flugpreisen und dem guten Flugwetter zu erwarten war, ganz ausgezeichnet. Der Andrang zu den planmäßigen Flugzügen war zeitweise so stark, daß die doppelte Anzahl Flugzeuge nicht zur Verfrachtung des Verkehrsbedürfnisses ausgereicht hätte. Auch der Andrang zu den Rundflügen in Rodau war in Anbetracht des schönen Wetters sehr stark. Es wurden 250 Rundflüge in der Messenwoche ausgeführt. Im planmäßigen Messeluftverkehr landeten 100 Verkehrsflugzeuge, während 99 Flugzeuge wieder nach den Ausgangsflughäfen starteten. Es fanden somit auf dem Flughafen Rodau durchschnittlich täglich 50 Starts und ebensoviel Landungen statt. Der Flughafenumschlag betrug in derselben Zeit 787 Flugpläne und 7,5 Tonnenn Fracht.

Für den Flughafen Rodau bildet dieses Ergebnis einen glänzenden Aufschluß zu der im April beginnenden Sommerflugperiode, während welcher von Rodau aus Luftverkehrsverbindungen nach allen größeren Städten des In- und Auslandes bestehen werden.

Verkrümmung der Wirbelsäule — Skoliose

Die echte Verkrümmung der Wirbelsäule (Skoliose) beruht auf einer Formveränderung der Wirbel selbst. Die Ursache ist in der Narkitis und den ihr verwandten Erweichungszuständen des Entwicklungsalters zu suchen. Andere Ursachen (angeborene Verkrümmung, Pähmungen) spielen praktisch eine geringe Rolle. Die Vorstufe der Skoliose ist der Stuhndel des rachitischen Kleinkindes. Die rachitische Erweichung der Wirbel tritt im ersten und zweiten Lebensjahre auf und führt jetzt schon zur bleibenden Verkrümmung in den Pubertätsjahren, die oft mit einer Erweichung des Steletts einhergehen.

Verlauf der Skoliose.

Die Entwicklung einer Skoliose ist nicht voraussehbar und hängt vom Abstand des Frühromebes ab. Manche Skoliofen verharren lebenslang im Anfangsstadium, andere verschlimmern sich

Wo ruft die Pflicht?

Frauen.

Vögnig. Montag, den 19. März, 20 Uhr, im Kinderheim Vortag der Genossin Hammermeister „Warum Sexual- und Eheberatungsstellen?“

Olsen. Montag, den 19. März, 20 Uhr, in den Reichshallen Lichtbildvortrag des Genossen Zeiler „Die proletarische Frau — Das proletarische Mädchen.“

Vindenthal. Donnerstag, 15. März, 20 Uhr, im Ratskeller singt uns Gen. Mener Lieber zur Laute.

Großschlocher. Freitag, 16. März, 20 Uhr, im Ratskeller Frauenabend.

Jugendweiche.

Sprechchor zur Jugendweiche. Morgen 20 Uhr wichtige Probe in der Schule.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Sprechchor zur Reichskonferenzfeier. Wir proben am Freitag, 20 Uhr, im Volkshaus, Kolonnenstr. 2. Erscheint zahlreich und pünktlich. Jede Gruppe entsendet wenigstens zwei Delegierte.

Jungsozialisten.

Zentrum. Freitag, 16. März, 19.30 Uhr, im Töpferheim Lustiger Heimabend. Alle müssen mithelfen!

8 Jahrgänge der Jungsozialistischen Blätter von 1925 (4 ohne Dezemberheft) und 6 Jahrgänge von 1927 sind zu ermäßigten Preisen durch Gen. Willi Richter, Lindenau, Flemingstr. 7, zu beziehen. **Gruppe Süd, Arbeitergemeinschaft.** Die Teilnehmer treffen sich Sonnabend beim Gen. Bohlen, Hospitalstr. 20, 11.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Lindenau-Plagwitz-Schleswig (Gesamtgruppe). Alle Kinder von 10 Jahren an treffen sich Freitag von 17—19 Uhr in der 42. Volksschule, Friesenstraße.

Arbeitsdienst Mähern. Alle Arbeiten fallen wegen der Witterung aus. Neuer Beginn wird hier bekanntgegeben.

Osten 11. Gruppe Mag. Freitag 17 Uhr treffen wir uns am Mohrenplatz.

Schönefeld. Am Donnerstag keine Mandolinensunde.

Mitglieder-Veranstaltungen

Entwurf. Wir treffen uns zur Märzfestenfeier am Sonnabend, 17. März, 1/8 Uhr, Schmudplatz — Theresienstraße.

nach jahrelangem Stillstand rapid. Wieder andere nehmen ständig unaußhaltbar zu. Die Schule spielt in der Entwicklung der Stokiose keine Hauptrolle.

Die wirksamste Vorbeugung besteht darin, daß man rachitische Kinder nicht sitzen läßt und sie nicht liegend auf dem Arm trägt. Sie müssen liegen, eventuell in besonderen Liegebetten, bis die Rachitis ausgeheilt ist. Eine Heilung der Stokiose gibt es heute noch nicht. Wir können nur eine Verschlimmerung verhindern und können leichte Stokiosen bessern. Ihre Behandlung gehört in die Hand des Arztes. Wir unterstützen:

a) Fälle ohne Tendenz zur Verschlimmerung. Behandlungsmittel: Allgemeine Kräftigung und Voderung durch Gymnastik, Massage, Licht und Luft, eventuell redressierende Apparate, welche die Muskulatur nicht schädigen (Liegebetten, aktive Korsetts).

b) Fälle mit Tendenz zur Verschlimmerung. Behandlungsmittel: Langdauernde Liegezeit im Freien mit Streckung und redressierender Lagerung, Vorzicht mit Gymnastik!

Völlige Ausschaltung der Belastung zur Erhaltung der Wirbelsäule, dann Behandlung wie a.

Rechtzeitige Erkennung der bösartigen Stokiosen ist die Voraussetzung. Sie ist nur möglich auf Grund aller Stokiosen, während des ganzen Wachstumsalters. Aufgabe der Hausärzte, der Krüppelberatungsstellen, der Schul- und Fürsorgeämter! Die bösartigen Stokiosen gehören auf lange Zeit in klinische Behandlung. Gestaltet die Krüppelheime und Erholungsheime so, daß langdauernde Liegezeiten im Freien mit Schulunterricht durchgeführt werden können. (Professor Dr. Schade in der Schriftensreihe „Schulgundheitspflege“ des Schulamts.)

Die Vorgesichte Südbassens. Freitag, 16. März, 20 Uhr pünktlich, im Vortragsaal des Zoologischen Instituts der Universität, Tastr. 35 (Eingang zum Zoologischen Institut): Vortrag des Herrn Dr. Robert Heine-Gelber (Wien): „Die Vorgesichte Südbassens.“ Mit Lichtbildern.

WZ. Heute abend 19.30 Uhr findet die erste Führung durch die Kaiserl.-Ausstellung im Bildermuseum statt. Karten für 20 Pfg. im WZ, in den Volksbuchhandlungen und am Eingang.

Fleischverkauf an der Freibank. Morgen Freitag, den 16. März, an der Freibank 1 freier Verkauf.

Polizeinrichten

Betrügereien mit finnischen Geldscheinen. In verschiedenen Städten Deutschlands ist ein Betrüger aufgetreten, der sich Erich Hansen, Harry Jensen und Lederhändler Karl Roderique nannte. Er gibt in Lokalen meist finnische Hundertmarkscheine in Zahlung, wobei er eine Kursnotierung aus einer Zeitung vorläßt und den Schein mit einem Wert von 105 RM. bezeichnet. Tatsächlich hat ein finnischer Hundertmarkschein nur einen Wert von 10,50 RM. In der Zeitung hat er das Komma verkehrt. Vor ihm wird gewarnt, da es nicht ausgeschlossen ist, daß er versuchen wird, in Leipzig eine Gastrolle zu geben. Er ist 28—30 Jahre alt, 1,60 bis 1,65 Meter groß, kräftig, hat schwarzes, krauses Haar, Stirlingbrille, dikes, volles, bartloses Gesicht und spricht Schriftdeutsch mit ausländischem Akzent. Bei seinem Auftreten lasse man ihn fernbleiben.

Gefälschte Wetttscheine. In letzter Zeit ist ein Betrüger mit gefälschten Wetttscheinen hier aufgetreten. Seine Arbeitsweise ist folgende: Er wetzt mit kleinen Beträgen bei einem Buchmacher auf Pferde. Auf dem erhaltenen Wetttschein ändert er die eingezahlten Beträge und die Namen der „ferner“ gelaufenen Pferde in die der liegenden um. Mit diesen gefälschten Wetttscheinen sucht er nach Schluß der Buchmachergeschäfte ihm als wettsüchtig bekannte Personen auf und legt ihnen den gefälschten Wetttschein vor. Unter dem Vorwand, daß er dringend Geld zu irgendwelchen Zwecken braucht, bittet er, ihm einen Vorfuß auf den zu erwartenden Gewinn zu geben und hinterläßt den gefälschten Wetttschein als Pfand. Auf diese Weise ist es ihm gelungen, in mehreren Fällen ziemlich erhebliche Geldbeträge im Gesamtbetrag von fast 1000 Mark zu erlangen. Vor ihm wird gewarnt. Er wird wie folgt beschrieben: 25 bis 28 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, schlank, bartlos, trug gelblichbraunen Mäntel oder schwarzen Winterüberzieher, schwarzen festen Hut und führte eine Aktenmappe bei sich. Beim Wiederauftreten lasse man ihn fernbleiben.

Genosse, wirb unter den Indifferenten Und steck Dir als hohes, lohnendes Ziel: Wirb ein Mitglied uns und einen Abonnenken, Das ist nicht zuviel und ist — doch viel!

Stärkt die Front für den Wahlkampf!

Sächsische Angelegenheiten

Haushaltsausschuß A zum Wohnungsbau

Am Mittwoch beschäftigte sich der Haushaltsausschuß A des Sächsischen Landtages bei dem Kapitel Arbeits- und Wohlfahrtsministerium eingehend mit dem Wohnungsbau. Der Berichterstatter, Genosse Müller-Planitz, wies darauf hin, daß das sächsische Wohnungsbauprogramm für das Jahr 1927 nicht erfüllt worden ist. 25 000 Wohnungen sollten gebaut werden, aber nur 20 129 sind gebaut worden. Für das Jahr 1928 sind die Bauaussichten noch viel schlechter. Nach den vorliegenden Berechnungen können höchstens 16 000 Wohnungen gebaut werden, während mindestens 25 000 und der Fehlbetrag von 1927 gebaut werden müßten. Der Berichterstatter verlangte, daß Sachsen von 1928 ein Bauprogramm auf der Basis des unbedingt Notwendigen aufstellt und durchführt. Zum Bau müßten auch ausländische Kredite herangezogen werden. Die Demokratinnen Ullrich-Bell trat ebenfalls für die Heranziehung von ausländischem Kapital zum Wohnungsbau ein. Die Regierung gab über den Bau von Wohnungen folgende Uebersicht:

Jahr	Bautätigkeit (Neubauwohnungen)	
	im Reich	in Sachsen
1920	103 092 Wohnungen	3 366 Wohnungen
1921	134 223 „	3 183 „
1922	146 615 „	3 056 „
1923	118 333 „	3 277 „
1924	106 502 „	3 628 „
1925	178 930 „	8 157 „
1926	219 418 „	12 181 „
1927	250 600 „	20 129 „

In Sachsen waren für den Wohnungsbau für 1927 250 Millionen vorgesehen, tatsächlich sind aber nur 190 Millionen aufgebracht worden.

Zur Gewährung von ersten Hypotheken durch die Landes- und Reichsversicherungsanstalt mußten bisher die Gemeindens-Bürgschaften übernehmen, die öfter von den Aufsichtsbehörden beanstandet wurden. Dadurch sind zahlreiche Bauvorhaben verzögert oder verhindert worden. Um hier Abhilfe zu schaffen, will die Regierung einen Fonds anlegen, aus dem die Bürgschaften gedeckt werden sollen. Damit wird die Beschaffung von ersten Hypotheken zu etwa 7 Prozent gewährleistet, während auf dem freien Markt erste Hypotheken mit Spesenberechnung nicht unter 10 Prozent zu haben sind. Vom Reiche ist bestimmt worden, daß die Rückzahlungen der Amortisation der Wohnungsbeihilfen aus der Mietzinssteuer nur noch zum Wohnungsbau verwendet werden dürfen, während die Mittel, die in manchen Gemeinden nur wenige hundert Mark jährlich betragen, oftmals zu allgemeinen Zwecken verwendet wurden.

Zum Bau von Beamtenwohnungen sind im außerordentlichen Haushaltsplan wieder 1,5 Millionen Mark eingestellt worden. Die Regierung gab bekannt, daß aus diesen Einstellungen 1926/27 insgesamt für 838 Staatsbeamte Wohnungen erstellt worden sind. Außerdem sind aus Aktivvorschußen in Höhe von rund 2,6 Millionen Mark 706 Staatsbeamten Wohnungen bezuschußt worden. Die Sozialdemokraten erklärten, ihre Partei werde dem eingestellten Betrag von 1,5 Millionen Mark zustimmen, es müsse aber verlangt werden, daß zukünftig keine besondere Wohnungsfürsorge für die Beamten getroffen werde, weil damit die wohnungslosen Beamten gegenüber den übrigen Wohnungslosen bevorzugt sind.

Genosse Müller hatte auch die Regierung gefragt, wie es mit der vielfach erklärten Auflösung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums stehe. Dr. Dumjahn von der Wirtschaftspartei warfete gleich mit dem Plane der Grund- und Hausbesitzerzeitung auf, nach dem das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium aufgelöst werden soll. Die Regierung gab vorsichtig zur Antwort, daß bisher diese Aufstellung amtlich noch nicht erörtert worden sei.

Bei der Abstimmung lehnte die Linke das Gehalt des „Ministerpräsidenten“ Minister Eisner ab.

Beim Kapitel 18 — Gesamtministerium — beantragte der Berichterstatter Genosse Dohbert, Streichung des Gehalts des Ministerpräsidenten, der Dienstauswandsentschädigung von 18 000 Mark für den Ministerpräsidenten sowie die Aufhebung der Münchner Gesandtschaft. Selbst in der Schiedsichen Denkschrift wird die Münchner Gesandtschaft als „auf die Dauer nicht haltbar“ bezeichnet. Trotzdem setzte sich der Regierungsvertreter für die Beibehaltung der Gesandtschaft ein. Auch die angeblich so zielbewußten Unitarier, die Demokraten, stimmten dann gegen die Streichung der Münchner Gesandtschaft. Auf eine Anfrage teilte die Regierung noch mit, daß die Kosten des Amanuel-Besuchs in Dresden für den Staat zirka 2000 Mark betragen hätten. Das Kapitel selbst wurde genehmigt. Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten gegen Gehalts- und Dienstauswandsentschädigung des Ministerpräsidenten und für die Beseitigung der Münchner Gesandtschaft.

Beim Kapitel 21 — Staatszeitung — betonte der Berichterstatter, Genosse Dohbert, daß der leitende Redakteur der Staatszeitung — Bethke — die von der Opposition so scharf bekämpfte Politik der sächsischen Regierung durch die und dünn vertrete. Er beantragte daher Streichung des Gehalts Bethkes. Dafür stimmten die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Die KPD stimmte gegen das gesamte Kapitel „Staatszeitung“.

Von den sozialdemokratischen Vertretern wurde bei diesem Kapitel noch die skandalöse tendenziöse Berichterstattung über die Landtagsverhandlungen in der Beilage der Sächsischen Staatszeitung kritisiert, die die Ausführungen der Oppositionsredner in unerhöhter Weise zugunsten der Regierung verformt.

Ueber den Gesamtplan der Staatszeitung wird später in Verbindung mit der Behandlung der Schiedsichen Denkschrift entschieden. Schick verlangt bekanntlich die Beseitigung der Staatszeitung.

Beim Kapitel 32 — Kunstzwecke — wurde eine Anzahl Anträge auf höhere Einstellung von Künstlern für notleidende Künstler von den Koalitionsparteien abgelehnt.

Sozialdemokratische Anträge im Rechtsausschuß

Seit längerer Zeit kämpft der Deutsche Bauergewerksbund um Aenderung der Bestimmungen über die Verhältnishaftung im Bauergewerbe. Hierzu ist den Reichs- und Landparlamenten eine umfassende Denkschrift unterbreitet worden. Der Mangel an Fach-

arbeitern in den ersten Nachkriegsjahren hatte die Reichsregierung veranlaßt, eine vermehrte Einstellung von Lehrlingen im Bauergewerbe über das übliche Maß hinaus zuzulassen. Die Folge dieser Erleichterungsbestimmungen war eine starke Ueberschneidung im Nachwuch der Bauarbeiter und eine mangelhafte Ausbildung der im Verhältnis zu den Gehilfen viel zu zahlreich eingestellten Lehrlinge. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte deshalb beantragt, die sächsische Regierung solle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Bestimmungen, soweit sie sich mit der Lehrlingshaltung im Bauergewerbe beschäftigen und einer erhöhten Einstellung von Lehrlingen das Wort reden, wieder aufgehoben werden. Obwohl die Regierung Bedenken gegen den sozialdemokratischen Antrag hatte, und obwohl sich die Vertreter der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen gegen den sozialdemokratischen Antrag wandten, wurde er im Rechtsausschuß mit Mehrheit angenommen.

Im Jahre 1924 stellte das Reich aus den Mitteln der werteschöpfenden Erwerbslostenfürsorge Mittel als Zwischenkredite zur Wohnungsbauteil zur Verfügung. Auf Sachsen entfielen ungefähr 2,5 Millionen Mark, die in der Hauptsache an Stedler und meistens in Beträgen von 1000 bis 3000 Mark weitergegeben wurden. Das Reich verlangte die Rückzahlung dieser Darlehen bis 1. Oktober 1927, wodurch die Landesregierung gezwungen war, den Darlehensnehmern die Kredite zu kündigen. Der größte Teil der Darlehensnehmer geriet in finanzielle Schwierigkeiten, da sie sich bei der gegenwärtigen Geldknappheit andere Mittel nicht verschaffen konnten.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte deshalb beantragt, die Regierung solle die im Jahre 1924 zur Freilassung stillgelegter Wohnungsbauteil gewährten Reichsdarlehen, soweit sie von den Darlehensnehmern nicht anderweit beschafft werden können, auf das Land zu übernehmen. Das Finanzministerium ließ erklären, daß es keine Mittel habe, um dem Antrage zu entsprechen. Der Regierungsvertreter gab aber die Zusage, daß die etwa 1,2 Millionen Mark vorläufig dem Lastenausgleichsfond für Wohnungsbauteil entnommen werden sollen, bis eine andere Lösung möglich ist. Der sozialdemokratische Antrag wurde daraufhin angenommen.

Ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion forderte die Befreiung der in den Jahren 1924/25 errichteten Kleinwohnungsbauteil von der Grundsteuer und entsprechende Aenderung des Gesetzes über Steuer- und Gebührenfreiheit für Wohnungsbauteil vom 26. Mai 1924. Die Regierung stimmte dem Antrage grundsätzlich zu, da ihm eine Berechtigung nicht abzusehen sei. Sie hat aber um Ausschreibung der Beratung, da ein neuer Gesetzentwurf, der dem sozialdemokratischen Antrage sehr weit entgegenkomme, bereits im Kabinett aufgestellt ist und demnächst zur Beschließung komme.

Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten sich mit einer Vertagung nur dann einverstanden, wenn folgender Antrag angenommen würde:

Die Regierung solle dafür sorgen, daß Anträge auf Stundung der Grundsteuer Berücksichtigung finden, die von Besitzern von Kleinwohnungsbauteil, soweit solche in den Jahren 1924 und 1925 errichtet worden sind, gestellt werden.

Der Regierungsvertreter bemerkte, daß dem Antrage nur entsprochen werden könne, wenn der Antrag die Regierung zu einer solchen generellen Stundung ermächtige. Diese Ermächtigung vorausgesetzt, habe die Regierung bereits entsprechende Anweisungen an die Steuerbehörden (Gemeindebehörden) ergoßen lassen.

Die Beschwerden der sozialdemokratischen Vertreter über Ablehnung von Steuerstundungsgesuchen könnten sich nur auf solche Fälle beziehen, über die vor den ergangenen Anweisungen der Regierung Entscheidung gefaßt wurde.

Der sozialdemokratische Antrag, Steuerstundungsanträge zu berücksichtigen, wurde daraufhin einstimmig angenommen und der Antrag auf Aenderung des Gesetzes über Steuer- und Gebührenfreiheit von Wohnungsbauteil vorläufig zurückgestellt.

Landesparteitag des Zentrums

Die sächsische Zentrumspartei hat am Sonntag in Dresden ihren ordentlichen Landesparteitag abgehalten. Den Jahresbericht erstattete Generalsekretär Dr. Desejnl, der über gute Fortschritte der Organisation der Zentrumspartei während des letzten Jahres berichtete. Der Parteitag stimmte den Maßnahmen zu, die der Landesvorstand zur Beteiligung der verfassungsmäßigen Bestimmungen des sächsischen Landeswahlgesetzes getroffen hat. Als Spitzenkandidat für die drei sächsischen Wahlkreise wurde Regierungsrat a. D. Dr. Fügler bestimmt, der auch wieder zum Vorsitzenden der Partei für Sachsen gewählt wurde.

Die sächsische Regierung für den Fleischwucher

Wie die demokratische Presse meldet, hat der Vertreter Sachsens im Reichstag für den Antrag der Reichsregierung auf Herabsetzung des Einfuhrkontingents für Geflügelfleisch gestimmt.

Das Feldtentkabinett hilft also mit, billiges Fleisch vom Inlandemarkt fernzuhalten, damit die Fleischpreise künstlich hochgehalten werden!

Pagenstecher gestorben

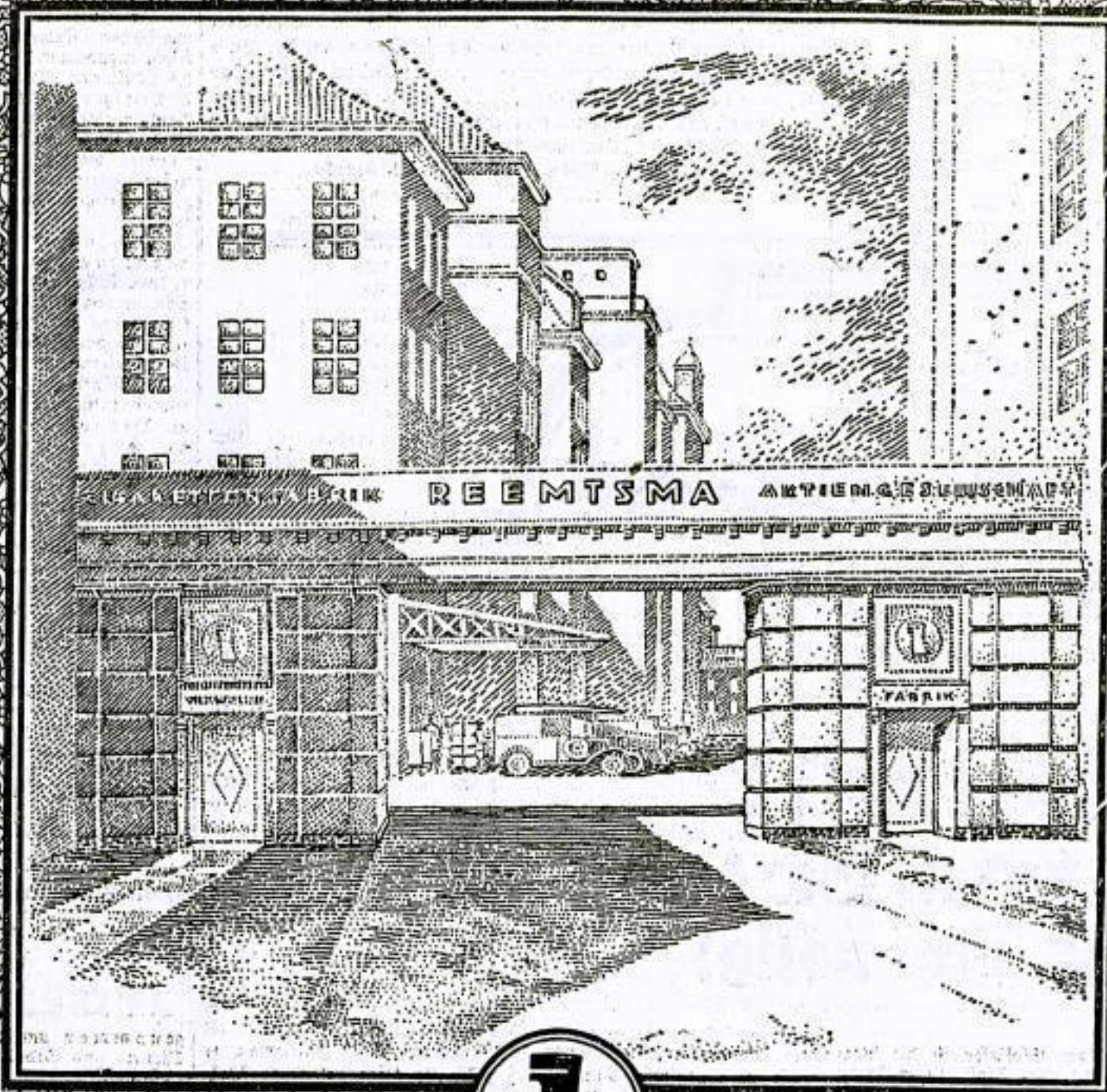
Der ehemalige deutschnationale Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Sächsischen Landtages, Pagenstecher, ist plötzlich gestorben. Pagenstecher, der als Rittergutsbesitzer freiwillig eine Mark Einkommensteuer bezahlte, legte vor einiger Zeit sein Landtagsmandat wegen Krankheit nieder. Trotzdem behielt er seine führende Stellung in der sächsischen Agrarierbewegung bei. Pagenstecher vertrat auch vor kurzem beim Ministerpräsidenten Hecht sehr energisch die Forderungen der Landwirte. Noch am 10. März erließ er mit dem Abgeordneten Schreiber einen Aufruf an die Bauern, in dem er zu Demonstrationen für die Landwirtsforderungen aufforderte.

Schlimme Folgen eines mißglückten Eingriffs

K. In geheimer Sitzung verhandelte das Gemeinsame Schöffengericht Dresden gegen die in der Mitte der dreißiger Jahre stehende Naturheilkundigenheftrau Ida Martha Beria Kurda wegen eines Vergehens nach § 218 des StGB in Verbindung mit fahrlässiger Tötung. Die Angeklagte hatte im Frühjahr 1927 bei einer Kontoristin Richter einen Eingriff vorgenommen, der kurz darauf, am 21. März, zum Tode führte. Mit angeklagt waren ein 28 Jahre alter Kellner Herr Karl Raabe und ein 1905 zu Leipzig-Volkmarstorf geborener Markfischer Johannes Max Ullig, die wegen Beihilfe zum Vergehen nach § 218 des StGB zu je einem Monat Gefängnis verurteilt wurden, aber eine Bewährungsfrist zugewilligt erhielten. Frau Kurda, die ihre Schuld bestritt, wurde im Sinne der erhobenen Anklage zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Abdilligung einer Bewährungsfrist für einen Teil der erstinstanzlichen Strafe soll später eine Entschüldigung gefaßt werden.

Chemnitz. Aus dem vierten Stock gesprungen. Ein 25 Jahre alter Maurer und eine 22 Jahre alte Arbeiterin sprangen aus dem vierten Stock in den Hof hinab und blieben schwerverletzt liegen. Sie wurden in das Krankenhaus gebracht, wo die Arbeiterin kurz nach der Entlieferung starb.

Wauen. Beim Holzfällen tödlich verunglückt. Der 24 Jahre alte Wirtschafthilfe Otto Rudolf Lust wurde während des Holzfallens in Helmsgrün von einem stützenden Baume so unglücklich getroffen, daß der Tod nach 20 Minuten eintrat.



Wenn der Lebensweg

unserer Geschäftsfreunde einmal in die Nähe unseres Werkes führt, dann bitten wir höflichst um den Besuch für eine gründliche Besichtigung der Tabak-Mischungsanlagen.

Besser als Worte beweist der Augenschein die absolute Qualitätssicherheit für die

CIGARETTE REEMTSMA

OVA

im **Anabersformat**

5 Pf.

Reichsarbeitsgericht

Eine wichtige Entscheidung.

Das Beschäftigungsjahr, nicht das Kalenderjahr ist für die Urlaubsberechnung maßgebend!

Ein junges Mädel war vom 1. Juli 1926 bis zum 31. Juli 1927 bei der Karstadt-WG in Stettin mit fünfundsiebzig Mark Monatsgehalt als Verkäuferin tätig gewesen und nach eigener freigelegter Kündigung unter Geltendmachung seines Ferienanspruchs ausgeschieden. Da es am 1. Juli 1926 seine Lehrzeit beendet hatte, mithin im zweiten Berufsjahr stand, verlangte es auf Grund der tariflichen Bestimmungen insgesamt neun Tage Urlaub, von denen freilich zwei bereits im Mai genommen in Abzug zu bringen waren; die Firma bestritt jedoch die Berechtigung dieser Forderung, und so wurde die Sache im Prozeßwege ausgetragen.

Das Arbeits- und das Landesarbeitsgericht Stettin entschieden nun, daß für die Urlaubsberechnung das Kalenderjahr maßgebend sei, daß also die Verkäuferin als im ersten Berufsjahr stehend zu betrachten sei und nur acht Tage Ferien zu beanspruchen habe; daß ihr aber weiterhin, da sie schon am 1. August aus dem Betriebe der Karstadt-WG ausgeschieden sei, lediglich sieben Zwölftel dieses für ein volles Jahr Tätigkeit geltenden Urlaubs zugestanden werden könnten, nach oben aufgerundet also fünf Tage. Da sie von diesen bereits zwei im Mai genommen habe, blieben somit nur noch drei übrig, für die ihr 10,50 RM als Entschädigung

zu zahlen seien! Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Frage, ob bei der Errechnung der Ferienquote das Kalender- oder das Beschäftigungsjahr zugrunde zu legen ist, wurde das Urteil für Berufungsfähig erklärt.

Vom Reichsarbeitsgericht machte der Anwalt der Klägerin vor allem geltend, daß der Tarifvertrag die Dauer des Urlaubs nach Beschäftigungsjahren bemesse und weiterhin bestimme, daß der Anspruch bereits nach einhalbjähriger Tätigkeit bestehe und daß die Ferien zwischen Mai und September zu nehmen seien. Daraus ergebe sich ganz deutlich, daß die Verkäuferin am 31. Juli 1927 bereits im zweiten Berufsjahr gestanden, infolgedessen neun Tage Urlaub zu verlangen und diese ungekürzt zu bekommen habe. Denn wenn sie die Ferien im Mai oder Juni genommen hätte, könnte ihr die Firma auch nicht nachträglich bei Ausscheiden vor Jahreschluss einen entsprechenden Betrag abziehen. Die Gegenseite wies hauptsächlich auf die Unmöglichkeit, einen Urlaubsplan aufzustellen hin, wenn für die Berechnung die Beschäftigungsjahre der einzelnen Angestellten maßgebend sein würden.

Das Reichsarbeitsgericht entschied nach langer Beratung im Sinne der klagenden Verkäuferin, stellte also fest, daß für die Ferienberechnung das Antrittsdatum der derzeitigen Stellung, also die Dauer der Beschäftigung zugrunde zu legen und daß dem Mädel folglich für sieben volle Tage Geldentschädigung zu gewähren ist! Damit hat die oberste Instanz in einer äußerst umstrittenen Frage eine Entscheidung von großer prinzipieller Bedeutung getroffen.

R. H.

Wer terrorisiert?

Wieder ein Überfall auf Reichsbannerleute

SPD Im Haushaltsausschuß des Reichstages hat der deutsche nationale Abgeordnete Berndt am Mittwoch von „Gewinnungsterror“ mit der schwarzrotdorbenen Fahne gesprochen. Wo die Gewinnungsterroristen in Wirklichkeit sitzen, zeigt folgender Bericht aus Jüterburg:

„Am Sonntag gegen 18 Uhr passierten zwei Reichsbannerkameraden auf Fahrrädern nach einer Versammlung der Ortsgruppe Neu-Stöbingen die Chaussee Neu-Stöbingen-Tradtkinnen. Auf dieser Chaussee wurden die beiden Kameraden von fünf Jungkürmern überfallen. Ein Kamerad wurde durch Messerstiche überaus verletzt, so daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Ein Grund zu dem Überfall hat nicht vorgelegen, da die beiden Reichsbannerkameraden friedlich die Chaussee entlang fuhren. Sie wurden ohne jeden Anlaß gezwungen, von ihren Rädern zu steigen und von den Rowdys sofort mit Messern bearbeitet.“

Dieser gemeine und selbe Überfall ist das Ergebnis der Hehe der Unternehmerrbeilage des Ostpreußischen Tageblatts. Die letzte Nummer strotzt vor Gemeinheiten gegen Reichsbannerleute und Sozialdemokraten. Die Urheber sind Berndts Freunde!

Wie,
Sie liegen noch auf
den Knien

und wischen in der alten, mühevollen
Art den Fußboden?

Weshalb?
Das haben Sie doch
gar nicht nötig!

Nehmen Sie den



Das ist der praktische Fußbodenreiniger aus unserer
leistungsfähigen Bürstenfabrik Stützengrün.

Er ist ein GGG-Erzeugnis, also praktisch
und preiswert, das ist selbstverständlich.

Die Anwendung ist äußerst einfach.

Ihr Fußboden ist immer sauber!

Eine Mop-Garnitur

einschließlich Stielzange und Stiel kostet 3,50 RM.

Mop-Volltute: Glasflasche —,50 / größere Blechflasche 1,75

Nur in den Lebensmittel-Verteilungsstellen
und Warenhäusern der

Konsumvereine

der Leipziger Einkaufsvereinigung

G. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder



Butter

Endlich fangen die Butter-Notierungen an
nachzugeben. Wiederum sind wir die
Ersten mit, die mit dem **Preisabbau**
beginnen.

Allerfeinste dänische	115
Molkereibutter 1/2 Pfund	1
Allerfeinste deutsche	110
Molkereibutter . . . 1/2 Pfund	1
Feinste Molkereibutter	105
. 1/2 Pfund	1
Molkereibutter	100
. 1/2 Pfund	1

Außerdem:

3 Propaganda-Tage
in Margarine

Donnerstag, Freitag, Sonnabend
geben wir auf

1 Pfund Margarine
unserer Spezial-Marken

1 grosses frisches Trinke
gratis

Nossings
Allerfeinste Deikat.-Margarine **110**
. 1 Pfund

Nossings
Spezial-Feinkost-Margarine **90**
. 1 Pfund

Nossings
Rauhaat-Margarine **60**
. 1 Pfund

Pa. Harzer Käse **40**
. 1-Pfund-Kiste nur

Filiale 7

Co., Pegauer Straße 1/3
ist eröffnet!

Butter-Spezial-Haus

Nossing

G. M. B. H.

Hauptgeschäft: **Brühl** Ecke Rich-Wagnerpl.

Außerdem folgende Filialen:
Johannisplatz 22 — Brette Str., Ecke Beuchaer Str.
Dammringstr. 34 — Hallische Str., Ecke Laubestr.
Bayerische Str. 96 — Pegauer Str. 1-3, Tel. 37836

Die Ozeanfliegerei

Wieder ein Opfer des Rekordhimmels?

Am Dienstagfrüh ist Kapitän Hinchcliffe in Begleitung von M. J. Esie Madan zu einem Transoceanflug von London aus mit unbekanntem Ziel aufgestiegen.

In London, 15. März. Über den Verbleib des Flugzeuges Kapitän Hinchcliffe, das nunmehr 36 Stunden überfällig ist, liegen aus New York bis zur Stunde noch immer keine glaubhaften Nachrichten vor.

In amerikanischen Fliegereisen sowohl wie in Kreisen der Weiterfachverständigen betrachtet man den Versuch Hinchcliffes als eine unverantwortliche Waghalsigkeit, da ein Flugzeug in dieser Jahreszeit auf dem Ozean kaum Rückenwinde findet, und gegenwärtig in der Mitte des Atlantiks sogar ein bedeutendes Sturmzentrum zu passieren hat.

Die Katastrophe in Kalifornien

277 Tote

SPD Berlin, 14. März.

Die Ueberflutungskatastrophe bei Los Angeles (Kalifornien) im St. Fernando-Tale hat grauenhafte Ausmaße angenommen. Durch den Bruch des St. Francis-Dammes, der ein großes Staubecken des Santa Clara-River abschloß, ergossen sich die gewaltigen Wassermassen des Flusses über das Tal und zerstörten zahlreiche Ortschaften.

Das durch die Katastrophe heimgejagte Fernando-Tal zeigt ein Bild furchtbarer Verwüstung. Der St. Francis-Damm ist an der Anglußstelle vollkommen geborsten. Das ganze Tal ist eine einzige wildbewegte Wasserfläche, in der der Zug des reichenden Flusses immer noch erkennbar ist.

Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht völlig geklärt. Die Annahme, daß der Dammbruch infolge eines Erdbebens erfolgte, läßt sich nicht aufrechterhalten, da man nirgends in der Umgebung Erdstöße verspürt hat.

Der Onkel aus Amerika

SPD Berlin, 15. März (Radio).

Vor einigen Tagen erhielt ein Soldat eines Infanterieregiments in Belgien einen Brief aus New York, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß sein Onkel gestorben sei und ihm 15 Millionen Dollar vermacht habe.

Sieben Tage in der Eiswüste. Zwei amerikanische Armeestrupeen und ihr Eskimoführer hatten mit einem Flugzeug über der Hudson-Bay Eisbeobachtungen gemacht, mußten aber wegen Brennstoffmangels eine Notlandung auf einer Eisküste vornehmen.

Amerikanisches Kapital und Faschismus

Von Ernst Reinhard.

Daß der Faschismus die offene Unterfützung des amerikanischen Kapitals genießt, war schon seit langem klar; die Schuldenunterhandlungen in Washington bewiesen das deutlich genug; während man den Franzosen die Verpflichtung auferlegte, von ihrer gewaltigen Kriegsschuldenlast wenigstens die Hälfte zurückzahlen, begnügte man sich für die viel kleinere italienische Schuld mit einem Viertel.

Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Edison, Mailand 10 Millionen Dollar. Geldgeber: Bankers Trust Company, New York. Gehört zur Morgan-Gruppe.

Kredit-Institut für öffentliche Unternehmungen, Rom 20 Millionen Dollar. Geldgeber: Chase National-Bank, New York. Gehört zur Gruppe Kuhn, Loeb u. Co.

Italianische Gas-Gesellschaft, Turin 5 Millionen Dollar. Bankers Trust Company, New York. Zur Morgan-Gruppe.

Edo Sabauda, Genua 2,4 Millionen Dollar. National-Bank of Commerce, Zur Gruppe Kuhn, Loeb u. Co. Benigno Crespi, A. G., Mailand 21 Millionen Lire. B. C. Z. Trust Co., New York. Zur Gruppe Spener u. Co.

Automobilfabrik Fiat, Turin 10 Millionen Dollar. National City Bank of New York. Zur Gruppe Morgan.

Lombardische Elektrizitätsgesellschaft, Mailand 6 Millionen Dollar. Chase National Bank of New York, Gruppe Kuhn, Loeb u. Co. Unlon-Elekt. Werke, A. G., Mailand 6 Millionen Dollar.

Chase National Bank of New York, Gruppe Kuhn, Loeb u. Co. Allgemeine Bergwerks- und Landwirtschaftsgesellschaft, Monte Catini 10 Millionen Dollar.

Guaranty Trust Co. of New York. Zur Morgan-Gruppe. Allg. Elektr. Gesellschaft des Adamele-Gebiets, Mailand 6 Millionen Dollar.

Bankers Trust Company, New York. Zur Morgan-Gruppe. Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Edison, Mailand (2. Anleihe) 10 Millionen Dollar.

Bankers Trust Company, New York. Zur Morgan-Gruppe. Kreditanstalt für öffentliche Werke, Rom 4,5 Millionen Dollar.

J. B. Morgan u. Co., First National-Bank, The National City Company. Alle zur Morgan-Gruppe.

Reben diesen amerikanischen Anleihen sind nur noch zwei in England aufgelegt worden. Die Kunstseide-Fabrik Snia Biscose lieh in London 1,4 Millionen Pfund Sterling, und die oben genannte Kreditanstalt für öffentliche Werke, Rom, eine halbe Million Pfund; doch war auch an der letzten Anleihe indirekt amerikanisches Kapital beteiligt.

Das amerikanische Kapital bemüht sich hauptsächlich der Unternehmungen aus der Elektrizitäts-, Maschinen-, Schiffahrts- und Automobil-Industrie. Es überläßt die Kunstseide der englischen und vor allem auch der deutschen Finanz, die aber damit wenig macht. Die Snia Biscose ist ein krankes Unternehmen, das der deutschen Bemberg-Gesellschaft schon große Verluste gebracht hat.

Die Klarlegung dieser Verbindungen ist deshalb immer wieder wertvoll, weil sie manches politische Rätsel erklärt. Es ist die amerikanische Unterfützung, welche dem Faschismus heute seine Politik des Angriffs und der Ausdehnung erlaubt.

Die Abschüsse der Reichsbank sind ein klareres Spiegelbild der Konjunkturerweiterung, als die Bilanz der Privatbanken. Das Hauptgeschäft der Reichsbank ist der Wechseldiskont und der

Ueberweisungsverkehr; sie beschränkt sich also auf Regulierung des Geld- und dadurch mittelbar des Warenverkehrs. Das Bild der Konjunktur ist hier nicht, wie bei den Privatbanken, durch Spekulationsgewinne getrübt. Da das Jahr 1927 ein Jahr der Hochkonjunktur war, zeigt der Jahresabschluss der Reichsbank eine entsprechende Zunahme des Umlages und des Gewinnes.

Der Reserve wurden 1926 6,7, 1927 47,9 Millionen zugeführt, also das Siebenfache. Trotzdem konnte der Reingewinn von 22,7 auf 26 Millionen Mark und die Dividende von 10 auf 12 Prozent steigen.

Es ist bemerkenswert, daß trotz der Zunahme des Geschäftsumfanges die Verwaltungskosten sich sehr erheblich verringert haben. Sie sanken von 83,3 auf 75 Millionen Mark. Das war möglich, weil die Zahl der Beamten, Zugestellten und Arbeiter bei der Reichsbank, die sich bereits von 11637 Ende 1925 auf 10236 Ende 1926 vermindert hatte, Ende 1927 nur noch 9988 betrug, die auf den einzelnen Angestellten entfallende Leistung sich also wesentlich erhöht hat.

Der Gesamtumsatz betrug bei der Reichshauptbank 361 Milliarden Mark gegen 327,3 Milliarden 1926, bei den Reichsbankanstalten 368,8 gegen 299,6 Milliarden Mark, zusammen 730 Milliarden Mark gegen 627 im Jahre 1926. 92,1 Prozent der gesamten Umsätze im Ueberweisungsverkehr wurden auf bargeldlosem Wege erledigt.

Der Geschäftsbericht zeigt, daß Dr. Schacht auch durch die schlagendsten Argumente nicht belehrbar ist. Auch hier wird die bekannte Theorie wieder aufgestellt, daß nur die Anleihepolitik der öffentlichen Hand der fürsorgenden Kontrolle der Reichsbank bedarf, während das Privatunternehmertum sich ohne ihre Anleitung des rechten Weges bewußt ist.

Gute Seiten für Tittel & Krüger

Wir haben wiederholt feststellen müssen, daß die Firma Tittel u. Krüger besonderen Wert darauf legt, in ihrem Betrieb Arbeiter zu beschäftigen, die sich einer echt christlichen Entfugung und Demut befleißigen. Man muß ihr beipflichten, denn die Entfugung der anderen macht sich für sie gut bezahlt.

Der Norddeutsche Wollkonzern hat in seinen Bremer, Hamburger und Leipziger (Tittel u. Krüger) Betrieben im Jahre 1927 einen Streik von einer Dauer von einem Vierteljahr erlebt. Das hat den Gewinn des Konzerns keineswegs beeinträchtigt. Im Gegenteil, das arbeitslose Einkommen der Aktionäre konnte sich verdoppeln, trotzdem die Betriebe 3 Monate lang geruht haben.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Gefüllter Weiskohl 65, Rinder-Sattelfleisch mit Kompott und Kartoffeln 1.15, Steyrischer Kalbbraten mit Butterbrot 1.20, Morgen: Saure Fleische mit Kartoffelsäckchen 65, Spezial-Rindergulasch mit Klößen 1.20, Gerolts Kalbschulter in Sahne mit Kopfsalat 1.20, Schweinsknochen mit Meerrettich und Klößen

Die Reichsbank in der Hochkonjunktur

Die Abschüsse der Reichsbank sind ein klareres Spiegelbild der Konjunkturerweiterung, als die Bilanz der Privatbanken. Das Hauptgeschäft der Reichsbank ist der Wechseldiskont und der

Advertisement for Sulima Cigarettes. Text: 'Nur 4 Pfennig und doch eine Wertzigarette SULIMA Deutschmeister Cigarette'.

Gerichtssaal

Zwei Todesurteile bestätigt!

„Immer derselbe Kohl!“

Ein junger Mann hatte eine Braut. Das ist gewiß nichts Außergewöhnliches. Und durch irgendwas Außergewöhnliches ist der junge Mensch auch nie angefallen. Auch seine Braut hat nie anormale Triebe an ihrem Fräulein bemerkt. Und doch wurde dieser Mensch, Schwägermann, am 21. Juli 1927 zum Sexualverbrecher und Mörder. An jenem Julitage, einem Sonnabend, hatte S. vormittags in einer Keller Kneipe gesetzt. Gegen Mittag fuhr er auf seinem Rad nach der ehemaligen Keller Kaserne, in der Notwohnungen hergerichtet worden waren. Er wollte seine Mutter besuchen, traf sie aber nicht an. Die kleine achtfährige Anni 3. sagte ihm, daß die Mutter mit dem Rad in den Wald zum Beerenjammeln gefahren wäre. S. lehrte zunächst nach der Stadt zurück und suchte nachhins. Gegen 13 Uhr fuhr er wieder nach der Kaserne; doch war seine Mutter noch nicht da. Anni spielte mit anderen Kindern vor den Notwohnungen. S. fragte die Kleine, ob sie mit ihm seine Mutter suchen wolle. Das Mädchen sagte zu. S. nahm Anni nun vor sich aufs Rad und fuhr nach dem Walde. Plötzlich entwich dem Vorderreifen die Luft. S. setzte Anni ins Gras und pumpte auf. Als er fertig war und weiterfahren wollte, überwältigte ihn plötzlich geschlechtliches Verlangen. An dem Schulkind wollte er es befriedigen. Er ließ das Rad am Feldwege liegen und lockte die Anni in den Busch. Das Kind begann zu weinen und nach seiner Mutter zu rufen; natürlich wehrte es sich auch so gut es konnte. Um das Mädchen am Schreien zu verhindern, würgte es Schwägermann. Als es dann immer noch röhnelte, durchschnitt der Unmensch der Kleinen mit dem Taschenmesser die Kehle. Und als die Händchen die letzten Zuckungen machten, band er sie mit Bindfaden auf dem Rücken zusammen. Dann lief er nach dem Rad und fuhr von einer anderen Seite nach Kasse zurück, wo er gegen 15 Uhr ankam. Jetzt traf er seine Mutter, die nichts Auffälliges an ihm bemerkte. Auch seiner Braut, die er kurze Zeit nach dem gräßlichen Ereignis besuchte, fiel nichts Ungewöhnliches an S. auf. Am nächsten Tage beteiligte er sich sogar beim Suchen nach der

vermißten Anni. Doch meldeten sich bald Zeugen, die S. mit Anni zusammen auf dem Rade gesehen hatten, so daß S. verhaftet wurde. Als dann die verstümmelte Leiche der Kleinen gefunden worden war, gestand S. seine unverständliche Tat. Das Schwurgericht Lüneburg verurteilte Schwägermann wegen Mordes zum Tode und wegen des Sittlichkeitsverbrechens zu 8 Jahren Zuchthaus. Die Revision gegen das Urteil wollte den Paragraph 178 angewendet wissen. Dieser Paragraph sieht für ein Sexualverbrechen, das den Tod der verletzten Person verursacht, Zuchthaus nicht unter 10 Jahren vor. Bei der Verlesung der Revisionschrift trug sich

ein unerhörter Zwischenfall

zu. Weil der Verteidiger Schwägermanns in der Revisionschrift Ausführungen gemacht hat, die im Widerspruch zu den Annahmen des schwurgerichtlichen Urteils stehen, äußerte der Vorsitzende Oeschlager des 3. Straffenats (als Vertreter des Reichsgerichtspräsidenten, der Präsident des 3. Straffenats ist!) mit wegwerfender Handbewegung und entsprechendem Gesichtsausdruck: „Immer derselbe Kohl!“ Und das, obwohl es um den Kopf eines Menschen geht. Dieses skandalöse Vorkommnis rief Abgelenkte auf. Es zeigt, wie die höchsten Richter der Republik eingestellt sind und wie sie ihr Amt auffassen. Den bezeichnenden Zwischenfall wird man sich merken müssen!

Die Revision wurde verworfen und das Todesurteil bestätigt. Alkoholgenuß, Hitze und Beranlagung mögen den Anlaß zur Tat gegeben haben, der Fall bleibt ein Rätsel. Sachverständige und Sexualforscher wie etwa Magnus-Hirschfeld müßten zugezogen werden, um die Tat verständlicher zu machen. Doch Richter, die imstande sind, Argumente gegen ein Todesurteil als „Kohl“ zu bezeichnen, werden für moderne Seelen- und Triebforschung nichts übrig haben!

Der Händler Gansewig war in solchem Maße von egoistischen Trieben beherrscht, daß er dem Geiz und Egoismus seinen Sohn und seine Ehefrau zum Opfer brachte. Am 31. März 1926 hatte er seinen Sohn erschlagen, da der einem gewinnbringenden Verkauf in erbrechtlicher Hinsicht im Wege stand. G. tötete damals einen Selbstmord oder Unglücksfall vor. Man mußte glauben, daß

der Sohn durch eine Luke im Heuboden, mit oder ohne seinen Willen, gestürzt wäre. Schon damals unter Verdacht gestellt, mußte G. außer Verfolgung gesetzt werden, da kein Beweis für eine vorsätzliche Tat zu erbringen war. Am 23. Juli 1927 erlag der Unmensch seine Frau, um die Lebensversicherungssumme zu erhalten. Diesmal gelang ihm die Täuschung nicht. Der Gattenmord wurde ihm einwandfrei nachgewiesen. Gansewig wurde vom Schwurgericht Stendal wegen Mordes zum Tode und wegen Totschlags an seinem Sohne zur Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Revision gegen beide Urteile wurde vom 1. Straffenat des Reichsgerichts verworfen.

F. K.

Ein schneidiger Hinterfront-Krieger?

WIB. Belgrad, 13. März.

Der jugoslawische Oberst Gerach, Adjutant des Kommandanten des Belgrader Gendarmeregiments, der früher der österreichisch-ungarischen Armee als Offizier angehört hat, ist heute auf Grund einer Untersuchung wegen Greuelaten, die Gerach während des Krieges im Jahre 1917 als österreichischer Offizier gegen die Bevölkerung begangen haben soll, verhaftet und ins Militärgefängnis eingeliefert worden. Es handelt sich um Vorgänge während eines Bauernaufstandes, der in der Gegend von Toblika ausgebrochen war und sich gegen die österreichischen und bulgarischen Okkupationsbehörden richtete.

Bomben

II Neuyork, 14. März.

Als der Dampfer „Olympic“ mit 84 Ungarn, die an der Enthüllung des Kossuth-Denkmal teilnehmen wollen, landete, brachten ungarische Kommunisten am Pier eine Bombe zur Explosion und gaben Schüsse auf die landenden Ungarn ab. Starke Polizeiaufgebote mußten absperrten und die Delegation an Land geleiten.

Frischfleisch

aus eigenen Schlachtungen in nur guter Qualität.

Schweinefleisch		Rindfleisch	
Bauch, ohne Bellage . . . Pfd.	0.90	Suppenfleisch (Bauch, Flanke, Querrippe) . . . Pfd.	1.10
Reule Pfd.	1.00	Hohe Rippe Pfd.	1.30
Schulter Pfd.	1.00	Bratenfleisch, ohne Knochen Pfd.	1.40
Ramm, ohne Bellage . . . Pfd.	1.20	Roastbeef, ohne Knochen Pfd.	1.50
Rotelet, kurz gehackt . . . Pfd.	1.30	Rouladen, ohne Bellage . Pfd.	1.50
Leber, mager gehalten . . . Pfd.	1.80	Leber Pfd.	1.80
Schnitzel Pfd.	1.80		
Portma Schweineknochen Pfd.	0.50		

Frisches Kalb- und Hammelfleisch
aus eigenen Schlachtungen in nur guter Qualität stets preiswert vorrätig.

Gefrierfleisch

sehr preiswert

Gefrier-Rindfleisch		Gefrier-Hammelfleisch	
Suppenfleisch Pfd.	0.50	Bauch - Schulter - Rücken Pfd.	0.80
Rouladen Pfd.	1.10	Reule Pfd.	0.90
Bratenfleisch ohne Knochen Pfd.	1.00		

Ferner empfehlen wir:

Weisfett Pfd.	1.10	Zerbelaiturst 1/4 Pfd.	0.55
Griebsenfett Pfd.	1.10	Salamiturst 1/4 Pfd.	0.55
Wurffett Pfd.	0.60	Blerturst 1/4 Pfd.	0.45
Bratenfett Pfd.	1.32	Knoblauchurst 1/4 Pfd.	0.35

Thüringer Blutwurst 1/4 Pfd.	0.27
Sauzmacher-Weberw. 1/4 Pfd.	0.27
Schüßelfülze 1/4 Pfd.	0.20

Schmer, Fettes ohne Schwarte Pfd.	0.80
Salg, ausgelassen 1/2-Pfund-Päckchen	0.30

Konsumverein

Leipzig-Plagwitz und Umg. e. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder



Was die junge Frau über Sunlight Seife denkt

„Schon als Kind sah ich meine Mutter damit waschen. Ihr reicher Schaum und ihr frischer Duft taten es mir an, und auch ich verwende keine andere. Nichts macht die Wäsche so rein und frisch, und nichts schont sie so vollkommen wie Sunlight Seife.“

Als reine, milde, leicht schäumende Seife ist sie auch für die Hand- und Körperreinigung vorzüglich geeignet, sowie zum Abwaschen von gestrichenem und lackiertem Getäfel und Möbelstücken.

Sunlight Seife für Alles.



Ämtliche Bekanntmachungen

Herr Kurt Strecker beabsichtigt im Nebengebäude des Grundstücks Nr. 9 B der Dotaliste für Liebertowitz eine Schweinefleischerei zu errichten. Gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung bekanntgemacht, etwaige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf Privatrechtstiteln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen. Amtshauptmannschaft Leipzig, am 14. März 1928.

Zu allen Krankenkassen zugelassen!

Dr. Marianne Vogel,
Kinderärztin,
L.-Plagw., Elisabethalle 36, T 45428
Sprechz.: 10-11 tgl., 2-Sauserborabend

Lederjacken

in Chromspana f. Damen u. Herren, auch n. Maß, in mod. Ausföhr., stets gr. Ausw., ein. herstell. Billige Preise. Gold & Co., Münzgaß 9.

Landestonkervatorium der Musik zu Leipzig

Direktion: Professor Max Bauer.
86. Studienjahr, zur Zeit 760 Studierende.
Vollständige Ausbildung in der Musik als Kunst und Wissenschaft: Theorie der Musik und Komposition, sämtliche Instrumentaltächer, Gesang, Dirigieren usw., Orchester, Chop und Opernschule. Staatliche Prüfungen. Im Laufe des Studienjahres finden 6 Orchester, 3 Chor, 10 Solisten-20 Orchesterkonzerte, 1-2 Opernaufführungen und ca. 40 Vortragsabende (Solisten- u. Kammermusikonzerte) statt. Sämtliche Aufführungen öffentlich.
Kirchenmusikalisches Institut der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens.
Direktion: Prof. Max Bauer und Prof. D. Dr. Karl Straube.
Ausbildung und Prüfungen als Kirchenmusiker (Kantoren und Organisten). Im 2. Untergebäude: 1 Konzertorgel und 6 Übungorgeln.
Aufnahmepriifungen für beide Institute am 12. u. 13. April, vorm. 9 Uhr.
Prüfungsfragen mit Anmeldeformularen kostenlos.
Leipzig C 1, Grasslstraße 8. Tel. 29228 und 21504.

Baugenossenschaft L.-Lindenau

E. G. m. b. H.

Freitag, den 30. März 1928, 19.30 Uhr
Haupt-Versammlung
 im Deutschen Haus (Kasinosaal) L.-Lindenau
 Lindenauer Markt

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Genehmigung der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1927.
3. Entlassung des Vorstandes.
4. Verteilung des Gewinnes.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat. Es scheiden aus die Herren: Artur Scheller und Karl Luther, beide sind wieder wählbar.
6. Antrag der Verwaltung: Betr. Abänderung der Satzungen.
7. Anträge der Mitglieder. (Anträge müssen bis zum 27. März in dem Geschäftszimmer der Genossenschaft, W 33, Carlstrasse 28, abgegeben werden.)

Als Ausweis gilt das Mitgliedsbuch.

Bitte pünktlich zu erscheinen.

Der Aufsichtsrat:

J. A. Artur Scheller, Oskar Gutjahr

Der Vorstand:

J. A. A. Cyrus, Ferd. Tibke.

Stellenangebote

Dr. Kaufmännische
 per sofort gesucht.
 Hans Martin
 U.-Stötterstr.
 Solzbühler Str. 93.

Verkäufe

Achtung!

Auf preisw. Angebot!
 Schmirz u. Betttes 0.75
 Schweinsbauch 0.80
 Schweinsblat 0.95
 Schweinslamm 1.10
 Schweinsrind 1.20
 Alle Waren zu billigen Tagespreisen
**M. Grimm, Plagw.,
 Ringelstr. 25**

Von Herrschaften

wenig genutzte
 Herr- u. Damen-
Garderobe
 Maßarbeit
 neu, neue Garben
 zu sehr bill. Preis.
 Frack, Gehrock- u.
 Smoking-Anzüge
 w. bill. vertehen
Friedmann
 Rennfelder Stein-
 weg 13, I.
 Ein- u. Best.-Geld.

Radio - Lautspr.
 u. Fernempfang.
 kompl. Anlage.
 wöchl. M 2.50.
 E. Grob, Hainstr. 14.

*Die gestrige Anfordernngen
 unserer Hausfrauen an eine zweckmäßige und
 werbaffere Einrichtung haben sich auf dem Gebiet der
 Maxgarmentfabrikation große Umswälzungen herbei-
 geführt. In der Einrichtungsangelegenheit, „Blauwand“
 heißt es nicht mehr ein Edelsteinzeug geschaffen,
 welches das, was es bei seiner Einführung aufwies,
 in jeder Hinsicht erfüllt und heute in der gutge-
 pflanzten Reihe unantastlich geworden ist.*

Total-Ausverkauf

wegen Geschäftsaufgabe!

Schlafzimmer	Reformbetten	Kinderbetten
Küchen	Holzbetten	Kinderwagen
Kleiderkabinen	Patentmatten	Klappwagen
Einzelmöbel	Auflagematten	Büppchenwagen
Sofas	Reform-Unterbetten	Bettfedern
Chaiselongues	Diwanbetten	Stoppfedern
Spottbillige Preise, eventuell		Teillieferung.

Fritz Enke, Elsterstraße 46, I. Etr.

Ortsverein Schönefeld

Freitag, den 16. März 1928, 20 Uhr, im Gesellschaftshaus
Mitglieder - Versammlung
 mit Referat des Genossen Gustav Adolf Müller über „Bund
 und Partei“ und Parteianglegenheiten.
 Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand

NB. Alle Funktionäre nehmen die neue Funktionärkarte an
 diesem Abend in Empfang und geben die alte ab

Feine Damen-Wäsche



- | | | |
|-------------------|---|-------------------|
| Damen-Taghemden | in feinstem Wäschestoff und
reicher Stickerei | 2.75
2.90 |
| Frauenhemd | Barquent mit Hochstickerei | 4.00 |
| Damen-Nachthemden | mit farbigen Webst. und
Stickerei-Blende | 3.75 |
| Damen-Nachthemden | mit Hochstickerei, in feinstem
Wäschestoff | 4.75 |
| Hemdhosens | in gutem Wäschestoff, mit buntem Webst.
. | 3.00
3.25 |
| Prinzestricke | mit schöner Stickerei, solide Ausführung
. | 4.50 |
| Prinzestricke | Seidentrikot in schönen Farben | 4.50
6.50 5.25 |
| Hemdhosens | Seidentrikot, Wein mit Wummigug und Knopf-
verschluss in herrlichen Farben | 4.50
6.00 5.00 |
| Rock-Hemd hose | in eleg. Ausführung u. reich. Stick-
Webst., Seidentrikot, mod. Farb. 14.50 | 11.25 |

Herrn-Wäsche

- | | | |
|------------------|---|---------------------|
| Einsatz-Hemden | in großen Nummern | 1.95 |
| Einsatz-Hemden | Trikot, weiß, in modernen Mustern | 3.00 |
| Herrn-Hemden | Maß, beste Qualität, 080 | 4.50 3.50 |
| Herrn-Hemden | Normal, wollgemischt, 080 | 1.45 3.95 1.75 1.60 |
| Herrn-Unterhosen | Maß, 080 | 2.00 |
| Herrn-Unterhosen | Normalwollgemischt, 080 3.25 | 2.75 |

Wäsche zur Schulentlassung in gr. Auswahl

Konsumverein Leipzig-Bl.

Magwitz-Lindenau, Josephstr. 44-46; Reudnitz, Dresdner Str. 55;
 Connewitz, Süßstr. 109; Gohlis, Hallische Str. 114.

Abgabe nur an Mitglieder

Cremers Tapetenhaus

Tapeten in großer Auswahl, Rolle . . . von 18 Pfr. an
 Fußbodenlackfarbe . . . 1-kg-Büchse 1.60 Mk.
 Wachstuche 1 Meter breit . Meter von 1.50 Mk.
 Linoleumläufer 65 cm breit, Meter von 2.00 Mk.
Nürnberger Str. 27 Ecke Königstr.

Familien-Nachrichten

Schlafzimmer 550 M.
 Speisezimmer 550 M.
 Kücheneinricht. 200 M.
 Sofa 100, Muskat. 39
 Betten, Stühle vertft.
Rost
 Turnerk. 7. I., Södlg.

Die besten Wünsche zur
 Silbernen Hochzeit
 ihrem Lieben
Hermann Thieme
 nebst Gemahlin
 Die Parteigenossen der SPD,
 Ortsverein Liebertwolkwitz.

Nach langem, mit großer Geduld ertragenem
 Leiden verschied am Abend des 13. März, im
 Alter von 65 Jahren meine liebe unvergessliche
 Frau und treusorgende Mutter
Anna Rose geb. Hofmann
 Leipzig-Schleußig, den 15. März 1928
 Schnorrstraße 6
 In tiefer Trauer **Fritz Rose**
 im Namen sämtl. Hinterbliebenen
 Die Einäscherung findet Sonnabend, den 17. März,
 vormittags 11 Uhr, auf dem Südtfriedhof statt.
 Blumenspenden werden dankend abgelehnt

Plötzlich und unerwartet verschied am 14. März
 unser Mitarbeiter
Gustav Klausning
 im Alter von 41 Jahren. Er bekleidete seit
 mehreren Jahren das Amt unseres Vertrauens-
 mannes und hat sich jederzeit die Achtung seiner
 Kollegen erworben.
 Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.
Die Belegschaft der Firma Jul. Klinkhardt
 Abteilung Buchbinderei.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Frau
Friederike Hentzner
 sage ich allen lieben Verwandten, Bekannten, Haus-
 genossen und Arbeitskollegen meinen herzlichsten
 Dank für die vielen Beweise innigster Teilnahme
 bei ihrer Beerdigung. Dank auch dem Sängers-
 chor Leipzig-Zentrum-Süd für Gesang und dem
 Genossen Theer für seine erhebenden Worte.
 Dir aber, teure Lebensgefährtin, rufe ich ein
 Habe Dank! in dein stilles Grab nach.
 Leipzig, den 15. März 1928.
Eugen Hentzner.

Frischer Schweinebauch 75
mager Pfd.
Fettes mit Keule 85 95
Schmer Pfd. 85 Pfd. 95

Kalbs-Pfefferfleisch 75
Rücken Pfd. 1.10 Keule Pfd. 1.20

Schinken 50
roh od. ge-
kocht 1/2 Pfd.
Fett Speck Pfd. 88
Schwarzfleisch 1.28
Fleischwurst 35
Landlbery 95
Corvelat-
od. Salami-
Wurst 1.75

Kümmel oder Pfefferminz 2.85
3/4 Pfd. 1/2 Flasche
Jam.-Rum-Verschnitt 2.65
3/4 Pfd. 1/2 Fl.
Weinbr.-Verschn. 2.25
3/4 Pfd. 1/2 Fl.

Extra-Angebote in Frischfleisch u. Lebensmittel!

Konserven fabelhaft billig!

2-Pfd.-Dose	2-Pfd.-Dose	2-Pfd.-Eimer
Gemüse-Erbisen . . . 58	Sellerie in Scheiben . . . 58	Aprikosen- oder Erdbeer-Konfitüre 1.38
Junge Erbsen . . . 78	Bayer. Pfifferlinge . . . 95	ganze Früchte . . . in 2-Pfund-Eimer
dto. mittelfein . . . 1.05	Stangen-Spargel . . . 2.45	
dto. sehr fein, Petits pois 1.18	dto. extra stark . . . 2.75	
Kaiser-Schoten . . . 1.65	Erbisen mit Karotten sehr fein . . . 1.35	Apfelmus 2-Pfd.-Dose 68
Leipziger Allerlei mit Spargel u. Morchel 2-Pfd.-D. 95	Reineclauden . . . 1.05	Pflaumen . . . 85
Schnittbohnen I. . . 68	Mirabellen . . . 1.35	Birnen 1/2 Frucht, weiß 98
Stgn.-Schnittbohnen fein 95	Kirschen . . . 1.45	Gem. Gemüse m. Spargel, Morchel, Karotten u. getr. Erbsen . . . 2-Pfund-Dose 68
Haricots-verts mittel 95	Erdbeeren . . . 1.65	
Kohlrabi mit Grün . . . 48	Ananas . . . 1.58	
	Karotten 2-Pfd.-D. nur 38	

Frisches Rind-Kochfleisch 78
Pfund 95
Gehacktes Pfd. 85
Schmorfleisch Pfd. 1.20
Gulasch Pfd. 1.10
Rouladen Pfd. 1.30

Volllmilch-, Krokant- od. Vollmilch-Nuß-Schokolade . . . 3 Tafeln à 100 g 95
Kaffee 1.10
Kakao 88
grobbrannt 1 Pfund . . . 1.10
feinbrannt 1/2 Pfund . . . 1.10

Gänse 75
gefroren, zum Aus-suchen . . . Pfd. 90
Rehblättler Pfd. 1.15
Supp.-Hühner Pfd. 1.25
Brathühner Pfd. 1.28
Puten . . . Pfd. 1.10
Brathühner Pfd. 1.28

Molkerei-Butter 1/2 Pfd. 98
dänische 1/2 Pfd. 1.15
Margarine 50
Amerikanisch 48
Schmalz Pfd. 78
Schweizer Käse Pfd. 1.35



Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut * Kunststelle
Morgenfeier. Sonntag, 18. März, 11 Uhr. Alte Handelsbörse. Otto Jenßen: „Der proletarische Mensch“. Eintritt frei!

Amüßig zu früh und spät
Ungina-Teiggenuss

Urania, Leipziger Kulturfilmgemeinde im Planetarium am Zoo, Freitag, den 16. bis Sonntag, den 18. März, täglich um 3.30, 7 und 9 Uhr

Der packende Großfilm vom Bau und Betrieb des Riesendampfers

Columbus

des Norddeutschen Lloyd Bremen

Aus dem Inhalt: Der schwimmende Palast und seine Geheimnisse. Ohne Steuermann über den Ozean. Windstärke 10. Mit 30000 Pferdekraften nach dem Wunderlande der Wolkenkratzer.

Der bekannte Vortragsredner Kapitän Karl Held, Bremen

wird zu diesem Filmwerk hochinteressante und humorvolle Begleitworte sprechen. Von der deutschen Presse mit Stolz und Genugtuung begrüßt, hat dieser Film seinen Siegeszug d. d. ganze Vaterland angetreten. Dieses hohe Lied deutschen Geistes und deutscher Arbeit wird unsere frische Jugend begeistern und deutsche Frauen und Männer aller Stände bis zum Ende in seinen Bann ziehen.

Film der Döring Film-Werke Hannover in fast allen Städten bisher ausverkauft

Eintrittspreise: I. Platz: II. Platz:
Erwachsene M. 1.40 M. 1.20
Jugendliche und Erwerbslose . . . M. 0.60 M. 0.50
Mitglieder und Studierende erhalten Ermäßigung.

Vorverkauf: Urania-Geschäftsstelle im Planetarium (werktätlich 3-7 Uhr), Norddeutscher Lloyd, Poststraße 1, Meßamt, (Lloyd-Agentur), Markt 1 und Buchhdlg für deutsches Schrittm., Pfaffendorferstr.

Feenpalast

Goldener Helm

Morgen Freitag, ab 7 Uhr großer

Schnee-glöckchen-Festball

Im Lichte der tausend Sterne

Ballett: „ANNA“, der jugendliche Witzbold
Tanz frei!

In der Diele: Künstler-Konzert
Neu! ausgeführt vom Madeira-Band- Trio Neu!

L. Eutritzsch, Straßenbahn 14, 16 u. 21. Fernr. 53483

Zur Konfirmation u. Jugendweihe

passende Geschenke in

Kemski Nachf. Uhren

Leipzig u. Goldwaren

Nürnberger Straße 6 Zahlungserleichterungen!

Paul Baumann Fischwaren-Groß-Handlung
Tel. 14122 Windmühlenstr. 42

Was nützt die viele Schreierei
Wenn die Preise immer hoch dabei!

Volksnahrungsmittel

sollen Seefische sein. Alles blutfrische Ware.

Kabeljau 4 Pfund 98
(ohne Kopti Pfund 25)

Schellfisch Goldbarsch Fischkoteletten Fischfilets } Pfund 38

Wieder 500 Kisten

Prima Voll-Bücklinge
Kiste 5 Pfd. 1.15 Ausgewogen Inhalt Pfd. 30

Die beliebten Ostsee-Delikatess-
Brat-Heringe
2 Pfund-Dose 68 3 Dosen 2.00 Mk.

Alle anderen Fischarten zu billigsten Preisen.

Markthallenstraße 6

Wir bieten an ca. 7000 bis 8000 Pfd.

Prima geräuch. deutschen Speck Pfd. 95

Bäckereien, Gastwirtschaften, Pensionen, Wiederverkäufer und sonstige Großverbraucher besondere Preise bei entspr. Abnahme

Versand auch nach auswärts.

Kalbsbraten bratfertig gewickelt ohne jeden Knochen, Pfd. 1.20
Frikandeau Pfd. 1.80 Pfefferfleisch Pfd. 75 u. 70
Kalbskoulou Pfd. 1.00 ca. 400 Haxen Pfd. 78

Schweinefleisch Bauch Pfd. 80
Keule Pfd. 95
Rückfleisch Pfd. 1.10
Schwarten Pfd. 25

Schmer Pfd. 80
mit fettem Schweinefleisch ohne Schwarte zum Ausbraten fertig geschulten . . . Pfd. 75
bei 5 Pfund Pfd. 70

Frische Leber Pfd. 1.25
Gulasch Pfd. 80
Hammelfragout Pfd. 75
Knoel en-od. Rückenfleisch Pfd. 30
bei 5 Pfd Pfd. 25

Reines Schmalz Pfd. 95
Wurstfett Pfd. 50
Schwarzfleisch Pfd. 1.20
Rauchfleischstücken Pfd. 1.10
Schweinsknochen Pfd. 50

Problemen Sie bitte unsero Hausmacher } Süßenwurst . . . Pfd. 1.00
Knochenwurst . . . Pfd. 85
Blutwurst Pfd. 90
Metzwurst Pfd. 1.40
Polsische Pfd. 1.40

hausschl. im Laden

Groß-Fleischerl Richter & Fischer Wurst-Fabrik

Für Feinschmecker

Stern-Butter
Geerntet reine Naturbutter
Plagwitz Dampfmolkerei
Otto Zeising, Fernr. 40778

Anerkannt beste Tafelbutter
In den meisten einschl. auch durch Plakate kenntlichen Lebensmittelgeschäften stets frisch zu haben
Auf Anfrage welse Verkaufsstellen nach

LINOLEUM

Läufer Teppiche mit kleinen Fehlern ab 1.80 Mk. ab 9.- Mk

Stauben werden Sie über die riesige Auswahl und die billigen Preise.

Wachstuche ab 1.80 Mk

Tischdecken ab 3.- Mk

Bernh. Nestler, Eisenbahnstr. 99

Verkäufe

Diverses

Speisezimmer, Herrenzimmer
Schlafzimmer, Küchen, noch wirklich sehr billig. Mübel-Müller, Grimmaischer Steinweg 10. I.

Heraus mit Ihren Stoffen!
Wir fertigen Ihnen für

Nachtlich-Schränken
(2 Duben) sind billig abzugeben.
Hornig, Lindenau, Siemerstraße 28.

29 Mk.
inklusive haltbarer Futterzutaten
Anzug od. Paletots nach gemessenen Maß

Bon Herr Malten
wenig gut herbede besten Waide, habe billigs ver. Grand, Eitelkeit 2. I. 330 27 Ein-u. Vertikal

aus mitabgebrachten Stoffen.
Verarbeitung II. 37 Mk.
Tadellos Sitz, neueste Modelle
Maßanfertigung Jakobstr. 6

Maurer
Zimmerer, Aelung, Reparaturen, Rost, Schirmerit, 23. Lab.

Maurer-Vermietungen
Eine Schlafkammer für Herrn zu vermieten, Eckardt, Sophienstr. 10, 2. St. Solteistr. 10.

Auf Kredit Schlafzimmer Küchen
mit 5 Stück Möbeln, Hans Hoffmann, Nalmsstr. 10, 1. St.

Kanarienhähne u. -weibchen
kaufe Sonnabend, d. 17. 3. in V. Lindenau, Wielandstr. 18, II. z. Schulle.

Zur Frühjahr-Blutreinigungskur
ist mein echter Thüringer

Wacholderjaft

immer noch das beste Mittel

Burgstraße 10 Drogerie H. Niedlich Nachf.

Kaufgesuche

Maurer-Vermietungen

Spiel, Sport, Körperpflege

Der Arbeiter-Radsporthort im Jahre 1927

Der Arbeiter-Radsporthort „Solidarität, Sich Offenbach am Main, nimmt unter den Radfahrer-Portverbänden die erste Stelle ein; das gilt sowohl hinsichtlich der Ausdehnung und Größe des Bundes, als auch hinsichtlich seiner verschiedenen Einrichtungen auf dem Gebiete des Unterstufensportwesens, eigener Produktion usw.

Die Zahl seiner Mitglieder stieg gegen Ende 1926 von 197 867 auf 215 859 (darunter 22 234 Mitglieder unter 18 Jahren) am Jahresende 1927, also um 18 992 Mitglieder; außerdem sind dem Bunde 2865 Schulkinder angeschlossen, die zwar nicht als Mitglieder gezählt werden, die aber für eine jährliche Anerkennungsgeldgebühr von 1 Mark alle Vorteile des Bundes genießen, die den Mitgliedern im ersten Jahr der Zugehörigkeit gewährt werden. Diese erstmalig am 1. Januar 1927 getroffene Einrichtung hat bereits manchen Eltern beim Abeln verunglückter Kinder einen festen Rückhalt gegeben; auch auf diesem Gebiete ist der Arbeiter-Radsporthort bahnbrechend vorangekommen.

Die Zahl der Ortsgruppen des Bundes ist um 90, auf 4934 gestiegen. Die Gesamteinnahmen des Bundes beliefen sich im Geschäftsjahre 1927 auf 1 460 502,95 Mark, davon waren Eintrittsgelder 35 194 Mark und Beiträge 805 135 Mark. Auch diese Zahlen bedeuten eine Steigerung gegenüber dem Jahre 1926; das Anwachsen der Beiträge ist zum Teil auf ihre Erhöhung zurückzuführen. Die im Jahre 1925 eingeführte Raddiebstahl- und Haftpflichtunterstützung ist auf den Bundesbeitrag umgelegt worden und von 90 Pfennig auf 1,10 Mark erhöht worden. Der Beitragszuwachs belief sich unter Abrechnung der Mehrleistungen an Beiträgen auf rund 150 000 Mark. In nicht weniger als 303 Fällen wurde Raddiebstahlunterstützung, in 130 Fällen Haftpflichtunterstützung bis zu 2000 Mark gezahlt. Beide Versicherungen bieten den Arbeiterradfahrern wertvolle Hilfe.

Die Organisation des Bundes erstreckt sich seit dem letzten Jahre auch auf die Motorradfahrer, deren Mitgliederzahl gegenwärtig mehr als 1600 beträgt. Für die Motorradfahrer wurde durch den Bund mit einer Versicherungsgesellschaft ein Vertrag abgeschlossen, der die Mitglieder des Bundes für verhältnismäßig geringe Kosten gegen Unfall, Haftpflicht usw. versichert.

Das Sportblatt des Bundes, Der Arbeiter-Radfahrer, erforderte 1927 an Kosten 116 136 Mark. An Unfallgeldern wurden an die Mitglieder in 4914 Fällen 189 183 Mark, an Sterbegeld in 855 Fällen 31 050 Mark gezahlt. In außergewöhnlichen Unglücksfällen (Waldglück und Gottliebatal-Unglück) zahlte der Bund 9480 Mark; für Rechtschutz in 221 Fällen wurden 15 676,83 Mark ausbezahlt. 303 Raddiebstahlereforderten eine Unterstützung in Höhe von 16 122 Mark, außerdem wurden für Haftpflicht 8083 Mark gezahlt.

Der Bund bemühte sich vor allem auch um die Erziehung der deutschen Radfahrer. Mit Oesterreich, der Schweiz und Frankreich gingen die Verhandlungen sehr glatt vonstatten, bei den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei waren jedoch manche Hindernisse zu überwinden, die zum Teil aus dem Wege geräumt wurden; die Kosten der dort eingeführten Tripliquets sind jedoch zu hoch, so daß der Bund sein Hauptaugenmerk auf ihre Senkung richten muß. Die Zeit dürfte jedoch auch hier helfen und das alte Verhältnis zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei im Arbeiter-Radsporthort wiederherstellen. Für die Tschechoslowakei selbst hinterlegte der Bund für seine Mitglieder 50 000 Kronen Kaution, dadurch ist die Tschechoslowakei vor Schäden gesichert.

Für die Funktionäre des Bundes - Gau- und Bezirksleiter - wurden im vergangenen Jahre Kurse abgehalten, die für die Bundesverwaltung von großem Erfolge begleitet waren. Eine Wiederholung der Kurse in den beiden sächsischen Gauen vertiefte die erzielte Wirkung noch.

Die sportlichen Leistungen des Bundes fanden im vergangenen Jahre auf beachtlicher Höhe. Die Veranstaltung der ersten drei Spanienland in Hannover, das Rennfahren in Frankfurt/Main. An den Bundesmeisterschaften beteiligten sich 78 Saalmannschaften mit 356 Teilnehmern, 32 Rennmannschaften und 96 Einzelrennfahrer. Dem Radrennen war noch ein Vierländerkampf angegliedert, der von Oesterreich, Frankreich, Belgien und Deutschland ausgetragen wurde. Sieger blieb Oesterreich. Den Beteiligten wurde außer D-Zug-Fahrtgeld 3. Klasse noch ein Taggeld von 10 Mark, insgesamt 80 Mark, und freier Radtransport gewährt, so daß der Bund für diese Veranstaltung rund 40 000 Mark aufzuwenden hatte.

Trotz jurisdiktiver Reizen für Sports-, Bau- und Erneuerungsfonds erhielt das Vermögen des Bundes einen Zuwachs über 80 521 Mark; das Gesamtvermögen beträgt 865 503,91 Mark. Das dem Radfahrerbund gehörige Fabrikunternehmen Fahrradhaus „Reich auf“ hatte im Berichtsjahr gleichfalls eine sehr gute Konjunktur zu verzeichnen. Der Umsatz des Unternehmens stieg von rund 1,8 Millionen Mark auf rund 2,3 Millionen Mark. Dieses Arbeiterunternehmen mit seinen 18 Filialen in allen Gegenden Deutschlands setzte nicht weniger als 16 000 Räder um; darunter bestanden sich allein 2224 Rennräder. In Personal besetzt ist das Fahrradhaus „Reich auf“ 190 Angestellte und Arbeiter. Beachtlich ist, daß das Fahrradhaus die Räder bei einer Mindestanzahlung von 25 Prozent auch auf Teilzahlung abgibt; jeder Käufer sollte jedoch bedenken, daß das Unternehmen nur mit erparten Arbeitergehältern gegründet ist und daher größere Kredite nicht gewährt kann. Die vorbildlichen Leistungen des Unternehmens sind auch von vielen Besuchern aus dem Auslande, wie Belgien, Frankreich, Rußland lobend anerkannt worden.

Die deutsche Arbeiterschaft hat alle Ursache, sich für den Arbeiter-Radfahrerbund und seine vorbildlichen Einrichtungen zu interessieren, um auch hier das Wort wahrzumachen: Alle für leben und jeder für alle! Noch heute gelten die Worte, die Staatspräsident Genosse Reich bei Eröffnung der Sozialistischen Kulturwoche in Offenbach am Main über den Arbeiter-Radfahrerbund und das Fahrradhaus sprach: „Hier sehen wir ein Stück Sozialisierung, wie es der Sozialismus will! Wir schreiten vorwärts! Und daran wird uns niemand hindern!“

Die Naturfreundebewegung im Ausland

Die nordamerikanische Naturfreundebewegung hat besonders im Jahre 1927 einen erfreulichen Aufschwung gebracht. Außer den Gruppen im fernen Westen, San Francisco, Oakland und Los Angeles, deren intensive Tätigkeit von der deutschen Arbeiterpresse schon im vorigen Jahre gewürdigt wurde, bestanden im Osten

lange Zeit nur die alten Gruppen New York, Newark und Philadelphia, deren Mitgliederbewegung ebenfalls im letzten Jahre eine weitere Aufwärtsentwicklung zeigte. Mit besonderer Freude durfte auch vor etwa Jahresfrist die Gründung der beiden Ortsgruppen Chicago und Milwaukee begrüßt werden. Beide haben eine vorzügliche Entwicklung genommen. Neuerdings ist nun eine weitere Ausbreitung der Gesamtbewegung im Osten festzustellen. In Detroit, Waterford und Sheboygan wurden neue Ortsgruppen gebildet, in denen sich eine rege Wandertätigkeit entfaltete. Mit diesem Zuwachs weist die gesamte nordamerikanische Naturfreundebewegung eine Mitgliederzahl von etwa 2000 auf. Für die östlichen Gruppen ergeben sich u. a. gern besuchte Wandergebiete am Delaware, in den Rocky Mountains und in den Bergen Pennsylvaniens. Neben den schon bestehenden vier Naturfreundeheimen soll am Delaware auf einem großen, durch Schenkung in den Besitz der Naturfreunde gelangten Gelände in nächster Zeit ein großes Gauseigenheim entstehen. Die amerikanischen Naturfreunde sind sich aber auch der politischen Wirkungen bewußt. So heißt es in dem vorzüglich ausgestatteten Gausblatt: „Es entsteht auch für viele, von Klassenbewußten Arbeitern gegründeten Organisationen die Gefahr, daß sie von der ungesunden bürgerlichen Gedankenwelt beeinflusst werden und ihr Klassencharakter verlieren geht. Wir Naturfreunde erstreben einen besseren Gesellschaftsstatus und ein besseres Menschentum. Dieses Ziel können wir aber nur erreichen, wenn wir nicht durch unsere Wanderungen die Menschheit aus der reinen Wirklichkeit lüden, sondern die heutige Gesellschaft mit ihren Klassengegensätzen zu ergründen suchen und an deren Beseitigung mitarbeiten.“ Das ist ein freudiges Bekenntnis zum Sozialismus auch bei den amerikanischen Naturfreunden.

Die Naturfreunde in Australien, Der Arbeitertouristenverein „Die Naturfreunde“, Zentrale Wien, hat jetzt auch in Sibirien, der bedeutendsten Hafenstadt Australiens, eine neue Ortsgruppe gebildet. Mit dieser Neugründung erstreckt sich die Arbeit der Naturfreunde gegenwärtig auf 16 Länder in drei Erdteilen. Neue Verbindungen sind ferner mit Freunden der Bewegung in Kopenhagen, London, in den Ostseeländern und in Südamerika angeschlossen. Auswandernde Arbeiterwanderer können Auskünfte von den einzelnen Gausleitungen im Auslande erhalten.

Fußball

Spielplan am Sonntag, dem 18. März.

Table with football match results and schedules for various clubs like VfL Eintracht, VfL Germania, etc.

Wetterbericht der Arbeiter-Zorn- u. Sportschule

Table with weather reports for various locations like Döhlen, St. und Rodel, etc.



Wachau, Gemeindeverordnetenversammlung. Der Vorsitzende begrüßt den Genossen Richard Hartwig, der an Stelle der Genossen Brendel in das Kollegium eingetreten ist. Eine Besprechung des Rates der Stadt Leipzig - Werkwohnungen betr. - wird zur Kenntnis genommen. Die Erweiterung des Gasleitungsnetzes nach der Stadt Leipzig ist vom Rat der Stadt Leipzig abgelehnt worden, da die Anlage als unrentabel bezeichnet wird. Das Bauwerk Vincent und vom Müller wird befürwortet. - Zum Einbau einer Schulküche mit elektrischer Anlagenanlage werden die entstehenden Kosten bewilligt. - Der Sonntagsgewerbeschule wird pro Schüler ein Beitrag von 6 Mark zugesprochen. - Die Unfälle, vererbte Tiere in die öffentlichen Abfuhrgräben zu werfen, soll streng entgegengewirkt werden. Die bezüglichen Richtlinien der Rababenerweiterungs-Gesellschaften werden bekannt gegeben. - Das Ortsgef. über Befolgungsvorschriften der Beamten, sowie über die Anstellungsverhältnisse der Beamten und der Stellenplan wurden genehmigt. Der Schulbau ist von der Bau-polizeibehörde ohne besonderen Einwände abgenommen worden. - Die Wohnung im Gemeindefaust wird für die Zukunft als Dienstwohnung bezeichnet. - In nächstöffentlicher Sitzung werden einige Steuererlässe teils bewilligt, teils abgelehnt.

to. Rückmarsdorf, Sitzung der Gemeindeverordneten. An Stelle des durch Wegzug ausgeschiedenen Genossen Langrod, rückt Genosse Artur Keiner in das Gemeindeparlament ein. - Von besonderer Wichtigkeit war die Mitteilung, daß die Kaufverhandlungen zwischen der Gemeinde und Frau Augustin, Leipzig, zu einem befriedigenden Abschluß gekommen sind. Dadurch ist die Gemeinde in den Besitz der Parzellen 75 und 250 mit insgesamt 35730 Quadratmeter Land gekommen. Beide Stücke liegen an der Merseburger Landstraße, das größere unmittelbar anschließend an das bebaute Dorfgelände. Hier soll auch das neue Gemeindefaust errichtet werden. Das übrige Gelände soll für Wohnhausbauten freigegeben werden. Nach einem von Dr. Carius entworfenen Flächenaufstellungsplan können 28 Ein- und Zweifamilienhäuser darauf errichtet werden. Damit bietet sich zum ersten Male Gelegenheit, einer etwa entleerten Stedlerzweignung ein geschlossenes bürgerliches Gelände unter günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch wieder die schwebende Frage zur Ausprache gestellt, ob an dem früheren grundbesitzlichen Beschlusse der Gemeindeverordneten festgehalten werden soll, Gemeindefaust nur in Erbpaß zu vergeben. Wegen der verschiedenartig gelagerten Fälle konnte eine Klärung nicht herbeigeführt werden, so daß ein endgültiger Beschluß vorläufig ausgesetzt wurde. - Ferner wurde zur Kenntnis genommen, daß die freiwillige Feuerwehr eine Beihilfe von 800 Mark von der Brandversicherungsgesellschaft erhalten hat. - Die Geschäftigkeit im Gemeindefaust wird für das Sommerhalbjahr auf 7-12,30 und 14-17 Uhr festgelegt.

i. Thelma, Gemeindeverordnetenversammlung. Die Verordneten nehmen Kenntnis, daß sich der Anfall der Girokasse im Februar bei 84 Posten auf 1 776 501,81 Mark belief, bei der Sparkasse wurden 205 Einzahlungen mit 26 412,85 Mark, und 19 Rückzahlungen mit 3101,30 Mark bewirkt. Einem Erlaß der Gemeindeverordneten an die Oberpostdirektion, die zweimalige Postbestellung am Orte durchzuführen, wurde nicht entsprochen, verhängt wurde aber von der O.P.D., daß sie diese Angelegenheit im Auge behalten wolle. Auf ein Schreiben des Bezirkskommandes Leipzig II und ein gleichzeitiges des Schulbezirksvorstandes Leipzig wurde einstimmig beschlossen, einen Schulwechsellager mit Post und Blausch zu bilden. Einem Ortsgef. Reisekosten, Tagelohn und Lohnausfall der Gemeindeverordneten und des Gemeinderates betreffend, wurde einstimmig zugestimmt. Die Ratskassiererin im Rathaus und im Wohnhaus Roststraße 1 sollen den Ratskassierern G. Krabbes und W. Wögel übertragen werden, wenn diese das niedrigste Preisangebot eingehen. Die Festlegung des Zählgebietes für den Kassierer soll nach den staatlichen Grundbesitz Thelma um Erlaß der 150 Prozent Zuschlag zur Grundwertsteuer auf Wohngebäude wurde nicht entsprochen, doch sollen einzelne Erlaßgesuche nach Prüfung durch den Steuerausgleichs-Vorstand entschieden werden.

Großh. Märzfeier. Das proletarische Jugendratell Großh. veranfaßte morgen Freitag, 20 Uhr, im Saale der Wiprechtstraße die diesjährige Märzfeier mit einem ausserwählten Programm. Es ist selbstverständliche Pflicht, daß jede Genossin und jeder Genosse mit den näheren Familienangehörigen und Bekannten diese Veranstaltung besucht.

Aufl. G. H. Kritik. In Nr. 31 der Großh. Nachrichten vom 13. März ist unter Aufg. außer anderen folgendes aus der letzten Kirchenvorstandssitzung zu lesen: „Der Dissidenten wird auf dem der Kirchengemeinde gehörenden Friedhof eine besondere Abteilung (die rechte untere Ecke) als Begräbnisstätte angewiesen (sic werden also nicht mehr in der Reihe begraben). Die aus der Kirche Ausgetretenen haben für Grabstellen Erwachsener 30 Mark und für Kindergräber je 10 Mark an die Friedhofskasse zu zahlen. Dazu kommen noch die jeweiligen Grabmehrgelühren. Innerhalb der Gesamtfriedhofsbereich des Friedhofs, also auch an der den Dissidenten zugewiesenen Abteilung, sind bei Begräbnisfällen Musik und Neben jeder Art verboten. Zuwiderhandlungen werden als Hausfriedensbruch bestraft.“ - Dieses Dokument betrifft an Ratschnauzigkeit alles bisher dargelegene. Also ihr Freiheitskämpfer und Aufrührer Kirchspiel, wie räudige Hunde sollt ihr im äußersten Winkel ohne Sang und Klang eingescharrt werden. Und wenn ihr die Begräbnisgebühren nicht aufbringt, so könnt ihr sonstwo verkaufen. Wut Teufel aber solches Christentum! Es sollte eigentlich gar nicht nötig sein, noch irgend ein Wort hierüber zu verlieren. Der Vorgang ist so bescheiden, daß alle in Aufl. wohnenden rüdgelassenen Menschen sich mit Abscheu von dieser Kirche wenden müßten. Herr Ratter Goldmann in Aufl., als zweifellos gelisteter Urheber dieses Schanddokuments, sei an dieser Stelle gesagt, daß die beabsichtigte Wirkung seines Vorgehens ins direkte Gegenteil umschlagen wird.

Partei im Kampf!

Ein jeder trägt sein Scherflein bei Und stärkt den Wahlfonds der Partei!

Leukoplast spart Geld:

Wichtig für Haushalt, Werkstatt, Sport (Radfahrer, Radio-Bastler, Kanufahrer usw.) Achten Sie auf den Namen Leukoplast, da Nachahmungen im Handel sind. Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Bandagengeschäften in Rollen von 30 Pf. an.



Leukoplast ist immer gut. Wenn man sich verwunden tut. Aber nicht nur zu Verbänden. Kann man Leukoplast verwendet. Papp, Porzellan und Glas. Alles, Alles hilft das. Anstechdosen, Bilderrahmen, Schachteln, Schirme, Puppensamen, Regenmäntel, Aktenmappen, Noten, Bilder, Thermometer, Goethes Faust und Struwwelpeter, Alles klebt das LEUKOPLAST. Sorg, daß Du's im Hause hast!

